



**Bundesnetzwerk  
Bürgerschaftliches  
Engagement**



**THEMA**

**STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN DEMOKRATIE:  
EUROPAWAHL, ENGAGEMENTPOLITIK UND  
ZIVILGESELLSCHAFT**

**DOSSIER Nr. 6**



**BBE DOSSIER NR. 6**

### **STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN DEMOKRATIE: EUROPAWAHL, ENGAGEMENTPOLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT**

Europawahl, Engagementpolitik und Zivilgesellschaft stehen im Fokus des sechsten Dossiers, das kurz vor der Europawahl 2019 erscheint. Wie die Spitzenkandidat\*innen die Rolle der Zivilgesellschaft und Relevanz der Engagementpolitik einschätzen lässt sich im Teil I nachlesen. Viele zivilgesellschaftliche Akteure setzen sich mit Kampagnen lokal, regional, national und europaweit für eine zunehmend gefährdete Demokratie in Europa ein. Positionen der Zivilgesellschaft zur Zukunft Europas sind ein wichtiger Teil des Dossiers. Auch im Jahr 2014 befragten wir die damaligen (Spitzen) Kandidat\*innen zur Europawahl zu Engagement- und Demokratiep politik und haben in den BBE Europa-Nachrichten die Europawahl und Wahlbeteiligung aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Ein Rückblick dokumentiert im Vergleich, wie es »damals« war, welche politischen Akzente, Erwartungen und Forderungen 2014 aktuell waren.

**ISBN 78-3-948153-00-7**

## INHALTSVERZEICHNIS

3	Editorial
<b>4</b>	<b>I SPITZENKANDIDAT*INNEN ÜBER DIE ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT</b>
4	Wieland, MdEP: Das Europa der Bürger wählen!
6	Barley, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz: Kommt zusammen und macht Europa stark
10	Neumann: Für ein Europa der Herzen
13	Ernst, MdEP: Ohne Zivilgesellschaft wäre EU nur autoritärer Binnenmarkt
18	Beer, MdB: Chancen zivilgesellschaftlichen Engagements nutzen
21	Ripa: Europawahl und Zivilgesellschaft
25	Bordelais: Vereintes Europa mit einer starken Zivilgesellschaft
28	Caspary, MdEP: Europawahl zwischen Parlament, Populismus und Partizipation
31	Noichl, MdEP: EU muss auch ein Projekt der Bürgerinnen und Bürger sein
33	Geier, MdEP: Relevanz bürgerschaftlichen Engagements
36	Kandidat*innen für das Europaparlament wollen eine Intergroup Volunteering des Europäischen Parlaments
44	EBD: Synopse der Europawahlprogramme 2019 der größten deutschen Parteien
<b>58</b>	<b>II POSITIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT ZUR ZUKUNFT EUROPAS FÜHRUNG</b>
58	Heuberger: »Nicht ohne Uns!«
60	Berlin Agenda
68	Nordmann: Europa braucht uns – wir brauchen Europa!
70	Hoffmann: Europa. Jetzt aber richtig!
73	Lilie: UNERHÖRT! Diese Antieuropäer*innen
79	Hatzinger: Die Zukunft der EU als Thema der Kirche
84	Moos: Wer rettet die liberale Demokratie in Europa?
90	Keuchel: Europa und Transformationsprozesse zu einer nachhaltigen Gesellschaft
95	Strachwitz: Kann Zivilgesellschaft Europa?
100	Butt-Pośnik: Kulturkampf Heimat/en in Europa?
<b>103</b>	<b>III RÜCKBLICK: EUROPAWAHL 2014 UND ENGAGEMENTPOLITIK</b>
103	McAllister: Engagementpolitik und Europa
107	Karas, MdEP: EP - DIE Bürgerkammer Europas
109	Ferber, MdEP - Interview zu Europa und Engagementpolitik

## INHALTSVERZEICHNIS

- 112** Bullmann, MdEP: Europas Weg aus der Vertrauenskrise: Demokratie, Zivilgesellschaft, Zusammenhalt
- 116** Harms, MdEP: Europawahl 2014, Engagementpolitik und Zivilgesellschaft
- 120** Zimmer, MdEP: Europawahl 2014, Engagementpolitik und Zivilgesellschaft
- 124** Mölzer, MdEP: Ambivalentes Verhältnis der EU zur Zivilgesellschaft
- 127** Stadler, MdEP: Zivilgesellschaft als Abwehrkraft gegen Bürokratie
- 131** Wieland, MdEP: Diese Wahl ist anders!
- 134** Sippel, MdEP: Demokratie braucht aktive Demokraten
- 137** Keller, MdEP: Der Jugend eine Stimme geben BBE-Newsletter Online
  
- 139** Impressum
- 140** BBE-Newsletter online

## EDITORIAL

»Noch wenige Wochen, dann sind wir alle aufgerufen, die Weichen für Europas Zukunft zu stellen. Die Vorstellungen für diese Zukunft könnten kaum unterschiedlicher sein«. Das schrieb Europaabgeordnete Rainer Wieland, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, im April 2019 in den BBE Europa-Nachrichten. Diese Unterschiedlichkeit in den Vorstellungen drückt sich auch in den Beiträgen aus, die (Spitzen)Kandidat\*innen zur Europawahl und der zivilgesellschaftlichen Akteure für die BBE Europa-Nachrichten und den BBE-Newsletter verfassten und die wir im vorliegenden Dossier zusammenstellen.

Viele zivilgesellschaftliche Akteure setzen sich mit Kampagnen lokal, regional, national und europaweit für eine zunehmend gefährdete Demokratie in Europa ein. Sie kritisieren die Gefährdung von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und die Einschränkungen bürgerschaftlicher Freiheitsrechte. Im Vorfeld der Europawahlen und der heißen Kampagnenphase 2019 hat die europäische Konferenz »Nicht ohne Uns!« – organisiert vom European Civic Forum und vom BBE – Kampagnen, Visionen und konkrete Ideen aus vielen europäischen Ländern zusam-

mengeführt. Dort wurden gemeinsame Forderungen der europäischen Zivilgesellschaft formuliert und verabschiedet: zu Reformbedarfen der EU, zu mehr bürgerschaftlicher Mitwirkung und Demokratiestärkung, zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie zur wirksamen Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen, nationalistischen Tendenzen. Diese »Berlin Agenda der europäischen Zivilgesellschaft« ist ein wichtiger Teil des Dossiers.

Auch im Jahr 2014 befragten wir die damaligen (Spitzen)Kandidat\*innen zur Europawahl zu Engagement- und Demokratiepoltik und haben in den BBE Europa-Nachrichten über die Europawahl und Wahlbeteiligung aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Ein Rückblick dokumentiert im Vergleich, wie es »damals« war, welche politischen Akzente, Erwartungen und Forderungen 2014 aktuell waren. Der Rückblick ermöglicht auch Längsschnitt-Einblicke zur Entwicklung gar nicht so unwichtig, wenn es darum geht, mit diesem Dossier zu einer sachlichen Debatte im Bereich der Engagement- und Demokratiepoltik und ihrer Entwicklung beizutragen.

RAINER WIELAND, MDEP

## DAS EUROPA DER BÜRGER WÄHLEN!

Noch wenige Wochen, dann sind wir alle aufgerufen, die Weichen für Europas Zukunft zu stellen. Die Vorstellungen für diese Zukunft könnten kaum unterschiedlicher sein. Die Europaskeptiker und Nationalisten trauen Europa nicht viel zu oder lehnen es gar rundweg ab. Sie wollen sich hinter ihren nationalen Gartenzaun zurückziehen und unsere gemeinsamen Fragen mit ihren einsamen Lösungen beantworten. Den Zweiflern und den Demagogen können und müssen wir unsere Ideen für ein starkes und geeintes Europa entgegensetzen.

Dies ist zunächst einmal eine Aufgabe, bei der die politischen Parteien eine große Verantwortung tragen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen uns, dass dort, wo die Parteien sich den Populisten angepasst haben, die Populisten noch stärker geworden sind. Es macht keinen Sinn, mit diesen Akteuren in einen Versprechungswettbewerb einzutreten. Beim Versprechen sind die Populisten im Vorteil, denn sie kommen selten in die Verlegenheit, auch liefern zu müssen. Unsere Aufgabe ist es, in einen Lieferwettbewerb einzutreten. Wir müssen Probleme anpacken und gemeinsam nach nachhaltigen Lösungen suchen.

Eines muss vor diesem Hintergrund jedoch auch klar sein: Wenn wir uns allein auf die 96 deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament verlassen, dann sind wir verlassen. Für die Gestaltung eines besseren Europa sind alle Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft gefragt. Aus meiner Sicht kann

man daher nicht oft genug betonen, wie wertvoll eine aktive, eng vernetzte europäische Zivilgesellschaft hierfür ist. Wenn wir gute Lösungen finden und umsetzen wollen, dann brauchen wir breit angelegte Diskussionen. Dies kann die Politik allein nicht leisten. Es braucht bürgerschaftliches Engagement, um Fragen in die Breite der Gesellschaft zu tragen und entsprechende Rückmeldungen auch wieder zu aggregieren und in politische Debatten einzubringen.

Schon heute haben wir hierzu in Europa beste Voraussetzungen. Viele Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in der gesamten Europäischen Union auf unterschiedlichste Art und Weise für die Zivilgesellschaft. Allein in Deutschland zeugen die über 31 Millionen im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement vereinten Aktiven davon, welch tragende Säule das bürgerschaftliche Engagement für unser Gemeinwesen ist!

### Für eine europäische Bürgergesellschaft

Im globalen Maßstab ist Europa heute sicherlich ein Paradies für eine engagierte Zivilgesellschaft. Freiheit, Demokratie und auch der Zugang zu verschiedensten Fördermöglichkeiten sind in der EU gegeben und setzen damit wichtige Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Dennoch, und dies erfüllt mich mit Sorge, mussten wir in den vergangenen Jahren auch in Europa Fehlentwicklungen beobachten. So wurde in einigen weni-

gen EU-Ländern, Beispiele in Ungarn und Rumänien, die Unterstützung für Nichtregierungsorganisationen spürbar zurückgefahren, die Arbeit von NGOs teils diffamiert oder es wurden gar gesetzliche Regelungen erlassen, die bürgerschaftliches Engagement erschweren. In diesen Fällen war der Rückhalt aus Europa - sowohl politisch als auch von der Zivilgesellschaft anderer Länder - oft eine wichtige Stütze für Engagierte vor Ort. Damit die EU weiter ein Anker für diese Werte sein kann, müssen wir derartige Entwicklungen auf politischer Ebene klar benennen und dort, wo europäisches Recht betroffen ist, müssen wir auf dessen Einhaltung pochen.

Doch auch unabhängig von den angesprochenen Problemen sehe ich die Notwendigkeit, bürgerschaftliches Engagement im europäischen Sinne zu stärken. Wenn wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sorgen und Ideen in die Gestaltung der europäischen Einigung einbringen, dann brauchen wir eine »europäische« Zivilgesellschaft. Wenn wir die Vernetzung aktiver Bürgerinnen und Bürger aus den einzelnen EU-Mitgliedstaaten stärken und so für einen stetigen Austausch der Ideen sorgen, dann erleben die Menschen die Vorzüge der Europäischen Union hautnah. Gleichzeitig ist ein Zusammenwachsen der Zivilgesellschaft die Voraussetzung dafür, dass die Weiterentwicklung der EU nicht nur aus nationalen, sondern auch einer europäischen Perspektive diskutiert wird. Ich wünsche mir als Abgeordneter eine gut organisierte Zivilgesellschaft, die sich als laute Stimme in Beratungen auf europäischer Ebene einbringen kann!

Konkret erfordert dies aus meiner Sicht, dass wir grenzüberschreitendes Engagement noch stärker fördern und so den Austausch in diesem Bereich verbessern können. Sicherlich bestehen bis heute einige rechtliche, finanzielle und natürlich

auch sprachliche Hürden, die der europäischen Zivilgesellschaft im Wege stehen. Hier können wir politisch noch manches tun, um diese Hürden abzubauen. Dies allein wird jedoch nicht reichen. Nur wenn die engagierten Bürger in allen Ländern Europas eine solche Stärkung auch wollen und diese aktiv betreiben, kann eine starke europäische Zivilgesellschaft entstehen.

Dies alles wird jedoch nur möglich sein, wenn nach der Wahl am 26. Mai eine starke, pro-europäische Mehrheit ins Europäische Parlament einzieht. Ich bitte daher um Ihre Unterstützung: Helfen Sie mit, den Menschen die Relevanz europäischer Fragen näherzubringen und werben Sie für den Gang zur Wahlurne. Stehen wir gemeinsam ein für unser Europa und packen wir die vor uns liegenden Herausforderungen an. Nur mit Ihrer Hilfe wird es uns gelingen, der Europaskepsis unsere konkreten Vorstellungen für eine gute Zukunft Europas und Deutschlands entgegenzusetzen!

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 10.4.2019

### AUTOR

Rainer Wieland, MdEP ist von Beruf Rechtsanwalt und vertritt die Region Stuttgart seit 1997 im Europäischen Parlament. Er ist seit 2009 Vizepräsident des Europäischen Parlaments und in dieser Rolle aktuell zuständig für die Gebäude und Infrastruktur sowie das Budget des Parlaments. Neben dieser Rolle im Präsidium ist er Mitglied der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU und jeweils stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen für Rechts- und Verfassungsfragen sowie im Petitionsausschuss.

Weitere Informationen

 [www.mdep.de](http://www.mdep.de)

 [www.facebook.com/wieland.mdep](https://www.facebook.com/wieland.mdep)

DR. KATARINA BARLEY, SPITZENKANDIDATIN DER SPD ZUR EUROPAAWAHL,  
BUNDESMINISTERIN DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

## KOMMT ZUSAMMEN UND MACHT EUROPA STARK

Europa ist eine einzigartige Gemeinschaft, die unserem Kontinent seit mehr als siebenzig Jahren Frieden und wirtschaftlichen Zusammenhalt garantiert. Gerade deshalb ist für mich die Idee von Verständigung und Freundschaft heute so klar und überzeugend wie niemals zuvor.

Für mich bedeutet Europa Vielfalt und Zusammenhalt, Fortschritt und Freiheit. Europa ist für mich jedoch vor allem eins: Unsere Zukunft. Längst ist aber auch klar, dass ein starkes und friedliches Europa alles andere als selbstverständlich ist. Die Europäische Union steht unter großem Druck von innen und von außen, deshalb braucht sie unbedingt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen spüren können, dass Europa für sie da ist und ihr Leben konkret verbessert. Die innerhalb Europas herrschenden, teils gravierenden Unterschiede bei der sozialen Absicherung der Beschäftigung müssen abgebaut werden. Wir brauchen faire Löhne: Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Und natürlich die gleiche Bezahlung für Männer und Frauen. Wir fordern verbindliche europäische Standards für existenzsichernde Mindestlöhne. Dabei geht es um Mindestlöhne, die sich am Pro-Kopf-Einkommen oder dem Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Landes bemessen. Wenn 60 Prozent des mittleren Einkommens des jeweiligen Landes als Untergrenze verankert werden, sprechen wir in Deutschland von einem Mindestlohn von 12 Euro. In Europa soll wirklich

jeder von seiner oder ihrer Arbeit leben können, egal, wo er oder sie zu Hause ist. Der Schutz der Beschäftigten soll durch europäische Regeln für angemessene Arbeitsbedingungen sowie Gesundheit und Sicherheit verbindlich festgelegt werden. Das verstehe ich unter einem sozialen Europa, das Vertrauen schafft. Vor allem müssen die Menschen aber stärker an inhaltlichen Debatten und Prozessen teilhaben und Entscheidungen besser nachvollziehen können. Es geht zum einen um bessere Informationen der Menschen über »ihr« Europa, aber auch um einen regelmäßigen Dialog und um echte Beteiligung über europäische Netzwerke.

Besonders junge Menschen wollen die Zukunft Europas mitgestalten. Ich finde es großartig, dass sich so viele von ihnen engagieren und zum Beispiel für den Klimaschutz demonstrieren. Und die Schülerinnen und Schüler, die Freitag für Freitag für ihre Zukunft auf die Straße gehen, vor denen habe ich hohen Respekt. Das zeigt doch, dass junge Leute politisch aktiver sind, als es oft heißt. Wir wollen, dass sie früher über ihre Zukunft mitentscheiden können. Dafür wollen wir die Altersgrenze bei Wahlen auf 16 Jahre absenken. Auch das gehört für mich zu einem demokratischen Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Die EU-Jugendstrategie stellt den Rahmen, um die Jugendpolitik strukturell und ressortübergreifend zu stärken. Der EU-Jugenddialog, der federführend von Ju-



gendorganisationen umgesetzt wird, muss als Partizipationsinstrument Wirkung entfalten und junge Menschen verbindlich beteiligen. Die von jungen Menschen erarbeiteten EU-Jugendziele sind eine einmalige Gelegenheit, die Beteiligung junger Menschen am europäischen Gesetzgebungsprozess einfließen zu lassen.

Die Anforderungen an politische Bildung steigen, auch und gerade in Europa. Deshalb gilt es, die Angebote der politischen Bildung zu stärken – in den Schulen, in der außerschulischen Jugendbildung und auch in der Erwachsenenbildung. Vor allem wollen wir hier die Zivilgesellschaft stärken, damit sie europäische Debatten begleiten, kommentieren und einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt in Europa leisten kann.

Mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) können Bürgerinnen und Bürger die Europäische Kommission auffordern, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Ich bin dafür, in Gesetzgebungsverfahren mehr auf die europäische Zivilgesellschaft zu hören. Deshalb wollen wir im europäischen Gesetzgebungsprozess zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Vereine, NGOs, Jugendringe und –verbände, Projekte und Initiativen eine transparente und chancengleiche Einbindung ermöglichen. Uns geht es um einen gleichberechtigten Dialog aller Partner und Partnerinnen. Mit der Einführung eines europäischen Vereinsstatuts wollen wir für verlässlichere Förderstrukturen sorgen.

Wir brauchen mehr europäische Öffentlichkeit, um mehr Informationen über Europa und ein stärkeres gemeinsames europäisches Bewusstsein entstehen zu lassen. Darüber hinaus benötigen wir einen europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für das 21. Jahrhundert. Hierfür sollte eine attraktive europaweite Platt-

form für vorhandene öffentlich-rechtliche Inhalte geschaffen und um genuin europäische Inhalte ergänzt werden. Passend dazu soll die EU Medienkonzepte fördern, die zum Ziel haben, die Sprachbarrieren in Europa zu überwinden und eine europaweite Informationsbeschaffung sowie einen grenzüberschreitenden Dialog zu ermöglichen. Zudem sollten in europäischer Kooperation überzeugende öffentlich-rechtliche Fernsehangebote auf Russisch, Türkisch und Arabisch entwickelt werden, die sich gleichermaßen an Einwanderer und Einwanderinnen sowie die Staaten der europäischen Nachbarschaft richten und damit die europäische Wertegemeinschaft befördern.

Wir wollen ein Europa, das für die Bürgerinnen und Bürger da ist, das Freiraum, Kreativität und Ideen für alle ermöglicht. Deshalb können wir es nicht zulassen, dass in Europa Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Initiativen systematisch einschränken. Demokratie kann ohne eine plurale, kreative und kritische Zivilgesellschaft nicht funktionieren. Wir brauchen auch Instrumente, mit denen wir unsere Wertegemeinschaft präventiv stärken können. Deshalb wollen wir im EU-Haushalt einen »Fonds für europäische Grundwerte« einrichten. Damit könnten Nichtregierungs- und zivilgesellschaftliche Organisationen überall dort direkt unterstützt werden, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besonders unter Druck stehen.

Die SPD setzt sich zudem dafür ein, dass das Budget für zivilgesellschaftliche Projekte im nächsten siebenjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027 aufgestockt wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass in Europa Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstlerinnen und Künstlern systematisch einschränken.

## BARLEY: KOMMT ZUSAMMEN UND MACHT EUROPA STARK

Wir wollen, dass in der EU alle Mitgliedsstaaten einer regelmäßigen Prüfung der Lage der Rechtsstaatlichkeit unterzogen werden. Dort, wo demokratische Grundwerte nicht ausreichend geschützt und gefördert werden, sollen zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich dem demokratischen Dialog verschrieben haben gezielt direkt unterstützt werden.

Eine aktive europäische Zivilgesellschaft ist die Brücke zu den Bürgerinnen und Bürgern, nie war ihre Beteiligung wichtiger als heute. Zivilgesellschaftliches Engagement ist für die europäische Integration unerlässlich. Vielfalt, Erfindergeist und soziale Sicherheit machen uns erfolgreich. Europa ist gut, aber es kann noch besser werden – wenn wir es gemeinsam machen!

### AUTORIN

1968 Geboren in Köln

Ich bin Europäerin durch und durch. Das hat mit meiner Familiengeschichte zu tun. Ich wurde in Köln geboren und habe dort meine Kindheit und Jugend verbracht. Mein Vater ist Brite, meine Mutter Deutsche. Ich habe beide Staatsangehörigkeiten, fühle mich in erster Linie aber als Europäerin.

1987 Studium der Rechtswissenschaften

Nach dem Abitur 1987 studierte ich Rechtswissenschaften in Marburg. Für mich war immer schon klar, dass ich auch mal im Ausland leben wollte. Das Studium bot dazu die Chance. Ein Erasmus-Stipendium ermöglichte mir ein Studienjahr in Frankreichs Hauptstadt Paris. Dort lernte ich den Mann kennen, den ich später heiratete und der Vater meiner Kinder wurde. Er ist halb Spanier, halb Niederländer, unsere beiden Kinder haben deshalb Großeltern aus vier unterschiedlichen Ländern.

1994 Eintritt in die SPD

Für mich war früh klar, dass meine politische Heimat die SPD werden sollte. Soziale Gerechtigkeit stand für mich immer im Vordergrund. Die Ungerechtigkeit, dass nach wie vor die soziale Herkunft über den Erfolg im Leben entscheidet, dass Armut krank und Krankheit arm macht, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht, treibt mich immer noch um.

1998 Juristische Laufbahn

Nach dem Zweiten Staatsexamen und meiner Doktorarbeit trat ich 1998 meine erste Stelle als Rechtsanwältin in einer Hamburger Großkanzlei an. 1999 wechselte ich zum Wissenschaftlichen Dienst des Landtags Rheinland-Pfalz.

Bereits 2001 hat es mich nach Trier verschlagen – in eine Region, die am Rande Deutschlands, aber im Herzen von Europa liegt. Dort, wo Grenzen jeden Tag ganz selbstverständlich überquert werden – zum Arbeiten, zum Einkaufen, in der Freizeit – bin ich seitdem zu Hause.

Dort erreichte mich 2001 die Anfrage vom Bundesverfassungsgericht, ob ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig sein wollte. Was für eine Frage...?!

Das konnte nur noch auf eine Weise »getopt« werden: Meine Zeit in Karlsruhe endete mit dem Mutterschutz und der Geburt meines zweiten Sohnes. 2005 ging ich zurück ins Berufsleben und wurde unter anderem Richterin.

2013 Bundestag

In diesem Jahr wurde ich in meinem Wahlkreis Trier erstmals in den Bundestag gewählt.

2015 Generalsekretärin der SPD

2015 wurde ich zur Generalsekretärin der SPD gewählt. Ich liebe diese Partei! Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die wichtigsten Werte der Sozialdemokratie – seit über 150 Jahren schon. Auch in einer Welt, die sich schnell verändert und immer neue politische Lösungen braucht, haben sie Bestand.

2017 Verantwortung in der Regierung

Im Juni 2017 wurde ich Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Ju-

gend und nach der Wahl 2017 zusätzlich geschäftsführende Arbeits- und Sozialministerin. Seit März 2018 bin ich Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz. Politik ist mein Beruf – und meine Leidenschaft. Ich lerne immer noch jeden Tag unglaublich viel – und lerne außerdem viele spannende Leute kennen. Ich finde das großartig und bin sehr dankbar.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 10.4.2019

Weitere Informationen

 <https://katarina-barley.spd.de/>

DR. HANNAH NEUMANN

## FÜR EIN EUROPA DER HERZEN

Ohne das Engagement der Bürger\*innen wäre die Europäische Union nicht viel mehr als das technokratische Brüssel, auf das sie oft reduziert wird. Um die europäische Idee wieder strahlen zu lassen, müssen wir sie leben. Und dazu brauchen wir noch mehr europäisches bürgerschaftliches Engagement, effektivere politische Beteiligungsformate, und mehr Unterstützung für die Zivilgesellschaft.

### Immer mehr grenzüberschreitendes europäisches Engagement...

Mich persönlich haben im letzten Jahr die Proteste von Frauen – von Warschau, über Berlin, Lissabon und Dublin – sehr beeindruckt. Diese Frauen haben, oft gemeinsam mit Männern, gegen antidemokratische Entwicklungen in EU-Mitgliedstaaten und für das Recht auf Selbstbestimmung gekämpft. Über Nationalgrenzen hinweg, und deswegen mit so unglaublicher Wirkung. Ich selbst war ein kleiner Teil davon.

Ähnliche Tatkraft erlebe ich seit zwei Jahren bei Pulse of Europe, die auch jetzt im Vorfeld der Europawahlen wieder stark mobilisieren. Und da ist die unglaubliche Zivilcourage in der Flüchtlingshilfe, wo viele Engagierte das Ankommen der Menschen erleichtert haben und Kommunen und Regionen sich bis heute über den Nationalismus ihrer Regierungen hinweg setzen und Menschen aufnehmen. Was wir hier sehen, ist bürgerschaftliches Engagement, das sich europäisch und global solidarisiert

und so auch die Politik zu Veränderungen treibt. Unterstützt wird es von vielen kleinen Initiativen vor Ort, die das Zusammenleben in den Kommunen, Städten und Regionen so viel schöner machen; sei es in der Kleiderkammer, bei der Feuerwehr, im Sportverein, im Kirchenkreis, in der Städtepartnerschaft, beim Naturschutz, und es gibt noch so viel mehr. Ich nenne das gerne das Europa der Herzen und möchte mich bei allen bedanken, die dazu beitragen!

### ...kann mit dem Europäischen Freiwilligendienst noch ausgebaut werden

Besonders wichtig dabei ist der Austausch zwischen jungen Menschen. Für Austauschprogramme, Trainings zu sozialen und demokratischen Rechten sowie für europäische zivilgesellschaftliche Aktivitäten muss genug Geld im EU-Haushalt da sein. Ein ganz konkretes Projekt auf europäischer Ebene, das die europäische Solidarität im bürgerschaftlichen Engagement fördert, ist der Europäische Freiwilligendienst. Meine Kollegin Helga Trüpel, Mitglied des Europäischen Parlaments seit 2004, hat ihn als Berichterstatterin maßgeblich voran gebracht. Mit diesem Projekt ermöglichen wir es jungen Menschen zwischen 18 und 30 in den verschiedensten Bereichen, beim Theater, in der Flüchtlingshilfe, im Umweltschutz, in der Klimapolitik, innerhalb Europas aktiv zu werden. So lernen sie Sprachen, andere Länder kennen, Empathie und die Freuden des sozialen Engagements; und sie lernen,

die Europäische Union zusammenzuhalten und gleichzeitig für sich selber etwas zu tun – eine Win-Win-Situation. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie dieses Programm nutzen und junge Menschen ermutigen, das zu tun!

### Aber wir brauchen auch effektivere politische Beteiligungsformate...

Neben solchen Austauschformaten brauchen wir aber auch mehr Beteiligung der Bürger\*innen und der Zivilgesellschaft an der europäischen Demokratie. Das Potenzial dazu ist groß, es wird aber noch nicht ausgeschöpft, weil die Instrumente noch nicht ausreichend sind. Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) gibt die Möglichkeit, durch 1 Million Unterschriften neue EU-Gesetze anzustoßen – ein erster kleiner Schritt zu direkter Demokratie in Europa. Wie viel Erfolg das haben kann, haben wir beispielsweise bei der Frage der Privatisierung der Wasserversorgung oder der Debatte um die Zeitumstellung gesehen.

Aber wir müssen die Beteiligungsmöglichkeiten am europäischen politischen Prozess noch effektiver gestalten. Die Bürgerinitiative ein Schritt in die richtige Richtung. Aber wir müssen nun dafür sorgen, dass die Europäische Kommission solche Initiativen auch ernst nimmt und nicht versucht, die von den Bürger\*innen geforderten Gesetzesänderungen auf die lange Bank zu schieben. Die Bürgerinitiative sollte außerdem weiterentwickelt werden, sodass Bürger\*innen zu wichtigen Entscheidungen auf europäischer Ebene direkt und strukturiert mitreden können. In jedem Fall wollen wir, dass das Parlament zu einer Plenumsabstimmung über das Ziel der Initiative verpflichtet ist. Auf Hinwirken einer Bürgerinitiative sollte es auch möglich werden, ein Bürger\*innenforum einzurichten, dessen Mitglieder nach dem Zufallsprinzip aus der gesamten EU-

Bevölkerung ausgelost werden und die das vorgelegte Thema ausführlich beraten und konkrete Handlungsvorschläge in Form eines Bürger\*innengutachtens machen. Solche Schritte müssen wir bald gehen, um den neuen Beteiligungsformen das nötige Gewicht zu verleihen. Sonst wird es ihnen nicht gelingen, die gegenwärtige Lücke zwischen Bürger\*innen und der EU zu schließen.

### ...und eine Stärkung der Zivilgesellschaft in europäischen Mitgliedsstaaten

Daneben müssen wir uns mehr um die Zivilgesellschaft kümmern und sie gezielt stärken. In manchen Mitgliedsstaaten der EU wird die kritische Zivilgesellschaft gezielt attackiert. Das widerspricht den Grundwerten der EU zutiefst und muss klar politisch sanktioniert werden. Aber wir brauchen kurzfristig auch Instrumente, mit denen wir den Fortbestand einer vielfältigen Zivilgesellschaft sichern können; in ganz Europa. Deswegen fordern wir Grünen, dass es im nächsten Haushalt der EU einen Fonds zur Stärkung der Zivilgesellschaft gibt, die sich für europäische Werte stark macht. Diese Mittel sollten zudem nicht vorher durch nationale Regierungen freigegeben werden müssen. Der Vorschlag wird gegenwärtig im Rat verhandelt und wir werden uns weiter stark dafür einsetzen.

### Wählen ist der kürzeste Weg zur Mitbestimmung!

Das Europäische Parlament ist der Kern der europäischen Demokratie und das einzige Organ, das Sie mit Ihrer Stimme direkt mitgestalten können. Deswegen müssen wir die Rechte dieses Parlaments ausweiten – es braucht endlich ein eigenes Budgetrecht, Gesetzesinitiativrecht und Mitspracherecht in allen Politikbereichen, die die EU gestaltet. Auch dafür werden wir Grünen in Brüssel weiter kämpfen.

## NEUMANN: FÜR EIN EUROPA DER HERZEN


Sie werden es auch in diesem Themenheft sehen: Die unterschiedlichen politischen Parteien haben verschiedene Vorstellungen von der Weiterentwicklung der europäischen Demokratie und Sie als Bürger\*innen haben mit ihrer Stimme in der Hand, wohin die Reise gehen soll. Einige wollen wieder mehr Entscheidungen auf nationalstaatlicher Ebene treffen, andere die EU ganz abschaffen. In einer globalisierten Welt geht beides zu Lasten der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger\*innen. Wir Grüne wollen die europäische Demokratie weiter stärken, Partizipation ermöglichen, eine europäische Öffentlichkeit befördern. Damit neben der Administration in Brüssel auch das Europa der Herzen immer stärker wird! Dafür würden wir uns über Ihre Stimme freuen.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 10.4.2019

### AUTORIN

Dr. Hannah Neumann ist promovierte Friedens- und Konfliktforscherin und kandidiert auf Platz 5 der Europaliste von Bündnis 90/Die Grünen. Vor ihrem Leben in der Politik hat sie demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement in Bürgerkriegsregionen erforscht und unterstützt. Im Europäischen Parlament will sie sich für eine solidarische Außenpolitik, die Förderung der Menschenrechte innerhalb der EU und global sowie die Stärkung demokratischer Mitbestimmung einsetzen.

Weitere Informationen

 [www.hannahneumann.eu](http://www.hannahneumann.eu)

DR. CORNELIA ERNST, MDEP

## OHNE ZIVILGESELLSCHAFT WÄRE DIE EU NUR EIN AUTORITÄRER BINNENMARKT

Was sie nicht ist. Denn die politische Debatte in und über Europa findet nicht nur in den Raumschiffen wirklicher oder vermeintlicher Staatenlenker(innen) statt, sondern auch vor deren Türen, in den Denkfabriken der Hauptstädte ebenso wie im ländlichen Raum und auf den Straßen und Plätzen. Sogar in den Mailboxen der Abgeordneten, in Fraktionsräumen, vor und im Parlament, im Umfeld von Stiftungen, getragen von unzähligen NGO's, die Input haben und nicht ins Gerede kommen und verwechselt werden dürfen mit der knallharten Lobby von Autokonzernen, der Gas- und Ölindustrie, die für den nächsten Vorteil, auf den sie spekulieren, am Werkstisch mancher Abgeordneten sitzen, um ihnen in die Feder zu diktieren. Auch deshalb muss es Normalität werden, die Transparenz zu erhöhen. Insofern hat jede und jeder Abgeordnete auch eine persönliche Verantwortung, welche Interessen sie oder er vertritt.

### Zivilgesellschaft beruht auf gesellschaftlicher Selbstorganisation

Die Stärke einer demokratischen Gesellschaft zeigt sich darin, wie ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation und die Stabilität ihrer demokratischen Verfasstheit in Einklang gebracht werden. Wie dieses Verhältnis künftig aussehen soll, auf allen Ebenen, wird heutzutage verhandelt.

Welche Macht Zivilgesellschaft haben kann, zeigt sich immer dann, wenn Inte-

ressen gebündelt werden, wie bei TTIP, den großen Demonstrationen, die in mehreren Mitgliedstaaten stattfanden. Hunderttausende gingen auf die Straße, trotz breit gefächelter politischer Unterschiede, so dass diese Proteste unüberhörbar wurden. Für TTIP dann noch offensiv einzutreten, fiel selbst Hardlinern schwer, wollen doch irgendwie fast alle wiedergewählt werden. So ist es jetzt darum stiller geworden, das Abkommen ist auf Eis, aber nicht weg vom Tisch, mancher hofft auch auf einen neuen US-Präsidenten. Andere Freihandelsabkommen konnten sich durchmogeln, sahen aber auch besser aus, wie das mit Japan. Europäische Zivilgesellschaft sammelt sich daher nicht nur in Brüssel, sondern zuallererst in den Mitgliedstaaten. Und wenn zeitgleich in mehreren Mitgliedstaaten zum Halali geblasen wird, lässt sich das nicht abtun. Neuerdings müssen schon Schülerinnen und Schüler ins Europaparlament kommen, um ihre Forderung nach einer radikalen und nachhaltigen Bekämpfung der Klimaerwärmung vorzubringen. Auch das zeigt, wo wir gerade stehen. Das Gezerre neoliberaler Strategen, progressiv zu erscheinen, ohne wirklich was vorzubringen, stinkt viele an und gefährdet die Zukunft unseres Erdballs. Dass Jugendliche das auch noch lang und breit erklären müssen, sollte zum Nachdenken führen und zum Handeln. Im Übrigen bei allen Parteien, keine könnte ernsthaft behaupten, genug getan zu haben und zu tun. Das behäbige Bestandsdenken führt

uns in globalen Fragen faktisch an den Abgrund. Dies aufzubrechen braucht den Druck von außen. Wohl wissend, dass in Parlamente immer noch Parteien gewählt werden, muss Zivilgesellschaft »angreifen«. Jetzt. So wie die Demonstrantinnen und Demonstranten gegen das neue Urheberrecht, die die Bühne der Öffentlichkeit nutzten, um Klartext zu reden. Auch auf der Dresdner Demonstration gegen Artikel 13 gab es die übergreifende Botschaft »nie wieder CDU«, logisch, weil die Urheberrechtsreform in Federführung eines CDU-Politikers war. Es ist selten, dass in Bezug auf europäische Entscheidungen so klar Ross und Reiter benannt werden, was die SPD bewogen hatte, noch schnell den Beschluss zu fassen, doch nicht für die umstrittene Urheberrechtsreform im Europaparlament zu stimmen. Zu spät, ihr Mitverschulden war es, in Vorverhandlungen, Ausschüssen, zur ersten Lesung, weitgehend mitgemacht und sich dem Druck in der eigenen Fraktion ergeben zu haben, einzelne Standhafte ausgenommen. Auch wir haben hart kämpfen müssen, weniger in der Partei DIE LINKE, aber massiv in der eigenen GUENGL-Fraktion. Fakt ist letztlich: Wir hätten fraktionsübergreifend gemeinsam und frühzeitig klar Schiff machen müssen. Hilfreich wäre für alle gewesen, einfach mal der Sachkompetentesten zuzuhören, in dem Fall der Abgeordneten Julia Reda, die sich übrigens nicht zu schade war, in unsere Fraktion zu kommen, um zu erklären, was das ist, ein Urheberrecht. Hätten ein relevanter Teil der immer noch großen S&D-Fraktion, aber auch andere früher nachgedacht, wäre eine Abwendung des Desasters denkbar gewesen. Über Monate wurden wir von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft kontaktiert, zig Gespräche haben wir geführt, die Mailboxen waren übervoll mit Stellungnahmen. Dass da was im Argen lag, musste selbst der Uninteressierteste unter den Abgeordneten mit-

bekommen. Wenn sich aber nach der alles entscheidenden, leider verlorenen Abstimmung im Plenum herausstellte, dass einige Abgeordnete »versehentlich falsch abgestimmt« hatten, dann fällt es schwer, dies zu glauben. Denn diese Abstimmung war außerordentlich angekündigt. Und das Herumeiern der GroKo in Berlin, man könne ja bei der Umsetzung der Reform in Deutschland die Dinge besser machen ist verlogen, so wie ein paar Tage später auch Frau Barleys Pirouetten zwischen Ja und Nein, um schließlich anzukündigen, doch im Rat für die Reform stimmen zu wollen. So kann Halbherzigkeit vernünftige Politik über den Haufen fahren. Übrig bleibt Katzenjammer und hoffentlich noch Kraft für einen neuen Anlauf, besonders dann, wenn es um die Umsetzung der Urheberrechtsreform in den Mitgliedstaaten geht.

Wieder mal zeigte sich, dass die jetzigen Zukunfts- ja Überlebens-themen von jungen Menschen aufgegriffen werden, weil vielen von ihnen klar ist, dass es ohne sie einfach nichts wird. Das klingt hart, auch mir selber gegenüber, die ich keine junge Frau mehr bin. Aber auch mir macht Angst, dass in unserem Land der Veränderungswille viel zu oft dem Bestandsdenken weicht. Was mich umtreibt ist die Sorge, dass die Zukunft verschlafen wird. Von der Autoindustrie, die keine ernsthaften Schlussfolgerungen aus den Abgasskandalen gezogen hat. Von der Energielobby, die die Erneuerbaren nur halbherzig nach vorn treibt, immer mit Blick auf die Kohle. Ja, auch wir Linken sagen, die Beschäftigten in den Kohleregionen dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden, wie 1989, wo ganze Teile dieser Regionen entindustrialisiert wurden. Auch wenn jetzt Gelder zur Entwicklung der betroffenen Regionen gestreut werden, was wir natürlich unbedingt unterstützen, muss geklärt werden, welche nachhaltigen Perspektiven sollen dort jetzt, aber auch in 10, 20 Jahren



entstehen. Welches Profil, was brauchen wir dafür. Strukturentwicklung ist eben kein Ding, das man dem Markt einfach überlassen kann. Nichts wird gut werden, wenn nicht die Akteurinnen und Akteure in den Regionen voll einbezogen werden. Selbstverständlich nicht bloß in einem netten Beratungsformat, sondern in die konkreten Entscheidungen. Was soll das Image z.B. der Lausitzregion künftig prägen? Können wir eine Energieregion etablieren, aus der Kohle raus, führend bei der Entwicklung und Umsetzung erneuerbarer Energielösungen? Kann dort der Wissenschaftsstandort ausgebaut werden, kriegen wir internationale Schulstandorte in das Dreiländereck? Welche Bedingungen sind dafür Voraussetzung? Wann können wir endlich überall online sein? Dabei geht es nicht nur ums Geld. Es geht um einen lebenswerten und nachhaltigen Perspektivstandort für die kommenden Generationen. Was auch immer geschieht, die Leute, die dort heute und morgen leben, müssen das entscheiden dürfen. Insofern brauchen wir einen tiefgreifenden Demokratieschub, der die Menschen in die Lage versetzt, ihre Region, ihre Stadt, ihr Dorf so zu entwickeln, dass auch ihre Kinder und Enkel darin einen lebenswerten und attraktiven Standort sehen.

Deshalb müssen grundlegende Überlegungen gestartet werden, wie die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Zivilgesellschaft in diesen Prozessen institutionalisiert werden kann. Mitbeschließende Beiträge wie wir sie auf kommunaler Ebene haben, können dazu beitragen. Ähnliches muss auch auf nationaler und europäischer Ebene geschehen. Sicher, es gibt den europäischen Ausschuss der Regionen als wirklich wichtiges Gremium, das beratend wirksam ist. Aber das reicht eben nicht. Für meine Begriffe sollte dieser Ausschuss zu einer Institution entwickelt werden, wo auch unabhängige zivil-

gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure einbezogen werden. Außerdem muss das Gremium ein direktes Mitentscheidungsrecht bei den parlamentarischen Entscheidungsfindungsprozessen erhalten. Auch das Instrument des europäischen Bürgerentscheides gilt es deutlich auszubauen und mit Verbindlichkeiten zu versehen.

### Blick auf die gegenwärtigen Institutionen

All das verlangt einen ehrlichen Blick auf die gegenwärtigen Institutionen. Insbesondere der Europäische Rat, der strategisch richtungsgebend ist, erweist sich immer mehr als Bremser moderner Politik. Zahlreiche politische Vorschläge besonders aus dem Europaparlament, wie z.B. zur Asylgesetzgebung oder zur Umsetzung des Datenschutzes in der Telekommunikation, liegen momentan auf Eis, weil die Regierungschefs und ihre Minister im Rat lieber um nationale Claims kämpfen, als sich gemeinschaftlichen Aufgaben der EU zu stellen. In meinen Augen ist der europäische Rat zu einem Nationalistenstadl verkommen, der rote Faden gemeinsamer Politik ist kaum noch erkennbar. »Member State First«, egal welcher. Eine grundlegende Reform der EU, ihre weitere Demokratisierung ist zwingend erforderlich – Stärkung der Rechte des Parlamentes, Beendigung der Allmacht des Rates, Implementierung direkter Mitbestimmungsrechte bei der europäischen Gesetzgebung durch die Zivilgesellschaft, Verstärkung der europäischen Integration, Transparenz der politischen Prozesse – darum muss es gehen. Gemeint ist eine radikale Demokratiereform in der EU – die Balance zwischen Binnenmarkt und Grundrechten. Denn genau diese Balance wird gegenwärtig zur Disposition gestellt zugunsten von Nationalismus und Europaskeptizismus. CDU/CSU trauen sich noch nicht mal, Victor Orbans Populistenpartei aus der EVP-Fraktion rauszuschmeißen,

## ERNST: OHNE ZIVILGESELLSCHAFT ...

weil ihnen wichtiger ist, bei der Wahl von Weber zum Kommissionschef die Stimmen des EU-Hassers nicht zu verlieren. So werden ständig Konzessionen an Nationalisten und Autokraten gemacht, eine verhängnisvolle Politik doppelter Standards, je nachdem, wie es gebraucht wird.

### Umgang mit europäischen Werten

An dieser Stelle etwas zum Umgang mit europäischen Werten, wie Solidarität und Menschenrechte. Richtig ist, dass die modernen und liberalen Gesellschaften der 90er Jahre diesen Herausforderungen große Bedeutung beigemessen haben. Damit wurde die EU ein Fortschrittsmotor in der Welt, ein Label, das sie immer mehr verliert und im Falle des Asylrechtes bereits verloren hat. Ich habe in den letzten 5 Jahren zahlreiche relevante Schauplätze europäischer Asylpolitik in der Welt aufgesucht, Flüchtlingslager und -gefängnisse, genug, um zu sagen: der Umgang mit Geflüchteten ist ein Schande. Ihr tausendfacher Tod an den EU-Außengrenzen, die vielen Kinder, die verloren gegangen sind. Wir haben unzählige Fakten immer wieder in das Parlament, in Anhörungen, Debatten, Aussprachen mit Kommissaren gebracht. Wir hätten das ohne die vielen NGO`s niemals zustande gebracht, Frauen und Männer, die mit Geflüchteten in den übelsten Camps arbeiten, die obdachlose Migrant\*innen unterstützen, die unbegleiteten Kindern helfen, Suchdienste für vermisste Angehörige, Anwältinnen und Anwälte, Ärztinnen und Ärzte, alle, die Lebensrettung vornehmen. Gäbe es diese Menschen nicht, würde es heute kein individuelles Asylrecht mehr geben. Zivilgesellschaft rettet. Und unsere Aufgabe ist es jetzt, Zivilgesellschaft zu retten. Denn wer heute Kapitänen, die Geflüchtete retten, den Prozess macht, hat vergessen, warum das Recht auf Asyl nach dem zweiten Welt-

krieg als ein Menschenrecht begründet wurde, zu dem sich die EU übrigens ausdrücklich verpflichtet hat.

Es braucht den Zusammenschluss aller Demokratinnen und Demokraten, um der Zerstörung zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen entgegen zu wirken. In mehreren Mitgliedsstaaten werden NGO's kriminalisiert, nicht nur zur Seenotrettung, in Ungarn läuft ein hochgefährlicher Prozess zur Gleichschaltung der Gesellschaft, im Verlaufe dessen kritische Akteurinnen und Akteure mundtot gemacht werden sollen. Unliebsame Journalistinnen und Journalisten wurden in der Slowakei und in Malta getötet, in Italien kaltgestellt. Und in Deutschland aberkennt man bestimmten Vereinen die Gemeinnützigkeit, weil sie politische Standpunkte beziehen. Das ist eine schleichende bis offene Entdemokratisierung, die wir gegenwärtig erleben. Sie geht einher mit einer Welle politischer Rückwärtsrollen, angefangen bei den politischen Verrenkungen, die die GroKo beim Abtreibungsrecht vollzieht und den immer gröber werdenden Angriffen auf das moderne Frauenbild, das wieder mal erschüttert werden soll, europaweit. Und so werden diese politischen Geistesblitze auch in das Europaparlament gespült, inklusive ganze Orgien rassistischer und nationalistischer Ausfälle, die 1:1 in den Mitgliedsstaaten exklusiv für Brüssel kopiert werden.

### Wo stehen wir jetzt?

Da ungefähr stehen wir jetzt, wenn man so will, mitten in einem Kulturkampf. Zu glauben, wir hätten ihn ein für alle Mal gewonnen, ist eine gefährliche Illusion. Nichts ist unumkehrbar. Weder die offene Grenze zwischen Deutschland und Frankreich noch der Frieden, der nicht einfach so da ist, nur weil wir das selbstverständlich finden.

Insofern geht es bei der kommenden Europawahl um alles. Wirklich um alles. Wird von der EU Fortschritt und Wohlstandsentwicklung ausgehen oder versagen wir in der Armutsbekämpfung? Werden Menschenrechte künftig Grundlage oder Verschiebemasse sein, werden wir die sozialökologischen Herausforderungen stemmen oder kapitulieren wir davor? Werden wir gemeinsame Wege gehen oder nur noch eigene? Gilt künftig Solidarität als Gewinn oder als Schwäche? Diese Entscheidungen werden wir nicht in 20 Jahren fällen, sondern jetzt. Beileibe nicht nur, aber eben auch durch Wahlen, weil es um die Macht geht. Und um uns selbst. Was damit gemeint ist, sprechen jetzt viele Menschen in Großbritannien aus, insbesondere junge Leute, die im Brexit einen großen Schritt zurück sehen, unverzeihlich. Man könnte es auch so sagen: Trotz aller berechtigter Kritik an der EU, haben wir nichts anderes. Und wir haben auch nichts wirklich Besseres mit Blick auf unseren Kontinent. Wir müssen eigene Grenzen überwinden, Dogmen wegwerfen, uns mit allen verbünden, die unser Europa ge-

gen die egoistische Gedanken- und Verantwortungslosigkeit verteidigen.

Europa, mon amour.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 10.4.2019

#### **AUTORIN**

Dr. Cornelia Ernst, MdEP, Dresdnerin, verheiratet, Beruf: Lehrerin für Geschichte und Deutsch, später Mitarbeiterin im Sächsischen Landtag PDS-Fraktion, Landtagsabgeordnete, Landesvorsitzende PDS/ später DIE LINKE in Sachsen, ab 2009 Abgeordnete im Europaparlament in der Fraktion GUE/NGL, Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Inneres und Justiz, dort Koordinatorin für die Fraktion, Stellvertretendes Mitglied im Industrie- und Forschungsausschuss und in der interparlamentarischen IRAN-Delegation. Wahlkreisbüros: in Dresden und Mainz.

Weitere Informationen

 [www.cornelia-ernst.eu](http://www.cornelia-ernst.eu)

NICOLA BEER, MDB

## CHANCEN ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS NUTZEN

Europa – das sind zu allererst wir alle, seine Bürgerinnen und Bürger. Nicht etwa seine Gremien, wie die EU-Kommission, die verschiedenen Ministerräte oder die Diskussion um Spitzenkandidaten und europäische Parteienfamilien.

Europa ist eine große Idee, geboren nach den zwei Urkatastrophen des 20. Jahrhunderts in Form der Weltkriege, als Visionäre wie Robert Schuman und Jean Monnet die Gunst der Stunde ergriffen und mit ihren konkreten Plänen die Bürgerinnen und Bürger Europas für dieses Projekt begeistern konnten.

Genau daran müssen wir heute wieder ansetzen. Denn dieses Projekt ist in Gefahr – durch den Nationalismus, die politische Gleichgültigkeit in vielen Hauptstädten, die technokratische Administration der EU und das Gebrüll der Populisten von links und rechts. Wir Freie Demokraten fordern einen selbstbewussten und mutigen Kontinent, der seinen Bürgerinnen und Bürgern nicht nur Frieden, Freiheit und Wohlstand bewahrt, sondern als Innovationsvorreiter für jede und jeden Zukunftschancen und die Möglichkeit sozialen Aufstiegs aus eigener Kraft schafft. Dazu müssen wir die EU – und zwar unter stärkerer Beteiligung ihre Bürgerinnen und Bürger – grundlegend reformieren.

Hierzu gehört für uns – neben Struktur-reformen, welche die EU schneller handlungsfähig machen – die europäische Zi-

vilgesellschaft stärker einzubinden, um Europas Chancen zu nutzen:

Erstens müssen wir dringend eine echte europäische Öffentlichkeit herstellen – und zwar müssen wir mitten hinein in den Marktplatz europäischer Meinungsbildung. Europapolitische Themen dürfen nicht länger nur durch eine nationale, sondern müssen auch durch eine echte europäische Brille gesehen, analysiert und kommentiert werden.

Denn damit die Bürgerinnen und Bürger sich zivilgesellschaftlich einbringen können, müssen sie leichter und umfänglicher europäisch informiert werden. Dies ist *conditio sine qua non* für EU-Bürgerinitiativen und die Aufstellung gesamteuropäischer Listen bei künftigen Europawahlen.

Zweitens brauchen wir eine stärkere Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern im Parlament. Dies erreichen wir zum einen durch mehr digitale Beteiligungsformen auf der Basis eines elektronischen Personalausweises für alle EU-Bürger. So lassen sich Online-Befragungen und Diskussionsforen effizienter nutzen. Zum anderen müssen wir Diskussionsplattformen – wie Bürgerdialoge, Hausparlamente und demokratische Konvente – bereitstellen. Diese Plattformen müssen regional ausgewogen sein und lokale zivilgesellschaftliche Organisationen müssen eng einbezogen werden. Nur so

können wir Reformideen diskutieren, welche einem klaren Kompass folgen. Denn wir wollen ein einigtes, kein vereinheitlichtes Europa. In einem Europa der Bürgerinnen und Bürger haben die Geschichte, die Traditionen, die Sprachen, die Heimat und Kultur der Regionen immer ihren Platz – und können so ihren ganzen Charme entfalten. Mit pro-europäische Bewegungen wie Pulse of Europe wollen wir dabei zusammenarbeiten.

Grundlage einer Gemeinschaft ist ihre Verfassung – sie definiert a priori die Werte einer Gesellschaft, führt die Bürgerinnen und Bürgern zu einer Wertegemeinschaft zusammen, die Rechte und Pflichten festlegt, und dient schließlich den politischen Mandatsträgern als Handlungsgrundlage. Daher fordern wir Freie Demokraten drittens die Einberufung eines Europäischen Konvents bis spätestens 2022, der den Weg zu einer gemeinsamen Verfassung einer dezentral und bundesstaatlich organisierten EU ebnet.

Der Konvent soll aus Vertreterinnen und Vertretern der nationalen Parlamente und Regierungen, des Europäischen Parlaments und der Kommission zusammengesetzt werden und die Bürger über Dialoge, Befragungen und (Online-)Eingaben direkt beteiligen. Am Ende des Prozesses entscheidet eine gemeinsame europäische Volksabstimmung über die Verfassung. Wichtige Vorschläge zur Ertüchtigung der Strukturen sind ein Gesetzesinitiativrecht für das Europäische Parlament sowie die Verkleinerung der EU-Kommission.

Als vierten Punkt wollen wir Englisch als zusätzliche Verwaltungssprache in allen Ämtern in Europa einführen. In einem ersten Schritt kann dies über zentrale Anlaufstellen gewährleistet werden. Ziel muss es sein, dass alle Bürgerinnen und Bürger in jedem EU-Mitgliedstaat Englisch

als Verkehrssprache nutzen können. Denn alle Europäerinnen und Europäer sollen in anderen europäischen Ländern einfacher mit staatlichen Stellen sprechen können. Das ist nicht nur eine große Erleichterung für Reisen, Arbeit, Ausbildung und Studium, sondern ermöglicht auch zivilgesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe. Geben wir den Europäerinnen und Europäern eine hörbare Stimme.

Fünftens wollen wir ein Europa schaffen, in dem sich Menschen begegnen, sich austauschen und gemeinsam etwas aufbauen. Ob im Schüleraustausch in Frankreich, der Berufsausbildung in Schweden, im Studium in Polen oder im Freiwilligendienst in Malta – Europa soll schon früh mit all seinen Facetten, Kulturen und Eigenheiten erfahrbar sein. Wer andere Länder so erlebt, beginnt sie zu lieben – und Europa wächst zusammen. Grundvoraussetzung dafür ist gelebte europäische Mehrsprachigkeit – jeder Bürger soll neben Englisch als »lingua franca« der EU mindestens eine weitere Fremdsprache sprechen können. Wir setzen uns daher für die Förderung des Sprachenunterrichts und der Sprachkenntnisse von der Kita bis ins hohe Alter in der gesamten EU ein. Besonders wichtig sind uns dabei die Sprachen der jeweiligen Nachbarländer. Ferner fordern wir die Einführung der Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit, eine Aufstockung des Kontingents an kostenlosen Interrail-Tickets und ein gemeinsames europäisches Geschichtsbuch unter Berücksichtigung der kulturellen und historischen Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der Mitgliedsländer. Zur Stärkung europäischen bürgerschaftlichen Engagements fordern wir die Schaffung einer EU-Binnenmarktes für gemeinnützige Organisationen sowie die Schaffung eines europäischen Vereinsrechts, um so der Schwierigkeit der EU-grenzüberschreitenden Anerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus, von

Spendenquittungen und Kooperationen zu besegnen.

Diese Ideen sollen uns dabei helfen, die EU umfassend im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu reformieren. Denn die EU ist kein Selbstzweck sondern legitimiert sich durch das, was sie ihren Bürgerinnen und Bürgern bietet – Freiheit, Friede, Wohlstand und Teilhabe. Klaus Kinkel hat es einmal so formuliert: »Europa wächst nicht aus seinen Verträgen. Europa wächst aus dem Herzen der Menschen. Oder gar nicht.« Fragen wir daher nicht, was Europa für uns tun kann – sondern was wir als Bürgerinnen und Bürger für Europa tun können. Und geben wir allen auch die Möglichkeit, sich wirksam einbringen zu können. Denn durch mehr Nähe und Mitspracherecht gewinnt die Europäische Union neue Chancen.


Wir Freien Demokraten wissen, dass wir die Begeisterung, die wir für Europa empfinden, nur dann bei den Bürgerinnen und Bürgern voll entfachen können, wenn wir sie mitnehmen auf unsere Reise in einen Kontinent der Chancen und des Aufbruchs

– in ein grundlegend erneuertes Europa der Freiheit und des Rechts. Diese Reise beginnen die Bürger Europas am 26. Mai 2019 – lassen Sie es uns gemeinsam Europas Chancen nutzen!

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 10.4.2019

### AUTORIN

Nicola Beer, MdB, Staatsministerin a.D. ist seit 2013 Generalsekretärin der FDP. Nach Ihrem Studium (Ausbildung zur Bankkauffrau und Studium der Rechtswissenschaften an der Goethe-Universität in Frankfurt. 1997 erstes juristisches Staatsexamen, von 1997 bis 1999 Rechtsreferendariat und 1999 zweites juristisches Staatsexamen) war sie als selbstständige Rechtsanwältin tätig. Von 2012 bis 2014 war Nicola Beer Kultusministerin in Hessen. Sie ist Spitzenkandidatin ihrer Partei für die Europawahl.

Weitere Informationen  
 [www.nicola-beer.de](http://www.nicola-beer.de)

MANUELA RIPA

## EUROPAWAHL UND ZIVILGESELLSCHAFT

Für viele war es eine faustdicke Überraschung: das von der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) initiierte Volksbegehren in Bayern zum Thema »Artenschutz« erreichte innerhalb von nur zwei Wochen mehr als 1,7 Millionen Unterschriften. Die Rettung der Bienen, stellvertretend für tausende von bedrohten Arten, mobilisierte tatsächlich die Massen. Die Menschen stellten sich trotz widriger Wetterbedingungen in lange Schlangen, um sich für das Volksbegehren einzutragen. Am Ende war es in Deutschland das erfolgreichste Volksbegehren aller Zeiten und hat gezeigt: die Zivilgesellschaft lebt! Sie fand in der Biene ihr überzeugendes Symbol und in Agnes Becker von der ÖDP Bayern ein Gesicht. Dieses kraftvolle Ausrufezeichen ist nicht der einzige Ausdruck der neu erwachten Zivilgesellschaft: Die Bewegung »Fridays for Future«, ausgelöst von der schwedischen Schülerin Gretha Thunberg, sowie die Massendemonstrationen gegen sogenannte Upload-Filter im Internet im Rahmen der EU-Urheberrechtsreform zeigen deutlich, dass sich politische Themen neue Wege der zivilgesellschaftlichen Mitbestimmung oder des Protests suchen.

### Welche Bedeutung hat bürgerschaftliches Engagement für die Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft?

Die neuen Formen bürgerlichen und zivilen Protests machen jedoch nicht an den Grenzen Deutschlands Halt. In Frankreich hat sich aus einem »Gelbwesten-Protest«

mittlerweile eine politische Gruppierung entwickelt, die allerdings durch gewalttätige Aktionen gleichzeitig in vielen Bereichen diskreditiert wurde. Ausgangspunkt war eine höhere Umweltbesteuerung und der Protest gegen die Willkür der Mächtigen gegenüber einer wirtschaftlich immer stärker unter Druck stehenden Mittelschicht. Interessant sind auch die Bemühungen der britischen Gesellschaft, sich gegen das »Brexit-Chaos« zu erheben, das ironischerweise durch eine Volksabstimmung ausgelöst wurde. Die beeindruckenden Demonstrationen der Bürger Großbritanniens sind gleichwohl als gewaltiger Protest gegen die Unfähigkeit eines politischen Systems zu verstehen, den Volkswillen auch nur halbwegs adäquat umzusetzen.

Da wo es jahrzehntelang eine berechtigte Kritik an nicht oder kaum vorhandener Zivilgesellschaft gab, da tritt sie uns nunmehr gleich in mehrfacher Ausprägung in vielen Ländern Europas entgegen. In allen Fällen kann sie als Aufbegehren gegen das politische Establishment verstanden werden. Offensichtlich haben sich auch durch neue technische Möglichkeiten über die sozialen Medien die Bedingungen für gesellschaftlichen Protest so massiv gewandelt, dass eine fulminante Organisation innerhalb kürzester Zeit möglich ist. Während in Frankreich die übergreifende Gewalt letztendlich zum Reagieren der Politik führte, war es in Bayern die schiere Masse der Unterschriften, die aufgrund der Ver-

fassungssituation einen Politikwechsel hin zu einem besseren Natur- und Umweltschutz einleiten kann.

### Welches Potential hat Zivilgesellschaft als beratender Akteur in Europa?

Bleiben wir beim bayerischen Beispiel, illustriert es doch anschaulich, dass ein regional ausgelöster Prozess durchaus eine Rolle auch auf europäischer Ebene spielen kann.

Am 31. Januar 2019 begann das Sammeln der Unterschriften für einen substanziellen Artenschutz in Bayern. Nur zwei Wochen später, am 13. Februar 2019, waren knapp 1,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger in ihrem Rathaus, um dem Anliegen mit ihrer persönlichen Signatur aktenkundig Nachdruck zu verleihen. Dadurch nahm das Volksbegehren den vorgesehenen gesetzlichen Lauf. Nach der bayerischen Landesverfassung muss im Anschluss an ein erfolgreiches Volksbegehren die Staatsregierung einen Gesetzesentwurf vorlegen. Sie kann den Entwurf des Volksbegehrens annehmen oder ablehnen, was aber an sich bereits eine hohe Messlatte ist, da der zur Abstimmung vorliegende Gesetzesentwurf mit der Unterstützung von fast 20 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung ein starkes Mandat hat.

Was hat so viele Menschen dazu gebracht, aktiv zu werden? In der Begründung zum Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens Artenvielfalt & Naturschönheit »Rettet die Bienen!« heißt es wörtlich: »Gegenwärtig wird in Bayern ein dramatischer Artenverlust verschiedenster Gruppen von Tieren und Pflanzen festgestellt. Gerade der drastische Rückgang der Artenvielfalt bei den Insekten, insbesondere den Bienen und Schmetterlingen, den Amphibien, den Reptilien, den Fischen, den Vögeln und den Wildkräutern ist durch einschlägige

Untersuchungen eindeutig nachgewiesen. Ursächlich hierfür sind der übermäßige Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden sowie die strukturelle Verarmung der Landschaft. Jede verlorene Art und jeder gestörte Lebensraum ist nicht nur ein Verlust an Stabilität des natürlichen Lebensgefüges, sondern auch ein Verlust an Schönheit der bayerischen Heimat und eine Beeinträchtigung der Lebensqualität der Menschen. Das Volksbegehren »Rettet die Bienen«, leistet durch die Verbesserung und Ergänzung des Bayerischen Naturschutzgesetzes einen wirksamen Beitrag zu Erhalt und Stärkung unseres Artenreichtums (einschließlich des Bodenlebens) im Freistaat Bayern. Dabei stehen die Bienen stellvertretend für tausende von bedrohten Arten. In einer Landschaft, in der Wildbienen zu Hause sind, fühlen sich auch Rebhuhn, Feldhase und Ameisenbläuling wohl, Kammmolch, Ringelnatter und Bachforelle profitieren ebenfalls von reduziertem Pestizid und Düngereinsatz und wertvollen Landschaftselementen.«

Die Bürger haben durch ihre Abstimmung der Politik in Bayern klar gemacht, dass sie ein »Weiter so« der aktuellen Umweltpolitik, die einfach zu wenig am Naturschutz und damit auch am Heimatschutz ausgerichtet ist, akzeptieren. Die Bürger haben der Politik auf eindrucksvolle Weise gezeigt, wo es langzugehen hat und dass man den »Willen des Volkes« nicht weiter ignorieren oder halbherzig verfolgen darf.

Auch in Europa konnten Bürger die aktuelle EU-Politik beeinflussen. Die Europäische Bürgerinitiative macht es möglich, dass sich eine Million EU-Bürger unmittelbar an der Entwicklung von Strategien der EU beteiligen, indem sie die Europäische Kommission auffordern, einen Rechtsakt vorzuschlagen.



Nehmen wir hier als Beispiele zwei der erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen wie »Right2Water«, also das Recht auf sauberes Trinkwasser in ganz Europa, und die Europäische Bürgerinitiative »Stopp Glyphosat«. Bei letzterer haben mehr als eine Million Bürger aus 22 Mitgliedsstaaten die Kommission aufgerufen, in den Mitgliedsstaaten das Verbot von Glyphosat durchzusetzen und den Pestizideinsatz zu verringern. Auch hier wiederum haben sich Bürger der EU gegen das Vorgehen der Regierungen gestellt und zum Wohle aller in Europa gehandelt. Bürger werden immer mehr zum Korrektiv der aktuellen, nicht am Gemeinwohl orientierten Politik.

Diese Beispiele zeigen somit, wie zivilgesellschaftliche Prozesse in Europa interagieren und schlussendlich Wirkung zeigen können.

### Warum ist die Teilnahme an der Europawahl entscheidend für die Demokratieentwicklung in Europa?

Ohne Zweifel braucht der zivilgesellschaftliche Protest auch einen politischen Arm, um in die Parlamente oder direkt in die politischen Entscheidungsmechanismen zu gelangen. Dies erklärt auch, warum sich die ÖDP so stark an diesen Initiativen beteiligte oder diese sogar auslöst. Historisch gesehen ist die mit einem Mandat im EU-Parlament vertretene ÖDP, die bereits 1982 gegründet wurde, die erfolgreichste politische Partei beim Initiieren zivilgesellschaftlicher Prozesse. Ein bekanntes Beispiel war die Stärkung des Nichtraucherschutzes, die ebenfalls durch ein Volksbegehren in Bayern durch die ÖDP ausgelöst wurde. Auch hat es die ÖDP mit einem Volksbegehren geschafft, den bayerischen Senat abzuschaffen. Durch die Teilnahme der ÖDP an den Europawahlen, kann der zutiefst demokratische Ansatz zivilgesellschaftlicher Initiativen

direkt ins Europäische Parlament transportiert werden. Es entsteht demnach auch ein Anreiz für die ÖDP, im Rahmen ihres Wahlkampfes zivilgesellschaftliche Initiativen noch stärker zu unterstützen und sich zu ihrem politischen Sprachrohr zu machen. Die Europawahl bietet hier für eine ideale Grundlage, insbesondere seit dem Wegfall der Fünfprozent-Hürde, da somit auch kleinere politische Gruppierungen die Möglichkeit haben, sich realistische Hoffnungen auf ein Mandat in der Straßburger Versammlung zu machen und sich somit noch stärker einbringen. Für die Demokratieentwicklung in Europa ist dies von maßgeblicher Bedeutung, da die Wählerinnen und Wähler die EU nicht mehr als abstrakt und weit entfernt, sondern als politische Ebene empfinden, auf die man aktiv Einfluss nehmen kann. Die ÖDP wird jedenfalls weiter mittels von Volksbegehren und Initiativen für mehr direkte Demokratie kämpfen, damit auch dem Anliegen der Bürger Gehör verschafft wird. Mit einem erneuten Einzug ins Europäische Parlament würde dem geholfen werden. Den Zuspruch, den die »Bienenrettern« an den Info-Ständen erfahren, lässt berechtigterweise den Eindruck zu, dass diese Art der direkten Demokratie gewollt ist.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 10.4.2019

### AUTORIN


Manuela Ripa ist Spitzenkandidatin der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) für das Europäische Parlament. Manuela Ripa, Juristin aus Saarbrücken und stellvertretende Landesvorsitzende der ÖDP-Saar, war zuerst Referentin dann Leiterin eines Abgeordnetenbüros im Europäischen Parlament (Zuständigkeitsbereiche: Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE), Ausschuss für Umweltfra-

## RIPA: EUROPAWAHL UND ZIVILGESELLSCHAFT

gen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI), Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) und Ausschuss für Haushaltskontrolle (CONT)). Später war sie als persönliche Referentin des Bundesgesundheitsminis-

ters tätig. Manuela Ripa ist seit 2011 EU-Referentin für Landwirtschaft, Energie, Umwelt und Gesundheit in Brüssel.

Weitere Informationen

 [www.manuela-ripa.eu](http://www.manuela-ripa.eu)

GILLES BORDELAIS

## NICHT NUR WAS FÜR »PROFIS«: FÜR EIN VEREINTES EUROPA MIT EINER STARKEN ZIVILGESELLSCHAFT

Beginnen wir mit einer offenen Frage: wir als Zivilgesellschaft aus Europäerinnen und Europäern, was möchten wir? Einen möglichst freiheitlichen, konfliktfreien Raum, wo wir uns entfalten, miteinander austauschen und unser Zusammenleben gestalten können. Eben das Schwinden dieses Raums wurde jedoch vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss als einer der fünf Hauptfaktoren genannt, die die Zukunft der Zivilgesellschaft in der EU gefährden<sup>1</sup>.

So gesehen kann uns das europäische Einigungsprojekt gar nicht teuer genug sein. Die EU ermöglicht nicht nur Wohlstand und andauernden Frieden innerhalb ihrer Grenzen, sie gibt Europäern und Europäerinnen auch eine starke Stimme in der Welt. Die aus diesen Errungenschaften resultierende Stabilität gibt Individuen die Freiheit, sich der Gestaltung der Gesellschaft zu widmen. Es ist also jedem von uns daran gelegen, dass Europa weiter zusammenwächst. Aber können denn die Bürgerinnen und Bürger der EU etwas dazu beitragen? Ja. Nicht nur können sie, sie sind dafür sogar unverzichtbar.

### Die Macht der Lobbys

Die Zivilgesellschaft wird in Brüssel und Straßburg hauptsächlich durch Nichtregierungsorganisationen vertreten. Hinzu kommen Initiativen, die sich auf ein

1 <https://www.eesc.europa.eu/sites/default/files/files/qe-04-17-886-en-n.pdf>

spezifisches Thema konzentrieren, wie zum Beispiel die Durchsetzung eines Initiativrechts für die Bürgerinnen und Bürger Europas<sup>2</sup>. Das Recht also, gemeinsam Gesetze anzustoßen, zu verändern oder zu stoppen. Oder die Initiative gegen ein Leistungsschutzrecht<sup>3</sup>.

Den weit größeren Beitrag aber leistet die professionelle Lobby der Unternehmens- und Industrieverbände. Sie hat mehr Mittel, mehr Personal und kann mit mehr Entscheidungsträgern in Kontakt treten und ihre wohlgefeilten Argumenten unterbreiten. Sehen lässt sich das sehr gut an dem deutschen Kommissar, Günther Oettinger, der sich, obwohl er schon 2016 vom digitalen Portfolio zum Budget gewechselt ist, seit seinem Amtsantritt in 85 Prozent der Fälle mit Unternehmensvertretungen und Consultants trifft<sup>4</sup>. NRO machen dagegen nur 7 Prozent aus. Nicht von ungefähr eilt Oettinger der Ruf voraus, besonders industrieförmig zu sein. Er ist aber nicht alleine mit seiner Einstellung. Die oberen Etagen der Kommission lassen sich in 70 Prozent der Fälle lieber von Menschen informieren, die im jeweiligen Bereich nach Profit streben. Bildung? Gesundheit? Arbeitsmarkt? Sicherheit? Internet? Umwelt? Das überlässt man lieber den

2 <http://www.citizens-initiative.eu/about/the-eci-campaign/>

3 <https://leistungsschutzrecht.info/hintergrund>

4 <https://www.integritywatch.eu>

»Profis«.<sup>5</sup> Bürgerinnen und Bürger stören da nur. Erst recht, wenn sie motiviert sind.

### Chancen für Veränderung

Nicht falsch verstehen. Es ist an sich nichts dagegen zu sagen, dass sich die Politik bei Führungskräften aus Wirtschaft und Industrie informiert. Wenn sie das jedoch fast ausschließlich tut, ist die Gefahr enorm, dass dabei das Gemeinwohl vergessen wird.

Ein aktuelles Beispiel ist die derzeitige Urheberrechtsdebatte. Dabei wird das Recht der Verlage, aus Nachrichten Geld zu machen, höher gewertet wird als die für eine Demokratie unabdingbare Notwendigkeit, ebendiese Nachrichten teilen zu können und sich darüber auszutauschen<sup>6</sup>. Hier kann Bürgerengagement ansetzen.

Die europäische Politik, angeblich so weit weg im fernen Brüssel, ist eigentlich viel erreichbarer als oft angenommen. Mit einem Klick finden Sie zum Beispiel die Kontaktdaten von Günther Oettingers Stab<sup>7</sup> sowie von allen deutschen Mitgliedern des Europäischen Parlaments<sup>8</sup>. Solche Daten sind frei verfügbar und machen aus jeder engagierten Bürgerin, jedem motivierten Bürger einen nicht zu ignorierenden Lobbyisten: Jede Krankenschwester, die eindrücklich und persönlich einer dieser Personen ihre Arbeitsrealität schildert, leistet einen Beitrag dazu, dass die nächste Reform nicht nur von der Pharmedia diktiert wird.

5 [https://twitter.com/c\\_lindner/status/1104683096107114497](https://twitter.com/c_lindner/status/1104683096107114497)

6 [https://de.wikipedia.org/wiki/Leistungsschutzrecht\\_für\\_Presseverlegerhb](https://de.wikipedia.org/wiki/Leistungsschutzrecht_für_Presseverlegerhb)

7 [https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/oettinger/team\\_en](https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/oettinger/team_en)

8 <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/search/advanced?name=&groupCode=&countryCode=DE&odyType=ALL>

Die Bürgerinnen und Bürger Europas sind mächtiger, als sie glauben. Erst recht, wenn sie sich organisieren. Eindrücklich wurde das demonstriert, als die Europäische Kommission den Plan gefasst hatte, die Wasserversorgung in der EU zu privatisieren. Eine Europäische Bürgerinitiative (EBI)<sup>9</sup> formierte sich und half, gegen dieses Vorhaben zu protestieren. Es war die erste EBI, welche die erforderliche eine Million Unterschriften einsammelte. Der zuständige Kommissar erkannte daraufhin, dass die Idee fehlgeleitet war und ließ den Plan fallen. Wie viele Bürgerinnen und Bürger der EU braucht man, um eine Europäische Bürgerinitiative zu starten und so maßgebliche Veränderungen zu erwirken? Sieben.

Auch einer einzelnen Person stehen Möglichkeiten zur Verfügung: Sie kann eine Petition an das Europäische Parlament richten oder bei der Europäischen Bürgerbeauftragten (auch »Ombudsmann« genannt) Beschwerde einlegen. Die europäische Gerichtsbarkeit steht ebenfalls Privatpersonen zur Verfügung, um EU-Recht durchzusetzen.

Da viele dieser Möglichkeiten auch online wahrgenommen werden können, können auch Menschen im hohen Alter oder mit Behinderung ganz nach ihrem Rhythmus die EU mitgestalten. Das ist ein enormer demokratischer Fortschritt.

Die Bürgerinnen und Bürger der EU können auch ganz ohne institutionelle Werkzeuge die politische Agenda diktieren. Das Engagement um den Hambacher Forst sowie die Schülerstreiks für das Klima zeugen davon. Die »klassische« Teilnahme an der Politik, das Wählen, sollte jedoch nicht missachtet werden. In der Tat ist das Europäische Parlament, das wir

9 [https://de.wikipedia.org/wiki/Europäische\\_Bürgerinitiative](https://de.wikipedia.org/wiki/Europäische_Bürgerinitiative)

## BORDELAIS: FÜR EIN VEREINTES EUROPA MIT EINER STARKEN ZIVILGESELLSCHAFT

alle Ende Mai wählen, in hohem Maße repräsentativ. Nicht nur haben auch nicht-etablierten Parteien oder Wählervereinigungen eine Chance auf einen Sitz (in Deutschland ab ca. 0,4 Prozent), sondern diese können, insoweit sie im europäischen Parlament Mitstreiterinnen und Mitstreiter finden, auch echte Veränderungen erwirken.

### Unsere Aufgabe

Die Bürgerinnen und Bürger Europas sollen sich unbedingt in die Gestaltung der EU einmischen. Nur so erhalten wir eine EU, die wir auch wollen. Nur so bleibt uns die EU erhalten.

Anmerkung: »Bürgerin/Bürger« in diesem Text bedeutet jede Privatperson, die ihren Wohnsitz in der EU hat.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 10.4.2019

### AUTOR

Gilles Bordelais ist überzeugter Europäer. Innerhalb der Piratenpartei Deutschland konzentriert er sich auf die Felder Demokratie, Transparenz, Beteiligung und EU-Angelegenheiten.

Weitere Informationen

 [www.gillesbordelais.eu](http://www.gillesbordelais.eu)

DANIEL CASPARY, MDEP

## EUROPAWAHL 2019: ZWISCHEN PARLAMENT, POPULISMUS UND PARTIZIPATION

Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit sind Pfeiler jenes Wertegerüsts, das unser Haus Europa seit mehr als einem halben Jahrhundert zusammenhält. Im Zentrum dieses Hauses stehen seine Bürger, auf deren Wohlbefinden jede Initiative, jede Entscheidung und jedes Gesetz der Europäischen Institutionen abzielt. Doch funktioniert die Europäische Union nicht nur für die Gesellschaft, sondern mit der Gesellschaft. Bürger sollen nicht Zeugen des politischen Prozesses sein, sondern selbst zu Akteuren werden, um unser Europa aktiv mitgestalten zu können.

Wir befinden uns in Zeiten des Umbruchs. Die zunehmende Globalisierung stellt uns vor große Herausforderungen, die oftmals mit Unsicherheiten und Risiken einhergehen. Dazu kommen die Konflikte der letzten Jahre rund um Finanzen, Migration oder Brexit, die die Europäische Union auf eine harte Belastungsprobe stellen. Es steht außer Frage, dass die gegenwärtigen Entwicklungen Wasser auf die Mühlen von Populisten liefern, die sich relevante Zukunftsthemen weltweit zu eigen machen, Informationen aufbauschen und Unwahrheiten verbreiten, um Ängste zu schüren. Geht es jedoch darum, Lösungen zu finden und richtig zu handeln, sind sie oftmals überfragt. Dennoch: Obwohl Europa die höchsten Zustimmungswerte seit über 25 Jahren hat, dürfen sie sich Hoffnung auf Gewinne bei der kommenden Parlamentswahl machen. Sie stellen unser gemeinsames Wertefundament

und die Errungenschaften der europäischen Gründerväter in Frage und strapazieren den Zusammenhalt der Mitgliedstaaten. Besonders jetzt gilt es daher, dass in den letzten Jahren verloren gegangene Vertrauen in Europa zurückzugewinnen. Hierfür ist es wichtig, genügend Raum für die Zivilgesellschaft zu schaffen und sie in den politischen Prozess einzubinden, denn leider scheint es oftmals, als würden Politiker über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden.

### Partizipation muss gestärkt werden

In der Beziehung zwischen Politik und Gesellschaft besitzt die Zivilgesellschaft bereits eine lange Tradition. Sie wird als Bereich betrachtet, in dem gesellschaftliche Vereinigungen und Bewegungen ihren Platz finden. Hier werden die Anliegen der Bürger benannt, gesammelt und in die Politik getragen. Sie leistet einen Beitrag, agiert als Kontrollsystem, stärkt politische Entscheidungen und ist eine wichtige Maßnahme gegen Politikverdrossenheit. Geht es um die Frage, wie aber möglichst weite Teile der Gesellschaft zur Partizipation in der Europäischen Union bewegt werden können, ist klar: Ein Appell seitens der Politik reicht hierfür nicht aus. Vielmehr müssen wir funktionierende Informations- und Partizipationskanäle für die Menschen zur Verfügung stellen und gute Bedingungen schaffen, unter denen sie sich wirksam im politischen Raum engagieren können.

### Ein bürgernahes Europa

Mit Artikel 11 des Vertrags von Lissabon hat die Europäische Union die Zivilgesellschaft berechtigt, ihre Ansichten öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen. Vor diesem Hintergrund führte die Kommission zwischen Januar 2015 und September 2017 über 300 Bürgerdialoge in 145 europäischen Städten durch. Diese ermöglichten den Kommissaren, Europa »vor Ort« und zu erleben und Bürgernähe zu schaffen und zu nutzen. Auch im Zuge der Entwicklung und Verhandlung wichtiger Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Ländern wie Kanada oder Singapur sind die Bürger stets gefragt – schließlich hängt jeder siebte Arbeitsplatz in Europa vom Handel ab. Das Handelsabkommen mit Japan, das am 1. Februar 2019 in Kraft getreten ist, sichert Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in ganz Europa. In der Ausarbeitung des Abkommens war es unabdingbar, auch Vertreter der Zivilgesellschaft miteinzubeziehen. Ohne die Bürger ist gute Handelspolitik nicht möglich, denn nur umsichtig ausgehandelte Abkommen, die auch die Sorgen der Gesellschaft miteinbeziehen, können wir als Europäische Union akzeptieren.

Neben konventionellen Partizipationsformen, wie Bürgerbriefen, brauchen aktive Bürger aber auch neue digitale Möglichkeiten, damit sie ihre Argumente und Erfahrungen wahrnehmbar machen und sich gegenseitig vernetzen können. Ein geeignetes Instrument, um die gesellschaftliche Teilhabe in der Europäischen Union zu stärken, ist beispielsweise die neu reformierte Europäische Bürgerinitiative. Über diese kann die Europäische Kommission auch digital zu einem Rechtsakt bewegt werden. Sicherlich ist die Europäische Bürgerinitiative der richtige Schritt hin zu einem bürgernahen

Europa, jedoch müssen wir in Zukunft noch mehr tun. So haben wir als CDU/CSU-Gruppe in unserem Europawahlprogramm festgehalten: Unser Europa hört auf die Menschen. Als Volkspartei werden wir daher auch weiterhin für ein demokratisches und bürgernahes Europa kämpfen.

Die Vertreter des Volkes sollten auch im Alltag stets ein offenes Ohr für die Belange der Menschen haben und den konstruktiven Austausch mit der Gesellschaft fördern. Besonders freue ich mich deshalb über persönliche Gespräche mit den Bürgern, aber auch über die zahlreichen Zuschriften, die mich erreichen. Ich betrachte den Dialog mit ihnen als wichtiges Feedback zu meiner politischen Arbeit und als großartige Chance, um zu erkennen: Welche Probleme gibt es? Wo muss die Politik anpacken?

### Gemeinsam sind wir stark


Klar ist: 2019 ist ein Schicksalsjahr für die Europäische Union. Das Schicksal liegt nämlich in den Händen der Bürger Europas, denn sie entscheiden bei der Wahl am 26. Mai, welches Europa sie wollen. Auch die an der Europawahl teilnehmenden Populisten setzen auf das europäische Volk – allerdings vor allem auf seine Enthaltung von der Europawahl. In diesen bewegten Zeiten müssen wir deshalb die Gesellschaft in die Europapolitik miteinbeziehen und das Engagement der Bürger aktivieren. Wir müssen uns in Erinnerung rufen: Unsere Gründerväter haben das Haus Europa mit seinen Werten und Tugenden gemeinsam mit und für die Menschen aufgebaut. Nur gemeinsam können wir es auch in Zukunft aufrecht halten.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 10.4.2019

**AUTOR**

Daniel Caspary, MdEP, Technischer Diplomvolkswirt, ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 2017 Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. 2014 bis 2017 war er Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Zudem ist Daniel Caspary, MdEP

seit 2017 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg, seit 2011 Mitglied des Präsidiums der CDU Baden-Württemberg, seit 2010 Kreisvorsitzender der CDU Karlsruhe-Land und seit 2007 Mitglied im Europaausschuss des Deutschen Bundestags.

Weitere Informationen  
 [www.caspary.de](http://www.caspary.de)



MARIA NOICHL, MDEP

## DIE EU MUSS AUCH EIN PROJEKT DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER SEIN

Ohne eine lebendige und diverse Zivilgesellschaft kann es keine Demokratie geben. Dies gilt für die einzelnen Mitgliedstaaten sowie es auch für die EU als Ganzes gilt. Dass dies wahr ist, wird uns immer dann schmerzlich bewusst, wenn Demokratie eingeschränkt werden soll und die Arbeit der Zivilgesellschaft erschwert und beschränkt wird. Die Lage der Zivilgesellschaft ist daher auch immer ein Anzeiger für die Lage einer Demokratie. Die Entwicklungen der letzten Jahre in Ungarn, einem Land in der Mitte unserer europäischen Gemeinschaft, machen dies deutlich.

Die meisten der europäischen Mitgliedstaaten verfügen über eine vom Staat geförderte und institutionalisierte Zivilgesellschaft. Nur so kann garantiert werden, dass verschiedenste Meinungen und Forderungen Gehör und ihren Weg in den politischen Meinungsbildungsprozess finden. Dies müssen wir für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft auf nationalem wie auf europäischem Niveau garantieren.

Als Abgeordnete des Europäischen Parlaments bin ich den europäischen Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet und begegne ihren Wünschen, Forderungen und Vorstellungen zur EU vor allem auf drei verschiedenen Wegen:

1. Als Individuen bei Begegnungen in meinem Wahlkreis

2. Über einen institutionalisierten Weg: Als Teil einer Organisation, sei sie regional, national oder auf europäischem Niveau, durch Anruf des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments oder über die Europäische BürgerInneninitiative

3. Als Teil einer thematisch und zeitlich begrenzten Bewegung, die mit Hinblick auf ein bestimmtes Thema mit mir Kontakt aufnimmt

In den letzten Jahren erlebe ich mehr und mehr Kampagnen, die in der letztgenannten Gruppe ihren Ursprung haben. Es gibt in der EU mehr und mehr das Bewusstsein dafür, dass es möglich und wichtig ist, sich mit den Entscheiderinnen und Entscheidern in Brüssel direkt in Verbindung zu setzen und auf Entwicklungen hier zu reagieren. Denn nur, weil die Entscheidungen in einem gefühlt entfernten Brüssel gefasst werden, heißt das nicht, dass sie mit den BürgerInnen in den unterschiedlichen Ländern und Regionen wenig zu tun haben. Ganz im Gegenteil. Wir sind auf ihre Meinungen angewiesen. Denn einer einzelnen Abgeordneten oder einem einzelnen Abgeordneten ist es unmöglich, alle möglichen Perspektiven zu einem Thema zu kennen und alle Auswirkungen abschätzen zu können. Wir brauchen dazu den Dialog mit den Menschen.

Das Bewusstsein für europäische Themen und ihren Einfluss auf das Leben vor Ort kann ein erster Schritt zu einer tatsächli-

## NOICHL: DIE EU MUSS AUCH EIN PROJEKT DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER SEIN

chen europäischen Zivilgesellschaft sein. Wir müssen begreifen, dass solche Themen nicht nur national zu diskutieren und betrachten sind, sondern auch grenzübergreifend diskutiert werden müssen. Nur wenn die Menschen in der EU in einen tatsächlichen permanenten Dialog miteinander treten, werden europäische Entscheidungen auch wirklich europäisch getroffen. Bisher ist unsere Perspektive und Herangehensweise noch national geprägt. Bisher wägen wir Entscheidungen noch zu häufig in Bezug auf unsere nationalen Interessen ab. Das Voranschreiten des europäischen Projekts aber verlangt, dass wir uns mehr in die anderen EU-Bürgerinnen und -Bürger hineinversetzen, ihre Positionen kennen, mit ihnen diskutieren und am Ende den Weg gehen, der für die EU der Beste ist. Und genau dazu braucht es eine offene, lebendige und diskussionsfreudige Zivilgesellschaft. Eine Zivilgesellschaft, die sich einmischt und wachrüttelt – bisher gegangene Wege auch mal in Frage stellt. Und die ganz klar die europäische Gemeinschaft und die Weiterentwicklung der EU im Sinn hat. Denn die EU ist und bleibt das Projekt ihrer Bürgerinnen und Bürger.


Dafür sind auch die Europawahlen entscheidend. Denn diese beeinflussen, wer im Europäischen Parlament sitzt und welche Entscheidungen hier getroffen werden. Ein paritätisch und divers besetztes Europäisches Parlament ist auch die Basis für die Einbindung der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse. Die niedrige Betei-

ligungsrate in einigen Mitgliedstaaten bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament sehe ich daher mit Sorge. Gleichzeitig dürfen auf Grund der Struktur der EU die nationalen Wahlen und ihre Bedeutung für die EU nicht unterschätzt werden: Denn durch den Europäischen Rat entscheiden auch in Brüssel letztendlich die nationalen Regierungen mit. Deshalb müssen die Wählerinnen und Wähler auch hier immer ganz genau schauen, wen sie wählen. Die EU gestaltet unseren Alltag in vielerlei Hinsicht – unsere Aufgabe muss es sein, den Menschen zu zeigen, dass ihre Stimme den Unterschied macht und dass es in der EU zwar oft um Details geht, aber doch vor allem um das große Ganze: ein solidarischeres und nachhaltigeres Europa für alle.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 10.4.2019

### AUTORIN

Maria Noichl, MdEP ist seit 2014 Abgeordnete im Europäischen Parlament. Sie ist Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter sowie im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Seit Juli 2018 ist sie zudem ASF-Bundesvorsitzende. Vorher war sie sowohl Abgeordnete im Bayerischen Landtag als auch Stadträtin in ihrer Heimatstadt Rosenheim.

Weitere Informationen  
 [www.maria-noichl.eu](http://www.maria-noichl.eu)

JENS GEIER, MDEP

## WELCHE RELEVANZ HAT BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT FÜR DIE STÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT?

Ein Instrument der Zivilgesellschaft ist die Europäische Bürgerinitiative. In der Europäischen Union gibt es seit dem Vertrag von Lissabon erstmals dieses Instrument transnationaler partizipativer Demokratie. Seit 2012 können mindestens eine Million EU-Bürgerinnen und Bürger aus mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten durch ihre Unterschrift die Europäische Kommission auffordern, einen Gesetzesgebungsvorschlag im Rahmen ihrer Befugnisse vorzulegen und damit ein Thema auf die Agenda der europäischen Politik setzen. Die Zahl der erfolgreichen Initiativen zeigt jedoch, dass noch Nachholbedarf besteht: Bisher haben von 76 Initiativen erst 4 die erforderliche Anzahl an Unterschriften erreicht. Darunter eine Initiative gegen das Pflanzenschutzmittel Glyphosat sowie für Wasser als Menschenrecht. Organisatorinnen und Organisatoren von Initiativen und Bürgerinnen und Bürgern wurden bisher zu viele Hürden in den Weg gestellt. Das Europäische Parlament hat daher bereits seit längerem eine Überarbeitung der Verordnung zur Bürgerinitiative gefordert.

Seit der Einführung dieses Instruments vor sieben Jahren haben sich mehr als neun Millionen Menschen an einer Europäischen Bürgerinitiative beteiligt. Das zeigt, wie stark der Bedarf nach direkter und grenzüberschreitender Demokratie in Europa ist.

Demokratie kann ohne eine plurale, kreative und kritische Zivilgesellschaft nicht

funktionieren. Wir wollen eine europäische Identität fördern, die bei den Europäerinnen und Europäern stärker neben die Verbundenheit mit ihren Mitgliedsstaaten und Regionen treten soll. Dafür ist die gemeinsame Kultur ein wichtiger Motor. Wir wollen auch über Kultur, Bildung und den Austausch zwischen unseren Gesellschaften erreichen, dass die Bedeutung dieses einmaligen Projekts Europa für jeden Einzelnen und jede Einzelne deutlich spürbar, erlebbar und gestaltbar wird. Wir wollen ein Europa, das für die Bürgerinnen und Bürger da ist, das Freiraum, Kreativität und Ideen für alle ermöglicht. Deshalb können wir es nicht zulassen, dass in Europa Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstlerinnen und Künstlern systematisch einschränken.

### Welches Potential hat Zivilgesellschaft als beratender Akteur in Europa?

Eine aktive europäische Zivilgesellschaft ist die Brücke zu den Bürgerinnen und Bürgern. Ihre Beteiligung war nie wichtiger als heute - ist die Europäische Union doch unter gewaltigem Druck von innen und von außen. Zivilgesellschaftliches Engagement ist für die europäische Integration unerlässlich. Europas Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nur besser über »ihr« Europa informiert werden. Sie brauchen Beteiligung über ihre europäischen Netzwerke und müssen in einen regelmäßigen Dialog einbezogen werden.

## GEIER: WELCHE RELEVANZ HAT BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Gemeinsam müssen wir verhindern, dass die Demokratie zu einer Diktatur der Mehrheit wird. Wenn mit rechtspopulistischen parlamentarischen Mehrheiten der Kernbestand demokratischer Grundprinzipien geschleift wird, muss die Europäische Union die Rechtsstaatlichkeit schützen. Die Meinungs- und Pressefreiheit, die Gleichstellung der Geschlechter, das Versammlungsrecht, die Unabhängigkeit der Justiz, die Freiheit und Gleichheit der Wahl, Rechte Andersdenkender, der Schutz einer pluralen Zivilgesellschaft. Es wird Zeit, dass Europa wehrhafter wird und nicht zaudert und zusieht, wie die Demokratie ihren Feinden auch noch die Mittel liefert, sie letztendlich abzuschaffen.

Wir wollen im europäischen Gesetzgebungsprozess zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Vereine, NGOs, Projekte und Initiativen eine transparente und chancengleiche Einbindung ermöglichen. Uns geht es um einen gleichberechtigten Dialog aller Partnerinnen und Partner.

### Warum ist die Teilnahme an der Europawahl entscheidend für die Demokratieentwicklung in Europa?

Das Europäische Parlament ist der zentrale Ort für die Vertretung der Menschen in Europa, für politische Debatten und Entscheidungen. Seit 40 Jahren wird es alle fünf Jahre direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählt. Als Vertretung dieser ist es endlich an der Zeit, dass das Europäische Parlament auf gleicher Höhe mit dem Rat der Ministerinnen und Minister steht.

Eine Augenhöhe, die sich auch beim Thema Transparenz widerspiegeln muss. Wir setzen uns dafür ein, dass das Parlament die Vielfalt Europas repräsentiert und dazu gehört für uns auch ein starkes Signal für die Gleichstellung von Frauen in

Europa. Europawahlen müssen tatsächlich europäisiert und europäische Parteien gestärkt werden.

Europa braucht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine starke, funktionierende Demokratie. Sie muss dringend bürgernäher und noch verständlicher werden. Dieses Vertrauen gewinnen wir nur, wenn die Entscheidungsfindung in Europa mehr Mitsprache ermöglicht, gute Ergebnisse und den sozialen Fortschritt für alle bringt. Das Herzstück der europäischen Politik muss das Voranbringen des europäischen Einigungsprojektes sein. Wir wollen deshalb die europäische Demokratie und die Gemeinschaftsinstitutionen stärken, denn sie sind die Garanten dafür, dass nicht nationale Egoismen, sondern das gemeinsame europäische Interesse im Vordergrund steht. Bürgerinnen und Bürger sollen mitentscheiden, das Parlament muss stärker werden und eine europäische Öffentlichkeit soll über politische Entscheidungen streiten. Damit legen wir die Grundlage für einen friedlichen Kontinent, der Demokratie lebt und der nicht gegeneinander, sondern miteinander handelt. So tragen wir das große Erbe Europas ins 21. Jahrhundert. Zukünftige Generationen sollen dann nicht nur wie Europäerinnen und Europäer reisen, sondern selbstverständlich wie Europäer fühlen, denken und leben.

Wir kämpfen weiter für ein starkes Europa und dazu ist die Beteiligung an der Wahl ein wichtiger Beitrag der Bürgerinnen und Bürger.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 10.4.2019

### AUTOR

Jens Geier, MdEP vertritt seit dem 14. Juli 2009 als Abgeordneter im Europäischen Parlament die Städte Duisburg,

## GEIER: WELCHE RELEVANZ HAT BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Essen, Mülheim und Oberhausen, sowie die Kreise Kleve, Viersen und Wesel. Jens Geier ist stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Industrie, Forschung und Energie. Seit Anfang 2017 ist Jens Geier Vorsitzender der EuropaSPD, also der 27 SPD-Abgeordneten

im Europäischen Parlament und in dieser Funktion ständiger Gast im Vorstand und im Präsidium der SPD. Jens Geier ist Kandidat für die Europawahl 2019, Listenplatz 4.

Weitere Informationen

 [www.jens-geier.de](http://www.jens-geier.de)

## KANDIDAT\*INNEN FÜR DAS EUROPAPARLAMENT WOLLEN EINE INTERGROUP VOLUNTEERING DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Das Europäische Freiwilligenzentrum (CEV)<sup>1</sup> macht, wie schon 2014, eine europaweite Kampagne bei Kandidat\*innen für das Europaparlament, um nach der Wahl eine Parlamentariergruppe für bürgerschaftliches Engagement im Europaparlament zu etablieren (»Intergroup Volunteering«). Für Deutschland hat das BBE<sup>2</sup> als Mitglied des CEV für diese Kampagne aussichtsreiche Kandidat\*innen für das Europäische Parlament angeschrieben. Im Unterschied zur Europawahl 2014, in der vorab nur Kandidat\*innen aus anderen europäischen Ländern dem CEV eine Unterstützung signalisierten, lässt die aktuelle und gewichtige positive Resonanz aus Deutschland darauf hoffen, dass die Intergroup Volunteering 2019 ins Leben gerufen wird.

Was kann eine Intergroup Volunteering leisten und wie stellen sich im Überblick die Reaktionen aus Deutschland dar?

### Warum eine Intergroup Volunteering?

Warum wollen das CEV und das BBE eine Intergroup Volunteering? Es geht uns um eine institutionelle Verankerung des Themas Volunteering in der Agenda des Europa-Parlaments, damit ein stabiler Diskursanker zwischen Europäischem Parlament und Europäischer Zivilgesellschaft einerseits und den nationalen Zivilgesellschaften andererseits möglich wird.

1 <https://www.europeanvolunteercentre.org/>

2 <http://www.b-b-e.de>

Gerade auch aus der Perspektive der Erfahrungen des BBE über einen Zeitraum von nunmehr 15 Jahren können wir konstatieren, welche herausragende Bedeutung die Konstitution des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag im deutschen Kontext hatte. Vom Bund bis in die Kommunen hinab haben sich seitdem Engagementinfrastruktur und politische Strukturen im Engagementbereich herausgebildet und unterhalten einen ständigen Dialog über Herausforderungen und etablieren Lösungen. Die Etablierung eines regulären Ausschusses, in dem die Themen von Engagement- und Demokratiep Politik im notwendigen engen Zusammenhang behandelt werden, steht freilich noch aus.

Eine Intergroup Volunteering im Europäischen Parlament scheint uns für eine solche Institutionalisierung wegen der Querschnittigkeit des Themas angezeigt. Hinzu kommt, dass auf europäischer Ebene nach wie vor eine Zuständigkeit oder Berührung mit freiwilligem, bürgerschaftlichem Engagement immer noch inselartig verstreut ist: Europäisches Solidaritätskorps, Europäische Bürgerinitiative, Ehrenamt im Sport, zivilgesellschaftliche Vermittler in der Wissenschaftskommunikation, Ehrenamt und DSGVO sind einige dieser Inseln. Andere führen direkt in inner-europäische Menschenrechts- und Demokratiep Politik: Shrinking spaces der Zivilgesellschaft oder der Umgang mit en-

## KANDIDAT\*INNEN FÜR DAS EP WOLLEN EINE INTERGROUP VOLUNTEERING

gagierten Bürger\*innen in Europa, etwa mit George Soros, oder die Verfolgung von Menschenrechtsaktivist\*innen.

Eine Intergroup Volunteering könnte sich, in Verbindung mit Akteuren aus der europäischen Zivilgesellschaft, daran machen, Strategien der Verknüpfung einiger dieser Inseln zu entwickeln. Das wäre der Beginn eines europaweit sichtbaren Agenda-Settings seitens des Europäischen Parlaments zu den Themen der Engagement- und Demokratiepoltik.

Wie nachhaltig erfolgreich eine Intergroup Volunteering sein kann, zeigt eine der ältesten Intergroup, die sich mit Fragen des Tierschutzes befasst: die 1993 errichtete »Intergroup for Animal Welfare and Conservation of Animals«, in der sich tierschutzinteressierte Abgeordnete aus allen Parteien treffen. Aus ihr entstehen immer wieder Initiativen, die europäisches Recht werden, wie jüngst etwa in Form einer strengeren Regulierung von Tiertransporten. Sie geht zurück auf eine Initiative der »Eurogroup for Animals«, in der sich die führenden Tierschutzorganisationen in Europa zusammengeschlossen haben. Die Eurogroup organisiert seither auch die Sitzungen der Arbeitsgruppe und leistet für die Parlamentarier die entsprechende wissenschaftliche Beratung.

### Diskurs über Volunteering und Ausgestaltung von Unionsbürgerschaft

»Seit seiner Gründung setzt sich das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) für ein Europa auf Grundlage gemeinsamer Werte ein, das zivilgesellschaftliche Beteiligungsräume öffnet und die europäischen Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Engagement einbezieht.« Diese Aussage der Mitgliederversammlung des BBE zur Europapolitik enthält einige Elemente, um was es inhaltlich geht:

- Europäische Bürger\*innen brauchen, wenn sie als Unionsbürger\*innen im europäischen Horizont handeln, angemessene, handhabbare europäische Rahmenbedingungen, die in die Agenda einer Intergroup gehören: passende europäische Rechtsformen der Selbstorganisation etwa.
- Es bedarf eines sensibilisierenden Diskurses etwa über die Unterschiede von Freiwilligenarbeit und Arbeitsmarktqualifizierung, zwischen Freiwilligendienst und Berufsausbildung auf europäischer Ebene – aber auch für die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten.
- Es bedarf einer Stärkung der Civic Education, um demokratische Werte und Haltungen in den Handlungsräumen der Zivilgesellschaft zu stärken und mit menschenfeindlichen Einstellungen und Handlungen in den eigenen Handlungsräumen entsprechend umzugehen.
- Eine europäische Anerkennungskultur für Volunteering und bürgerschaftliches Engagement steckt noch in den Anfängen.
- Soziale Bürgerrechte sind als Voraussetzung eines freiwilligen und unentgeltlichen Engagements in ganz Europa zu stärken.
- Wie kann man es ermöglichen, dass EU-Programme auch die besonderen Bedarfe stark oder ausschließlich ehrenamtlich geprägter Initiativen angemessen Rechnung tragen?
- Wie kann man ein wechselseitiges Voneinander-Lernen und Kennenlernen der Freiwilligenkulturen in den europäischen Staaten und Regionen voranbringen?
- Für welche neuen europaweiten Themen und Herausforderungen lassen sich ehrenamtlich geprägte Zusammenschlüsse als europäische Sachwalter gewinnen bzw. deren Aufbau unterstützen?

## KANDIDAT\*INNEN FÜR DAS EP WOLLEN EINE INTERGROUP VOLUNTEERING

zen. Wikipedia als weltweites globales Ehrenamtsprojekt dokumentiert, was möglich ist. Diesem Zusammenhang ist es gelungen, selbst durch Spenden eine Unterstützungsstruktur mit Hauptamtlichen zu organisieren. Doch wie sieht das in anderen Feldern aus, in denen möglicherweise eine unterstützende Initiative aus der Mitte des Europäischen Parlamentes dazu beitragen könnte, Ansätze aus einzelnen Ländern zumindest zu europäisieren?

Das sind einige der Fragen und Themen, um die es gehen kann. Entscheidend scheint uns zu sein, dass das Europäische Parlament eine eigene diskursive Sichtbarkeit in diesem Themenbereich entfaltet.

### Reaktionen aus Deutschland von Kandidat\*innen für das EP

Bisher haben vier Kandidat\*innen aus drei Fraktionen ihre Bereitschaft ausdrücklich erklärt, für die Institutionalisierung einer Intergroup Volunteering im neuen Parlament einzutreten. In der Reihenfolge der Zusagen sind dies: Delara Burkhardt aus Schleswig-Holstein, Platz 5 der SPD-Europawahlliste<sup>3</sup>; MdB Marlene Mortler aus Lauf an der Pegnitz (Kreis Nürnberger Land), Platz 6 der CSU-Europawahlliste<sup>4</sup>; MdEP Sabine Verheyen aus Aachen, Platz 3 der CDU-Europawahlliste Nordrhein-Westfalen<sup>5</sup>; Erik Marquardt aus Berlin, Platz 8 der Europawahlliste von Bündnis 90/ Die Grünen<sup>6</sup>.

Diese ausdrücklichen Zusagen, sich für die Einrichtung einer Intergroup Volunteering

3 Information zu Delara Burkhardt: <https://www.spd-schleswig-holstein.de/personen/delara-burkhardt/>

4 Informationen zu MdB Marlene Mortler: <https://marlenemortler.de/>

5 Informationen zu MdEP Sabine Verheyen: <https://www.sabine-verheyen.de/>

6 Informationen zu Erik Marquardt: <https://gruene.berlin/Erik-Marquardt>

stark zu machen, sind in zweierlei Hinsicht besonders wertvoll. Einerseits werden alle vier Kandidat\*innen nach aktuellem Stand der Dinge sicher ins neue Europaparlament einziehen – und das für vier verschiedene Parteien. Das ist wichtig, weil der Erfolg einer Intergroup wie auch von Engagementpolitik von einem Grundkonsens unterschiedlicher politischer Richtungen abhängt. Andererseits handelt es sich um Kandidat\*innen, die erwartbar eine bedeutende Rolle in ihren Fraktionen im Europäischen Parlament spielen werden oder, wie MdEP Verheyen, schon jetzt diese Rolle innehaben.

Ermutigend waren auch die Reaktionen derjenigen Kandidat\*innen, die sich nicht dazu entschließen konnten, diese Initiative proaktiv zu unterstützen. Durchweg waren die Reaktionen geprägt von einer positiven Würdigung der Rolle bürgerschaftlichen Engagements und auch der Arbeit des BBE in diesem Feld. Mehrere aktuelle Europaabgeordnete wiesen dann darauf hin, dass sie durch Ausschussarbeiten und andere Themenpfade, die sie verfolgen, schon so weit gebunden sind, dass für eine Initiierung und Teilnahme an einer Intergroup Volunteering die Zeit fehlt. Teilweise wurde dies ergänzt mit dem Hinweis, schon im Rahmen ihrer jetzigen Ausschusstätigkeiten auch engagementpolitische Akzente setzen zu können.

Das bedeutet aber auch, positiv gewendet, dass künftige Abgeordnete, die in eine Intergroup Volunteering Arbeitskraft und Zeit investieren wollen, in ihren Fraktionen auf Kolleg\*innen treffen, die dem positiv gegenüber stehen.

### Erklärung von CDU und CSU

Im Rahmen unserer Kampagne haben wir, wie gesagt, Kandidat\*innen für das Europaparlament angeschrieben. Umso



erfreuter waren wir über die positive Reaktion von CDU und CSU in Form einer gemeinsamen Erklärung: »Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019.« Darin sprechen sich beide Parteien dafür aus, nach der Wahl eine Intergroup Volunteering einzurichten, um bürgerschaftliches Engagement als engagementpolitisches Thema im Europaparlament zu etablieren.

In ihrer gemeinsamen Erklärung begründen CDU und CSU ihre Unterstützung mit dem Verweis auf unterschiedliche Verständnisse von bürgerschaftlichem Engagement in Europa, mit der gewachsenen Bedeutung etwa des Europäischen Freiwilligenkorps und der Aufgabe der Entbürokratisierung. Insgesamt soll die Intergroup Volunteering beitragen »zur schnelleren Überwindung noch bestehender Hürden für mehr bürgerschaftliches Engagement in Europa«.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Gemeinsame Erklärung von CDU und CSU: <https://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2019/03/erklaerung-intergroup-volunteering-cdu-csu.pdf>

### Ausblick

Deutlich besser als vor fünf Jahren stehen daher die Zeichen für die Etablierung einer Intergroup Volunteering und damit für die Etablierung einer nachhaltigen, systematischen Engagementpolitik auch auf europäischer Ebene. Das BBE und das CEV werden die Abgeordneten aus Deutschland und anderen europäischen Ländern dabei unterstützen, diesen aus unserer Sicht wichtigen Schritt nach der Wahl zu gehen.


Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 10.4.2019

### AUTOR\*INNEN

Nino Kavelashvili ist Europareferentin des BBE und Mitglied der Redaktion BBE Europa-Nachrichten.

Dr. Rainer Sprengel ist Leiter des Arbeitsbereichs Information und Kommunikation des BBE und befasst sich seit über 20 Jahren mit dem Thema bürgerschaftliches Engagement.

Weitere Informationen

 <https://www.b-b-e.de/themen/europa1/intergroup-volunteering/>

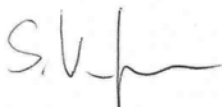
# INTERGROUP

Candidate MEPs are encouraged to complete the pledge for a Volunteering Intergroup.

- ✓ The creation of a European Parliament Intergroup on Volunteering is necessary to ensure an on-going commitment of the European Parliament towards the further development of a comprehensive EU agenda on volunteering.
- ✓ A cross-cutting issue as volunteering, needs an official and structured intergroup, in order to have the financial resources to facilitate the activities.
- ✓ The intergroup will be a crucial cross-party and cross-Committee framework for ensuring the good implementation of the European Solidarity & Voluntary Service (European Solidarity Corps).

I (name) Sabine Verheyen  
MEP candidate for CDU  
in the event of my election in the 2019 European Parliament elections, commit to supporting and promoting the establishment of an EP intergroup on volunteering.

Signed:



Stamp: Sabine Verheyen MEP  
European Parliament  
Rue Wiertz - ASP 15E116  
B-1047 Brüssel

Date and place: 14.03.2019, Strasbourg

Contact Details

Telephone: +32 228 47299

Email: sabine.verheyen@ep.europa.eu

Social media: Twitter @sabineverheyen

Facebook: Sabine Verheyen



Produced by the European Volunteer Centre (CEV) in preparation of the 2019 EP Elections.  
CEV is supported by Europe for Citizens Programme.

# INTERGROUP

Candidate MEPs are encouraged to complete the pledge for a Volunteering Intergroup.

- ✓ The creation of a European Parliament Intergroup on Volunteering is necessary to ensure an on-going commitment of the European Parliament towards the further development of a comprehensive EU agenda on volunteering.
- ✓ A cross-cutting issue as volunteering, needs an official and structured intergroup, in order to have the financial resources to facilitate the activities.
- ✓ The intergroup will be a crucial cross-party and cross-Committee framework for ensuring the good implementation of the European Solidarity & Voluntary Service (European Solidarity Corps).

I (name) Marlene Mortheis MdB  
MEP candidate for Mittelfranken, Bavaria, Germany  
in the event of my election in the 2019 European Parliament elections, commit to supporting and promoting the establishment of an EP intergroup on volunteering.

Signed: Marlene Mortheis

Contact Details

Telephone:

Email:

Social media:

marlene.mortheis@

bundesstg.de

0049 30 22772338

Stamp:

Date and place:




Produced by the European Volunteer Centre (CEV) in preparation of the 2019 EP Elections.  
CEV is supported by Europe for Citizens Programme.

# INTERGROUP

Candidate MEPs are encouraged to complete the pledge for a Volunteering Intergroup.

- ✓ The creation of a European Parliament Intergroup on Volunteering is necessary to ensure an on-going commitment of the European Parliament towards the further development of a comprehensive EU agenda on volunteering.
- ✓ A cross-cutting issue as volunteering, needs an official and structured intergroup, in order to have the financial resources to facilitate the activities.
- ✓ The intergroup will be a crucial cross-party and cross-Committee framework for ensuring the good implementation of the European Solidarity & Voluntary Service (European Solidarity Corps).

I (name) ..... Delara Burkhardt .....  
MEP candidate for ..... Social Democratic Party (Germany) .....  
in the event of my election in the 2019 European Parliament elections, commit to supporting and promoting the establishment of an EP intergroup on volunteering.

Signed: 

Stamp: .....

Date and place: ..... Kiel, 05.03.2019 .....

Contact Details  
Telephone: .....

Email: ..... delara.burkhardt@spd.de .....

Social media: ..... @delarabur .....



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen vom  
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)  
zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019**

**Absichtserklärung für die Errichtung einer Parlamentariergruppe für bürgerschaftliches Engagement in Europa**

Bürgerschaftliches Engagement ist in Deutschland einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft, es stärkt den Zusammenhalt und ist Ausdruck gelebter Demokratie. Mehr als 23 Millionen Menschen engagieren sich ehrenamtlich, weil es ihnen ein Anliegen ist, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten für das Gemeinwohl einzusetzen, sich untereinander und insbesondere den Schwächeren zu helfen sowie Gemeinschaft mit anderen Engagierten zu erfahren und Anerkennung zu erhalten.

Bürgerschaftliches Engagement ist nicht in allen Mitgliedstaaten der EU als Politikfeld etabliert. Bis heute fehlt es an einem europaweit geteilten Verständnis von Engagementpolitik.

Ein erster Anstoß für mehr Engagement in Europa ging vom europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit im Jahr 2011 aus, das im Juni 2018 durch die Errichtung des Europäischen Solidaritätskorps abgelöst wurde. Er soll jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren die Möglichkeit geben, in den Bereichen Umwelt, Kultur, Soziales und Flüchtlingshilfe freiwillig zu arbeiten. Dabei verpflichten sich die jungen Menschen, europäische Werte – wie die Achtung der Menschenwürde, Toleranz, Solidarität und Achtung der jeweiligen Kultur und Tradition – bei der Ausübung ihres Dienstes zu berücksichtigen. Dem Europäischen Solidaritätskorps stehen 375 Mio. Euro an Fördermitteln bis Ende 2020 zur Verfügung.


Entbürokratisierung und verbesserte Rahmenbedingungen für das Ehrenamt stehen für uns ganz oben auf der Agenda. Zur schnelleren Überwindung noch bestehender Hürden für mehr bürgerschaftliches Engagement in Europa (Informationsdefizite, Haftungsrisiken) befürworten wir daher die Errichtung einer Parlamentariergruppe („Volunteering Intergroup“) für bürgerschaftliches Engagement.

## **EBD: SYNOPSE DER EUROPAWAHLPROGRAMME 2019 DER GRÖSSTEN DEUTSCHEN PARTEIEN**

Am 26. Mai wird in Deutschland das Europäische Parlament gewählt. Wo liegen die großen Herausforderungen für Europa? Wo muss Europa Lösungen bieten? Wie kann grenzüberschreitende Demokratie gestärkt werden? Welche europäische Klima-Politik verfolgen die Parteien, was fordern sie zum Thema Gleichstellung und wie wollen sie Europas Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Solidarität gewährleisten? Die Synopse, erstellt von der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD), die die einzelnen Positionen der Parteien

in Stichpunkten zusammenfasst und sie den Politischen Forderungen der EBD gegenüberstellt, soll Wähler\*innen zeigen, für welche Inhalte sie sich bei der Europawahl entscheiden können. Auch Interessengruppen sollen für ihre Einzelanliegen den großen Überblick behalten.

Weitere Informationen

 <https://www.netzwerk-ebd.de/nachrichten/wofuer-stehen-die-einzelnen-parteien-bei-der-europawahl-synopse-der-ebd-veroeffentlicht/>



Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien

#WerteEU

Die Europäischen Werte und Grundrechte achten

<ul style="list-style-type: none"> <li>Regelmäßige Überprüfung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten durch einen unabhängigen Expertenrat</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bei Verstößen eines Mitgliedsstaates gegen rechtsstaatliche Standards sollen Zuwendungen aus dem EU-Haushalt spürbar gekürzt werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Fördermittel der EU sollen an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte gebunden werden</li> <li>Einrichtung einer „Kopenhagener-Kommission“ bestehend aus Verfassungs-Expertinnen und -Experten zur regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung demokratischer Grundsätze in den Mitgliedsstaaten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der Rechtsstaatsmechanismus nach Art. 7 EUV soll durch Konditionalitätsklauseln gestärkt werden, um die Verteilung finanzieller Mittel an die Mitgliedsstaaten von der Beachtung europäischer Werte abhängig zu machen</li> <li>Ein systemisches Vertragsverletzungsverfahren soll zur Bündelung spezifischer Verfahren gegenüber einem Mitgliedsstaat eingeführt werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der Rechtsstaatsmechanismus soll bei Verstößen durch einzelne Mitgliedsstaaten weiter gestärkt und strikt angewandt werden</li> <li>Bei Regelbrüchen einzelner Mitgliedsstaaten gegen die Grundwerte sollen finanzielle Sanktionen im EU-Haushalt geschaffen werden, um EU-Fördergelder streichen zu können</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in der EU soll regelmäßig, länderspezifisch evaluiert und bei Verstößen sanktioniert werden</li> <li>Soziale Rechte müssen beim Europäischen Gerichtshof von einzelnen Personen einklagbar sein</li> <li>Empfehlungen der Kommission gegen Rassismus und Intoleranz und der Agentur für Grundrechte der EU müssen in den Mitgliedsstaaten umgesetzt und sanktioniert werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Finanzielle Stärkung europaweiter Programme, die Mittel für Initiativen und Projekte gegen Rassismus und Diskriminierung bereitstellen</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Europäische Grundrechtecharta soll auch auf nationaler Ebene verbindlich werden, um Grundrechte einklagbar zu machen und besser verteidigen zu können</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Europas Werte der Grundrechtecharta sollen als Fundament der EU mit einem arbeitsfreien Feiertag gewürdigt werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Europaweite, ständige, systematische Erfassung von Straftaten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Agentur der EU für Grundrechte (FRA) soll durch ein Mandat zur politischen Bewertung der Menschenrechtslage in den Mitgliedsstaaten aufgewertet werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Kontakte zur Zivilgesellschaft in den Mitgliedsstaaten sollen genutzt werden, um die Verteidigerinnen und Verteidiger europäischer Grundwerte zu unterstützen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Finanzielle Stärkung europaweiter Programme, die Mittel für Initiativen und Projekte gegen Rassismus und Diskriminierung bereitstellen</li> </ul>	

Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-eibd.de/aktivitaeten/politik-2018-19/>

© Europäische Bewegung Deutschland e. V.  
www.netzwerk-eibd.de @NetzwerkEBD +49 (0)30 30 36 20-110  
Alle Angaben ohne Gewähr, April 2019.





Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien

# #DemokratieEU

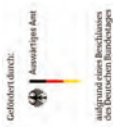
## Europäische Demokratie und Parlamentarismus stärken



<ul style="list-style-type: none"> <li>Initiativrecht für das Europäische Parlament</li> <li>Das Ergebnis des Spitzenkandidatenprozesses soll bindend sein</li> <li>Einsetzung eines unabhängigen Europäischen Normenkontrollrates zur Abschätzung der Kosten der Bürokratie und der Wahrung des Subsidiaritätsprinzips im Vorfeld von neuen Regelungen</li> <li>Rüge bei Verletzung der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit ausbauen</li> <li>Stärkung des Ausschusses der Regionen und Kommunen</li> <li>Enge Abstimmung in europapolitischen Fragen mit Frankreich</li> <li>Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit ost- und mitteleuropäischen Partnern</li> <li>Stärkung der europäischen Zusammenarbeit in Grenzregionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Initiativrecht für das Europäische Parlament</li> <li>Echte europäische Spitzenkandidatinnen/ Spitzenkandidaten</li> <li>Einführung europäischer Wahllisten und eines Zweistimmen-Wahlsystems</li> <li>Wahlalter bei den Europawahlen und Europäischen Bürgerinitiativen auf 16 Jahre herabsetzen</li> <li>Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen im Ministerrat</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Initiativrecht für das Europäische Parlament</li> <li>Unterstützung der europäischen Spitzenkandidatinnen/ Spitzenkandidaten und transnationaler Listen bei den Europawahlen</li> <li>Wahlalter bei den Europawahlen und Europäischen Bürgerinitiativen auf 16 Jahre herabsetzen</li> <li>Der Rat soll in eine zweite Kammer überführt werden und zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative bilden</li> <li>Erfolgreiche Europäische Bürgerinitiativen sollen zu Gesetzesvorschlagen führen und das Europäische Parlament dazu verpflichtet werden, über das Ziel der Initiative im Plenum abzustimmen</li> <li>Kommunen und Regionen sollen regelmäßig in Konsultationen, Anhörungen und Feedbacks in Gesetzgebungsverfahren sowie beim Design von Förderprogrammen einbezogen werden</li> <li>Es soll eine breite Diskussion über Unionmodelle wie die Vereinigten Staaten von Europa, den föderativen Bundesstaat oder die Europäische Republik geführt werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Initiativrecht für das Europäische Parlament</li> <li>Wahl des Europäischen Parlaments nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidatinnen/Spitzenkandidaten</li> <li>Der Rat soll transparent als zweite Kammer agieren</li> <li>Bürgerdialoge, Hausparlamente und demokratische Konvente sollen von der EU gefördert werden, wobei eine regionale Ausgewogenheit berücksichtigt und lokale Organisationen einbezogen werden sollen</li> <li>Verschiedene Tiefen und Geschwindigkeiten der Integration ermöglichen; verstärkte Zusammenarbeit in der Außen- und Verteilungspolitik sowie der inneren Sicherheit</li> <li>Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und gleichzeitige Stärkung des Weimarer Dreiecks zwischen Frankreich, Deutschland und Polen</li> <li>Einberufung eines Europäischen Konvents für eine neue Europäische Verfassung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Initiativrecht für das Europäische Parlament</li> <li>Beibehaltung des Spitzenkandidatenprinzips bei den Europawahlen</li> <li>Ergebnisoffene Bürgerdialoge zur Zukunft Europas mit repräsentativen Querschnitten der Gesellschaft durchführen</li> <li>Stärkung der Europäischen Bürgerinitiative und Möglichkeit verbindlicher europaweiter Bürgerentscheide schaffen</li> <li>Enge Absprache mit Frankreich zwischen Deutschland und Polen durch den Ausbau Zivilgesellschaften stärken</li> <li>Einführung von Volkstischen zu europapolitischen Fragen auf Bundesebene mittels eines digitalen Abstimmungssystems</li> <li>Verschiedene Geschwindigkeiten der Integration: verstärkte Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Initiativrecht für das Europäische Parlament</li> <li>Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das Parlament gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe entscheiden können</li> <li>Alleiniges Haushaltsrecht des Europäischen Parlaments für seine Zuständigkeiten</li> <li>Ausbau der Europäischen Bürgerinitiative zu einer vollständigen EU-Bürgergesetzgebung</li> <li>Verbindliches Mitspracherecht der Regionen in der EU-Investitions-, Struktur- und Förderpolitik</li> <li>Entwicklung einer Verfassung für Europa durch einen Verfassungskonvent</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abschaffung des Europäischen Parlaments</li> <li>Keine Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip</li> <li>Ein Europa der Nationen als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten</li> <li>Austritt Deutschlands oder geordnete Auflösung der EU, sofern Reformansätze der AfD nicht in angemessener Zeit verwirklicht werden</li> </ul>
--	---	---	--	---	---	--

Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-ebd.de/aktuelle/tenpolitik-2018-19/>

© Europäische Bewegung Deutschland e. V. [www.netzwerk-ebd.de](http://www.netzwerk-ebd.de) • @NetzwerkEBD • +49 (0)30 30 36 20-110  
Alle Angaben ohne Gewähr, April 2019.







Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien

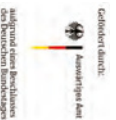
## #Pluralismuseu

### Pressfreiheit und demokratischen Wettbewerb europaweit stärken

						
<ul style="list-style-type: none"> <li>Bessere Vernetzung der Medienplattformen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit ihren europäischen Partnern zu europäischen Digitalplattformen</li> <li>Einfacherer Zugang zu europäischen Digitalplattformen</li> <li>Vielzahl aller Sprachen in Europa schützen</li> <li>Nutzung der deutschen Sprache in Europa und in den EU-Institutionen stärken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Öffentlich-rechtliche Medien stärken</li> <li>Europaweite Plattform für vorhandene öffentlich-rechtliche Inhalte schaffen und um genuin europäische Inhalte ergänzen</li> <li>In europäischer Kooperation öffentlich-rechtliche Fernsehangebote auf Russisch, Türkisch und Arabisch entwickeln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Förderung unabhängiger Medien in der EU-Förderpolitik durch Förderung des Wettbewerbs oder durch einen Fonds für investigativen Journalismus</li> <li>Unterstützung der Zivilgesellschaft durch einen Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsvereinigungen und -verteidiger innerhalb der EU</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Für mehr Medien-Öffentlichkeit für Europa bedarf es europäisch aufgestellter Medien, die mehrsprachig senden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Stärkung der regionalen Medienlandschaft und Erhalt regionaler Tageszeitungen, lokaler Rundfunk- und Fernsehensender sowie lokaler Interneteinrichtungen</li> <li>Aufbau eines europäischen Zentrums für Sprachenvielfalt im Bereich der Regional- und Minderheitensprachen, um ihren Fortbestand zu sichern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einrichtung einer föderierten EU-weiten Mediathek der verschiedenen öffentlich-rechtlichen Anstalten mit mehrsprachigen Inhalten</li> <li>Schaffung eines europäischen Systems, das bei Verletzung der Pressfreiheit und Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten gegenüber Mitgliedstaaten reagiert</li> </ul>	

Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/politik-2018-19/>

© Europäische Bewegung Deutschland e. V.  
www.netzwerk-ebd.de • @NetzwerkEBD • +49 (0)30 30 36 20-110  
Alle Angaben ohne Gewähr, April 2019.





Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien

# #BildungEU

## Europäisches Bewusstsein stärken, Europa bilden



- Deutliche Erhöhung der Mittel für Erasmus+
- Fortführung der Ausbildungsgarantie für Jugendliche
- Werbung für die flächendeckende Einführung der dualen Ausbildung in den Nachbarstaaten
- Europäisches Bildungsangebot auch für ältere Menschen und lebensbegleitendes Lernen
- Kostenloses interrail-Ticket für alle 18-jährigen
- Unterstützung der Bildung europäischer Hochschulnetzwerke
- Bessere Vernetzung der europäischen öffentlichen National- und Staatsbibliotheken unter dem Dach einer europäischen digitalen Bibliothek

- Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps strukturell ausbauen und Erasmus+ auch für Auszubildende öffnen
- Jugendgarantie mit einem Sofortprogramm, das Menschen unter 25 Jahren einen Ausbildungsplatz garantiert, aufstocken
- „Europäischer Kulturscheck“ für Jugendliche in Form eines Gutscheins-Systems für besseren Zugang zu Kultureinrichtungen
- „Jugend-Check“ zur Prüfung geplanter Gesetzesvorhaben hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf junge Menschen einführen

- Erasmus+ und der Europäische Jugendfreiwilligendienst sollen allen jungen Menschen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern gewährt werden
- Anerkennung von Universitätsabschlüssen, Berufsausbildungen, Fort- und Weiterbildungen innerhalb Europas in jedem Land der EU
- Aufbau einer europäischen Zentrale für politische Bildung
- Gründung Europäischer Universitäten
- Weiterentwicklung der Jugendgarantie zu einem dauerhaften und besser finanzierten Instrument sowie für eine faire Entlohnung von Praktikern und Auszubildenden
- Einrichtung eines Europäischen Jugendparlaments, das das Europäische Parlament berät

- Erasmus+ und Freiwilligendienst ausbauen
- Einführung der Bildungs-freizügigkeit als neue Grundfreiheit: Möglichkeit der beruflichen Ausbildung in jedem EU-Land und mindestens sechsmonatiger Aufenthalt in einem anderen Mitgliedsstaat für alle Schülerinnen und Schüler
- Gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Ausbildungen, Praktika und Traineezeiten
- Gemeinsamer Berufsausbildungsmarkt zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit
- Gründung einer Europäischen Ausbildungsagentur
- Aufbau effektiver Systeme in den Mitgliedsstaaten zur Vermittlung von Jobangeboten und arbeitsmarktorientierten Weiterbildungsmaßnahmen
- Einrichtung eines europäischen Jugendwerks zur Förderung des bi- und multilateralen Austauschs von Kindern und Jugendlichen

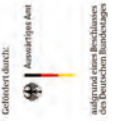
- Erasmus+ finanziell besser ausstatten und strukturell vereinfachen
- Ausbau der beruflichen Bildung und der Erwachsenenbildung
- EU-Jugendstrategie stärken und mehr Chancengleichheit für junge Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt schaffen
- Europaweites duales Ausbildungssystem und bessere Mobilität junger Menschen in Europa
- Stärkung europäischer Jugendverbände und des grenzübergreifenden Austauschs der Zivilgesellschaft

- Gelder für Erasmus+ vereinfachen
- Mittel der Jugendgarantie erhöhen
- Ausbau der EU-Förderprogramme für den Austausch von Lehrenden und Lernenden über Landesgrenzen hinweg

- Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse muss den Nationalstaaten vorbehalten bleiben
- Wiedereinführung der Diplom- und Magisterstudiengänge

Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-ebd.de/aktuelle/ebd-politik-2018-19/>

© Europäische Bewegung Deutschland e. V. [www.netzwerk-ebd.de](http://www.netzwerk-ebd.de) • @NetzwerkEBD • +49 (0)30 30 36 20-110  
Alle Angaben ohne Gewähr, April 2019.





Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien

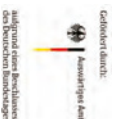
# #GenderEU

## Vorreiterin bleiben: Gleichstellung auf allen Ebenen

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbindliche Ziele und ein EU-weites Lohnrechtkeitsgesetz zur Behebung der Lohn- und Rentenlücke</li> <li>• Die EU-weite Quote für Frauen in Aufsichtsräten aus dem Jahr 2012 soll endgültig beschlossen werden</li> <li>• Paritätische Besetzung der Europäischen Kommission</li> <li>• Die Istanbul-Konvention soll in allen Mitgliedstaaten ratifiziert und konsequent angewandt werden</li> <li>• Verbindliche Strategie samt EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen</li> <li>• EU-Gesetzgebungsagenda zum Schutz gleicher Rechte und Chancen von LGBTQ</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Europaweite Richtlinie zur Vergleichbarkeit von Tätigkeiten und Transparenz über Löhne und Gehälter</li> <li>• Besetzung des Kollegiums der EU-Kommissarinnen/ Kommissare mindestens zu 50% mit Frauen und verpflichtende Parität für alle Führungsgremien der EU-Institutionen</li> <li>• Umsetzung und Einhaltung der Istanbul-Konvention</li> <li>• Alle politischen Maßnahmen sollen auf ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter überprüft werden</li> <li>• Europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften, gleichgeschlechtlicher Ehen und Regenbogenfamilien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der jährliche Bericht der Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männern soll künftig auch die Lage der Frauenrechte in der EU und die strukturelle Gewalt gegen Frauen erörtern</li> <li>• Eine beim Europäischen Parlament angesiedelte unabhängige Europäische Beauftragte für Frauenrechte soll eingesetzt werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Überwindung der europaweiten Lohndiskriminierung von Frauen</li> <li>• Besserer Schutz für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution</li> <li>• Geschlechtsspezifische Verfolgung und Gewalt müssen als Asylgrund anerkannt werden</li> <li>• Das Transsexuellengesetz soll als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht integriert werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Forschungsmittel, die bisher auf europäischer Ebene für die Genderforschung vorgesehen wurden, sollen gestrichen werden</li> <li>• Andere Formen des Zusammenlebens als die Ehe zwischen Mann und Frau sind zu respektieren, damit aber weder gleichzusetzen noch zu fördern</li> </ul>		

Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/politik-2018-19/>

© Europäische Bewegung Deutschland e. V.  
www.netzwerk-ebd.de • @NetzwerkEBD • +49 (0)30 30 36 20-110  
Alle Angaben ohne Gewähr, April 2019.





Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien

# #FairnessEU

## Soziale und wirtschaftliche Konvergenz stärkt Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit



- Mitgliedstaaten sollen für die sozialen Sicherungssysteme, Regulierungen zum Mindestlohn oder die Altersvorsorge selbst verantwortlich bleiben
- Eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung wird abgelehnt
- Das Kindergeld für Eltern aus anderen Mitgliedstaaten der EU soll auf dem Niveau des Landes, in dem ihre Kinder leben, gewährt werden
- Die Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der EU soll verbessert und unbürokratisch gestaltet werden
- „Horizont Europa“ soll zu einem Innovationsbudget mit dem Label „Future made in Europe“ weiterentwickelt werden
- Innovation in Bereichen wie Klimaschutz, Medizin, Mobilität und Landwirtschaft entwickeln



- Einführung eines Rahmens für armutste Mindestlöhne und adäquate Mindeststandards für nationale Grundversicherungssysteme
- Mindestlohn von 12 Euro in Deutschland und länderspezifische Mindestlöhne von mindestens 60% des nationalen Medianlohns
- Einführung eines europäischen Fonds als Rückversicherung für die Finanzierung von Sozialleistungen
- Festlegung allgemeingültiger verbindlicher Regeln für angemessene Arbeitsbedingungen sowie Gesundheit und Sicherheit
- Mindeststandards zur Mitbestimmung für alle Unternehmen europäischen Rechts
- Stärkung der Rechte europäischer Betriebsräte
- Die Europäische Säule sozialer Rechte soll mit einer verbindlichen europäischen Sozialagenda umgesetzt werden
- Einrichtung eines Europäischen Innovationsrates (EIC) zur Förderung bahnbrechender Ideen und Konzepte
- Es sollen Fonds für faire Transition eingerichtet werden, um Wirtschaftszweige, die vor einem tiefgreifenden Strukturwandel stehen, durch Industrie- und Sozialpolitische Investitionen zu unterstützen



- Einführung einer europäischen Grundrichtlinie, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt
- Mindestlohnrichtlinie zur Verhinderung von Lohndumping
- Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherung und europäische Basis-Arbeitslosenversicherung einführen
- Soziale Rechte sollen für alle Menschen in der EU garantiert werden, durchsetzbar und einklagbar gemacht werden



- Arbeitsmarktpolitik und soziale Sicherungssysteme weiter den Mitgliedstaaten überlassen
- Es sind massive öffentliche und private Investitionen in Bildung und Forschung sowie in Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur nötig



- Ablehnung einer Europäisierung der Sozialsysteme, sondern mehr gemeinsame Koordinierung ohne Kompetenzabgabe
- Es sollen soziale Rechte als Mindeststandards geschaffen werden, die allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern zustehen



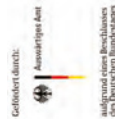
- Mindestlöhne, die zum Leben und für eine armutsfeste Rente reichen
- Einrichtung einer europäischen Arbeitslosenversicherung, die im Krisenfall die Sozial- und Arbeitslosensysteme eines Krisenlandes stützt
- Ablehnung einer Kürzung des Kindergeldes für die im Heimatland verbleibenden Kinder von außerhalb ihres Heimatlandes Beschäftigten
- Stärkung der Europäischen Arbeitsbehörde mit Initiativ- und Sanktionsrechten bei Verstößen gegen Beschäftigten-Rechte
- EU-weite Mindeststandards zur Beteiligung der Beschäftigten in Unternehmen
- Stärkung Europäischer Betriebsräte
- Die Umsetzung der Entsenderrichtlinie muss konsequent kontrolliert und durchgesetzt werden
- Soziale Rechte müssen von jedem Menschen in der EU individuell einklagbar sein
- Einrichtung eines Fonds für soziale, inklusive, solidarische und ökologische Investitionen von über 500 Milliarden Euro im Jahr



- Ablehnung einer europäischen Arbeitslosenversicherung und Arbeitsagentur
- Die Höhe von Kindergeldzahlungen für Kinder, die nicht in Deutschland leben, ist an die Verhältnisse des Herkunftslandes anzupassen
- Der Anspruch auf Sozialleistungen für EU-Bürgerinnen und Bürger soll von einer mindestens zehnjährigen, durchgängig sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung abhängig gemacht werden








Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/politik-2018-19/>

© Europäische Bewegung Deutschland e. V.  
www.netzwerk-ebd.de • @NetzwerkEBD • +49 (0)30 30 36 20-110  
Alle Angaben ohne Gewähr, April 2019.



Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien  
**#HaushalteU**

**Haushalt an gesamteuropäischen Prioritäten bürgernah ausrichten**

						
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beibehaltung der finanziellen Ausstattung der Gemeinsamen Agrarpolitik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit</li> <li>• Schaffung eines gemeinsamen Eurozonenhaushalts</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Den EU-Haushalt auf 1,3% des europäischen Bruttoinlandsprodukts festlegen</li> <li>• Einnahmen und Ausgaben des Mehrjährigen Finanzrahmens sollen sich an den übergeordneten Politikzielen und internationalen Vereinbarungen orientieren</li> <li>• Verpflichtender Nachhaltigkeits-Check der einzelnen Haushaltslinien</li> <li>• Gleichberechtigungs-Check des jährlichen EU-Haushalts in Form von Gender-Budgeting</li> <li>• Der EU-Haushalt soll an die Legislaturperiode des Europäischen Parlaments angeglichen werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sämtliche Sonderhaushalte in den EU-Haushalt eingliedern und Rabatte abschaffen</li> <li>• Mittel für Forschung, Innovation, Digitalisierung, Migration, Außen- und Verteidigungspolitik sollen erhöht werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Alle gesellschaftlichen Akteuren und Akteure sollen unabhängig von ihrem Lobby-Budget gleichermaßen in die Haushaltsberatungen einbezogen werden</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der deutsche Anteil an den EU-Ausgaben und Einnahmen soll jährlich im Bundeshaushalt eingestellt werden</li> <li>• Gegen eine Aufstockung des Mehrjährigen Finanzrahmens und des EU-Haushalts</li> <li>• Ablehnung von Gender-Budgeting zur Durchsetzung des Gender-Mainstreaming in den Haushalten der EU</li> <li>• Der Mehrjährige Finanzrahmen soll auf die jeweilige Wahlperiode des Europäischen Parlaments begrenzt werden</li> </ul>



Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/politik-2018-19/>

© Europäische Bewegung Deutschland e. V.  
[www.netzwerk-ebd.de](http://www.netzwerk-ebd.de) • @NetzwerkEBD • +49 (0)30 30 36 20-110  
 alle Angaben ohne Gewähr, April 2019.



Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien

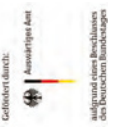
# #MigrationEU

## Asylstandards gewährleisten, Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtenden helfen










<ul style="list-style-type: none"> <li>Europäisches Asylrecht mit gemeinsamen Standards für die Anerkennung von Asyl und eine EU-weite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen</li> <li>Fehlankünfte sollen beseitigt und Asylbewerberleistungen europaweit angeglichen und auf ein Minimum beschränkt werden</li> <li>Europäische Transitzentren sollen den Asylgrund prüfen</li> <li>Einrichtung regionaler Aufnahmezentren in Nordafrika</li> <li>Tunesien, Algerien, Marokko und Georgien sollen zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden</li> <li>Es sollen Flüchtlingsabkommen mit Staaten Afrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens nach dem Vorbild des EU-Türkei Abkommens geschlossen werden</li> <li>Einführung eines Migrationsmonitorings</li> <li>Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe</li> <li>Marshallplan für Afrika und faire Handelsabkommen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Reform des Dublin-Systems, die das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt</li> <li>Regeln zur Verteilung ankommender Menschen</li> <li>Vereinheitlichung und Beschleunigung von Asylverfahren</li> <li>Einheitliche Regeln für legale Zuwanderung</li> <li>Ein Konzept für humanitäre Visa erstellen</li> <li>Bekämpfung von Fluchtsachen durch eine faire Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie eine wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit</li> <li>Einführung eines europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsames europäisches Einwanderungsrecht für legale (Arbeits-)Migration</li> <li>Einheitliches Europäisches Asylsystem mit solidarischem Verteilungsmechanismus</li> <li>Sichere und legale Fluchtwege schaffen</li> <li>Faire, ökologische und gerechte Handelspolitik sowie ökologische Agrarwende zur Bekämpfung von Fluchtursachen</li> <li>Partnerschaft auf Augenhöhe mit Afrika mit Fokus auf nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung durch sozialökologische Investitionen</li> <li>Aufbau eines europäischen organisierten und finanzierten zivilen Seenotrettungssystems</li> <li>Einrichtung eines kommunalen Integrationsfonds zur Unterstützung von Kommunen und Regionen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Einheitliches europäisches Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsrecht, das klar zwischen Flucht, Asyl und arbeitsbezogener Einwanderung unterscheidet und auf einem kriterienbasierten Punktesystem beruht</li> <li>Gemeinsames Europäisches Asylsystem für bessere gemeinsame Standards und Prozesse für die Registrierung, Antragsbearbeitung und –entscheidung, einen neuen Krisenmechanismus sowie die Verteilung von Flüchtlingen nach einem verbindlichen europaweiten Verteilungsschlüssel</li> <li>Umfassende operative, technische, personelle und finanzielle Unterstützung für Staaten, die in Krisensituationen in besonderem Umfang Zuflucht gewähren</li> <li>Sichere Fluchtwege für politisch Verfolgte</li> <li>Einrichtung humanitärer Schutzonen unter der Aufsicht des UNHCR und/oder der EU für ein Asylverfahren noch vor Einreise nach Europa</li> <li>Kohärente Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele mit Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und soziale Marktwirtschaft</li> <li>Verpflichtete Integrationskurse zur Vermittlung von Sprachkenntnissen und Werten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abschaffung des Dublin-Systems</li> <li>Gemeinsame und gerechte Umverteilung der Geflüchteten auf alle EU-Mitgliedstaaten über die EU-Asylagentur EASO</li> <li>Einheitliche Standards der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten</li> <li>Einrichtung europäischer Asylzentren in Afrika</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>EU-weite einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau für Asylsuchende</li> <li>Faire Verteilung von Geflüchteten in der EU mittels europäischer Fluchtlumlage</li> <li>Sichere und legale Flucht- und Einreisewege schaffen</li> <li>Umfassende Visa-Liberalisierung</li> <li>Legalisierungsiniciativen und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus leben</li> <li>Ablehnung von Ausweisung und Abschiebungen aus der EU</li> <li>Verbindliches Recht auf Familiennachzug bereits während des Asylverfahrens</li> <li>Kündigung des EU-Deals mit der Türkei und Libyen und Abbruch entsprechender Vertragsverhandlungen</li> <li>Einrichtung eines „Europäischen Fonds für Willkommenskommunen“ zur Unterstützung von Kommunen bei der Integration</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ablehnung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und verbindlicher Aufnahmequoten</li> <li>Begrenzung der Einwanderung nach Europa</li> <li>Asyl- und Zuwanderungspolitik in nationale Zuständigkeit zurückgeben</li> <li>Ausstieg Deutschlands aus dem Migrationspakt und dem Flüchtlingspakt der Vereinten Nationen</li> <li>Entwicklungspolitik wieder auf nationaler Ebene der Mitgliedstaaten</li> <li>Öffnung der EU-Märkte für Güter und Dienstleistungen der Entwicklungsländer und Beendigung der Ausfuhr von subventionierten Produkten in die Entwicklungsländer</li> </ul>
---	---	---	--	--	---	---

Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-ebd.de/aktuelle/entpolitik-2018-19/>





Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien  
**#EuropaGrenzenlos**  
 Für den Abbau von Grenzen innerhalb Europas

 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Frontex zu einer operativen Grenzpolizei an der europäischen Außengrenze ausbauen</li> <li>• Ausbau von EuroPol zu einem Europäischen FBI, wobei die polizeilichen Befugnisse bei den Mitgliedsstaaten verbleiben sollten</li> <li>• Beibehaltung temporärer Binnengrenzkontrollen, solange der EU-Außengrenzschutz nicht in vollem Umfang gewährleistet ist</li> <li>• Keine Aufnahme weiterer Länder in den nächsten 5 Jahren</li> <li>• Beitritt erst nach vollständiger und dauerhafter Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Grenzkontrollen innerhalb der EU sollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raumes schrittweise möglichst eingestellt werden</li> <li>• Erweiterung der EU um die Staaten des Westbalkans, sobald sie die festgelegten Kriterien erfüllen</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einrichtung eines Europäischen Kriminalamtes mit eigenen Ermittlungsteams</li> <li>• Zusätzliche Kompetenzen für eine künftige Europäische Staatsanwaltschaft</li> <li>• Einrichtung einer europäischen Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche</li> <li>• Einführung eines europaweiten Austauschprogramms für Polizistinnen und Polizisten</li> <li>• Engagierte und tiefgreifende Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteuren und Akteuren des Westbalkans zur Mitgestaltung der nötigen Reformprozesse</li> <li>• Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Weiterentwicklung von Frontex zu einer echten europäischen Grenzschutzbehörde, die dem Europäischen Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig sein soll</li> <li>• Weiterentwicklung von EuroPol zum Europäischen Kriminalamt</li> <li>• Rückkehr zur Reisefreiheit im Schengen-Raum</li> <li>• Erhaltung einer Beitrittsspektive für die Länder des Westbalkans</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung des gemeinsamen europäischen Außengrenzschatzes durch den Ausbau von Frontex</li> <li>• Bessere Kooperation zwischen den Polizei- und Justizbehörden der Mitgliedsstaaten</li> <li>• Europäische Sicherheitsagenturen OLAF, EuroPol und Eurojust mit weitreichenden Handlungsbefugnissen ausstatten</li> <li>• Gemeinsame grenzübergreifende Aus- und Fortbildung der Polizei im Rahmen von CEPOL</li> <li>• Parlamentarische Kontrolle der europäischen Sicherheitsagenturen durch das Europäische Parlament</li> <li>• Einführung der Wehrheitsentscheidung in Erweiterungsfragen</li> <li>• Intensiver Einbezug aller gesellschaftlichen Interessengruppen und Volkabstimmungen bei weiteren EU-Beitritten</li> <li>• Fortführung der Verhandlungen mit den Westbalkanstaaten</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Frontex auffüllen und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzen</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Für die Sicherung der EU-Außengrenzen sollen die betroffenen Staaten national selbst zuständig sein</li> <li>• Dauerhafte Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen</li> <li>• Ablehnung einer europäischen Staatsanwaltschaft</li> <li>• Ablehnung einer EU-Staatsangehörigkeit</li> <li>• Sofortiger Abbruch der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei und Einstellung der finanziellen Heranführungshilfen</li> </ul>
---	---	---	---	---	--	--

Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/rolik-2018-19/>

© Europäische Bewegung Deutschland e. V.  
[www.netzwerk-ebd.de](http://www.netzwerk-ebd.de) • @NetzwerkEBD • +49 (0)30 30 36 20-110  
 alle Angaben ohne Gewähr, April 2019.



Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien

# #VerteidigungEU

## Europäische Außen- und Sicherheitspolitik stärken



- Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik statt des Einstimmigkeitsprinzips
- Ausbau der Ständigen Strukturen Zusammenarbeit
- Gemeinsame europäische Streitkräfte bis 2030



- Das Amt des/der „Hohen Vertreters/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ zu einem/einer europäischen Außenminister/in fortentwickeln
- Das Einstimmigkeitsprinzip bei außenpolitischen Entscheidungen abschaffen
- Aufbau einer gemeinsamen, parlamentarisch kontrollierten europäischen Armee
- Aufbau einer gemeinsamen Rüstungsbeschaffungspolitik
- Europäische Regelung für Rüstungsexporte und keine Rüstungsexporte in Krisengebiete
- Schaffung eines neuen zivilen „Europäischen Stabilisierungscorps“ zur Stärkung der zivilen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- Erstellung einer europäischen Strategie für Cyber-Sicherheit
- Die deutsche Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat 2019 und 2020 soll als europäische Mitgliedschaft gestaltet werden



- Gemeinsame europäische Sicherheitsunion und Ausbau der verstärkten Zusammenarbeit der Streitkräfte der EU
- Parlamentarische Kontrolle der gemeinsamen Verteidigungsprojekte durch das Europäische Parlament
- Stopp von Rüstungsexporten in Kriegs- und Krisengebiete und gemeinsame Rüstungsexportkontrolle in der EU mit Sanktionsmöglichkeiten
- Verdopplung der Mittel für zivile Krisenprävention
- Sitz für die Europäische Union im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen



- Das Amt des/der „Hohen Vertreters/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ soll zu einem/einer echten „EU-Außenminister/in“ gestärkt werden
- Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle
- Enge Verzahnung und Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten der Streitkräfte
- Gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen
- Harmonisierung der Rüstungsexportregeln in Europa
- Investitionen in die Weiterentwicklung der zivilen Friedensexpertise und Bereitstellung von Instrumenten zur Finanzierung von zivilen Maßnahmen zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung
- Enge Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich, Polen und den Niederlanden in der Verteidigungsunion
- Einrichtung eines Europäischen Sicherheitsrates als Plattform für sicherheitspolitische Debatten
- Ein ständiger europäischer Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen



- Aufbau einer Europäischen Armee unter vollständiger Kontrolle des Europäischen Parlamentes
- Einführung einer/eines europäischen Wehrbeauftragten mit vergleichbaren Zuständigkeiten wie die/der Wehrbeauftragte der Bundeswehr
- Ausbau der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit durch ein formales Gremium der europäischen Verteidigungsminister und -ministerinnen auf EU-Ebene und einen Ausschuss für Fragen der Verteidigung im Europäischen Parlament
- Gemeinsames Aus-, Fort- und Weiterbildungskonzept multinationaler Verbände in Europa
- Gemeinsames Cyberabwehrzentrum der EU in enger Zusammenarbeit mit dem NATO-Cyberabwehrzentrum in Tallinn



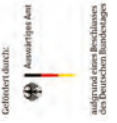
- Auflösung der Verteidigungsagentur der EU und der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit
- Abrüstung der konventionellen Streitkräfte
- EU-Rüstungsagentur abschaffen und durch Abrüstungsagentur ersetzen
- Stopp aller Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete
- Beschränkung der EU auf zivile Konfliktlösungs-kapazitäten und Einrichtung eines europäischen zivilen Friedensdienstes
- Internationale Ächtung vollautonomer Waffensysteme
- Austritt der Bundesrepublik aus den militärischen Strukturen der NATO



- Ablehnung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und des europäischen Auswärtigen Dienstes, dafür mehr zwischenstaatliche Abstimmung
- Ablehnung eines europäischen Verteidigungsfonds und einer europäischen Friedensfazilität
- Erneuerung der Einsatz- und Bündnisfähigkeit der Bundeswehr
- Zügige Anpassung des deutschen Wehretats an das 2%-Ziel der NATO
- Aussetzung der Wehrpflicht aufheben

Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-ebd.de/aktuelle-politik-2018-19/>

© Europäische Bewegung Deutschland e. V. [www.netzwerk-ebd.de](http://www.netzwerk-ebd.de) • @NetzwerkEBD • +49 (0)30 30 36 20-110  
Alle Angaben ohne Gewähr, April 2019.







Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien  
**#BinnenmarktEU**  
 Für einen Binnenmarkt der Zukunft

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Strikte Einhaltung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie des Fiskalvertrags, wobei Verstöße sanktioniert werden müssen</li> <li>• Einsetzung eines/einer europäischen Finanzministers/-ministerin und der Kapitalmarktunion und der Kapitalmarktunion</li> <li>• Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage</li> <li>• Europäische Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz</li> <li>• Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Währungs-fonds</li> <li>• Entwicklung von Plattformen und Instrumenten zur effektiven, intelligenten und sicheren Verarbeitung von Daten</li> <li>• Einrichtung eines Innovations-Boards auf EU-Ebene zur Überarbeitung der Datenschutz-Grundverordnung</li> <li>• Einrichtung eines europäischen Zukunftsfonds zur besseren Start-Up-Finanzierung</li> <li>• Neue Verhandlungsrunde in der Welthandelsorganisation zum weiteren Abbau internationaler Handelsbarrieren</li> <li>• Neuer Anlauf für ein Handelsabkommen mit den USA</li> <li>• Abschluss weiterer Handelsabkommen mit Australien, Neuseeland, Vietnam und den Mercosur-Staaten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Errichtung einer Wirtschaftsförderung für den Euro-Raum unter pointscher Führung eines/einer europäischen Wirtschafts- und Finanzministers/-ministerin</li> <li>• Europäische Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Körperschaftsteuer bei Unternehmen</li> <li>• Einführung von Mindeststeuersätzen</li> <li>• Europäische Besteuerung der digitalen Wirtschaft</li> <li>• Finanztransaktionssteuer in Europa nach dem französischen Modell</li> <li>• Einstimmigkeitsprinzip bei Steuerfragen im Rat abschaffen</li> <li>• Mehr gemeinsame Industriepolitische Modellprojekte</li> <li>• Verbindliche Regelungen für eine soziale, ökologische und transparente Gestaltung des Welthandels</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vollendung der Bankenunion</li> <li>• Einheitliche europäische Unternehmenssteuer inklusive fairer Mindeststeuersätze</li> <li>• Einführung einer am Umsatz orientierten europäischen Digitalsteuer</li> <li>• Einführung einer Finanztransaktionssteuer</li> <li>• Überprüfung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einem vollwertigen Europäischen Währungsfonds</li> <li>• Gründerförderung durch einen Start-Up-Pass und durch Start-Up-Visa</li> <li>• Handelsabkommen müssen transparent und demokratisch verhandelt werden</li> <li>• Verankerung des Pariser Klimaabkommens und des Vorsorgeprinzips in allen Handelsverträgen der EU</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, insbesondere marktes für Digitales und Energie</li> <li>• Ablehnung einer europäischen Finanztransaktionssteuer und der Zuweisung eigener Steuern an die europäische Ebene</li> <li>• Einführung eines Europäischen Währungsfonds</li> <li>• Einsatz europäischer Forschungsmittel zur Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur</li> <li>• Rahmenbedingungen für Start-Ups verbessern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vollendung des digitalen Binnenmarktes</li> <li>• Angemessene Besteuerung von international tätigen Unternehmen und Internetkonzernen</li> <li>• Einführung einer europäischen Finanztransaktionsabgabe</li> <li>• Aufhebung des Europäischen Stabilitätsmechanismus und keine Weiterentwicklung zu einem Europäischen Währungsfonds</li> <li>• Effektive Abkommen mit anderen Ländern und Weltregionen für den Schutz des Datenaustauschs auf hohem europäischen Niveau abschließen</li> <li>• EU-Forderung am Mittelstand ausrichten und Start-Ups fördern</li> <li>• Sicherstellung einer Mittelstand-Tauglichkeit bei EU-Gesetzen</li> <li>• Wertbasierte Neubegründung der europäischen Handelspolitik insbesondere im Handel mit Afrika hin zu fairen und nachhaltigen Abkommen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmen mit einheitlichen Bemessungsgrundlagen</li> <li>• Europäische Digitalsteuer</li> <li>• Koordinierte europäische Industriestrategie mit einheitlichen Vorgaben für den Rahmen für Fördermittel der EU-Fonds</li> <li>• Stärkerer europäischer Datenschutz zum Schutz der Persönlichkeitsrechte</li> <li>• Europäische Handelsabkommen mit sozialen, demokratischen und ökologischen Mindeststandards</li> <li>• Freihandelsabkommen (EPAs) mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten müssen gestoppt werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gegen eine Weiterverfolgung der Bankenunion</li> <li>• Wiedereinführung der nationalen Währung</li> <li>• Ablehnung einer europäischen Unternehmenssteuer</li> <li>• Einführung einer Finanztransaktionssteuer</li> <li>• Keine Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Währungsfonds, sondern eine sukzessive Beendigung</li> <li>• Handelsvereinbarungen sind vorzugsweise im Rahmen der Welthandelsorganisation abzuschließen</li> <li>• Förderung des Freihandels und Engagements bei protektionistischen Bestrebungen</li> <li>• Ausbau von Importbeschränkungen der EU im nichttarifären Bereich</li> </ul>

Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-cbd.de/aktivitaeten/politik-2018-19/>



Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien

# #UmweltEU

## EU-Politiken fit machen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und des Klimaabkommens



- Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 in Europa
- Konkretisierung und Umsetzung der Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen von Paris und Katowitz
- Globale Bepreisung der Treibhausgasemissionen, notfalls zunächst auf Ebene der G20-Staaten
- Europaweite Strategie zur Vermeidung von Plastik auflegen und internationale Abkommen zur Plastikvermeidung abschließen



- Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf 45% Treibhausgasreduzierung bis 2030 und Treibhausgasneutralität bis 2050
- Einführung eines CO2-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind
- Europäischen Energiebinnenmarkt durch Ausbau der Infrastruktur stärken
- 50%-ige Reduzierung der Plastikmüllenträge bis 2030
- Europaweites Verbot von Einwegplastikartikeln und Mikroplastik in Kosmetika
- Neue europäische Tierschutz-Strategie: besserer Schutz bei Tiertransporten und ein Verkaufsverbot von Haustieren im Internet



- Ausstieg aus Kohle, Atomkraft und sonstiger fossiler Energie bis 2050
- Einführung eines Programms, das Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer in Kohleausstiegsregionen unterstützt
- Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens und Berücksichtigung selbiger in der Außen-, Sicherheits-, Friedens- und Entwicklungspolitik
- Investitionen in intelligente Stromnetze für erneuerbare Energien, einen trans-europäischen Netzausbau und in Energiespeicher
- Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten
- Ab 2030 müssen alle Kunststoffprodukte wiederverwendbar, komplett abbaubar oder kosteneffizient recycelbar sein
- Einführung einer EU-weiten Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte
- EU-weites einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen
- Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden
- Entwicklung einer Ausstiegsstrategie für das Ende von Tiersuchen



- Europäische Klimapolitik, die sich zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und zum Pariser Klimaabkommen bekennt
- Vollendung des Europäischen Energiebinnenmarktes
- Gemeinsame europäische Energieaußenpolitik: Energieinfrastrukturprojekte sollen deutlich werden
- Einführung einheitlicher europäischer Tierschutzstandards



- Europäische Energieverträge und keine weitere Förderung von Atom- und Kohlestrom
- Konsequente Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaschutzabkommens
- Deutliche Reduzierung der Menge der Kunststoffabfälle



- Kohleausstieg europaweit bis 2030 abschließen
- Anteil erneuerbarer Energien bis 2040 auf 100% erhöhen
- Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie
- Einführung einer Kohlenstoffsteuer
- Verbindliche Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen
- Die EU-Plastikstrategie soll die Verwendung von Kunststoffen so weit wie möglich gegen Null führen und die Verwendung von Mikroplastik verbieten
- Keine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat
- Verbindliche Kriterien für eine tier- und umweltgerechte Tierhaltung und drastische Einschränkung von Lebendtiertransporten



- Ablehnung der Pariser Klimavereinbarung
- Kohle-, Kern- und Gaskraftwerke sollen in Betrieb bleiben
- Ablehnung aller EU-Maßnahmen, die die Reduzierung von CO2-Emissionen mit dem Schutz des Klimas begründen
- Einstellung des Handels mit CO2-Zertifikaten
- Beschränkung von Tiertransporten auf eine Dauer von 6 Stunden
- Verbot des Exports lebender Schlachttiere in Länder außerhalb der EU-Außengrenzen








Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-ebd.de/aktuelle/entpolitik-2018-19/>

© Europäische Bewegung Deutschland e. V. [www.netzwerk-ebd.de](http://www.netzwerk-ebd.de) • @NetzwerkEBD • +49 (0)30 30 36 20-110  
Alle Angaben ohne Gewähr, April 2019.



Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien  
**#TransparenzEU**

**Gute EU-Rechtsetzung braucht Transparenz und Gründlichkeit**

						
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbindliches Lobbyregister für alle EU-Institutionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bei Gesetzgebungsverfahren sollen Fristen eingeführt werden, bis zu denen eine öffentliche Debatte im Rat stattgefunden haben muss</li> <li>• Alle Mitgliedstaaten sollen im Rat offenlegen, wofür sie in Brüssel eintreten</li> <li>• Verbindliche Lobbyregister für alle EU-Institutionen und striktere Karenzzeiten</li> <li>• Weiterentwicklung der bestehenden Verordnung über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten der EU zu einer umfassenden EU-Transparenzverordnung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Alle Sitzungen des Europäischen Rates, des Ministerrats und aller anderen zwischenstaatlichen EU-Gremien sollen live übertragen werden und deren Sitzungsprotokolle und Dokumente online veröffentlicht werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• In den Verhandlungen mit EU-Kommission und Ministerrat ist höchste Transparenz gefordert</li> <li>• „Schlupflöcher“ im EU-Lobbyregister schließen und die Einflussnahme von Interessengruppen auf Kommission, Europäisches Parlament und Ministerrat transparent machen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbindliche Lobby- und Transparenzregister</li> <li>• Strikte Wartezeit für Mitglieder der Kommission vor einem Wechsel in privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen</li> <li>• Verbot von Parteinensporing und Spenden von Unternehmen und Lobbyisten an Parteien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verpflichtendes Lobbyregister</li> <li>• Dreijährige Karenzzeit beim Wechsel von Abgeordneten und EU-Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern zwischen Politik und Wirtschaft</li> <li>• Mehr Transparenz durch Veröffentlichungspflicht aller in den EU-Institutionen anfallenden Daten nach Vorbild des Hamburger Transparenzgesetzes</li> <li>• Unehingeschränkte Veröffentlichung der Nebentätigkeiten der Abgeordneten und EU-Funktionsträgerinnen und Funktionsträger</li> </ul>	



Synopse der Europawahlprogramme 2019 der wichtigsten Parteien entlang der politischen Forderungen 2018/19 der EBD: <https://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/politik-2018-19/>

© Europäische Bewegung Deutschland e. V.  
[www.netzwerk-ebd.de](http://www.netzwerk-ebd.de) • @NetzwerkEBD • +49 (0)30 30 36 20-110  
 Alle Angaben ohne Gewähr, April 2019.

DR. FRANK HEUBERGER

### »NICHT OHNE UNS!«

»Not without us«, nicht ohne uns! Mit diesem Motto fand die europäische Konferenz der Zivilgesellschaft zur Zukunft Europas im Vorfeld der Europawahl am 21.-22. März 2019 im Berliner Roten Rathaus statt. Sie hat deutlich gemacht, dass die Zukunft eines sozialen und solidarischen Europas, eines wirklichen Europas der Bürgerinnen und Bürger, nicht ohne die enge Einbindung der europäischen Zivilgesellschaft in Entscheidungen der EU zu haben ist.

Nicht ohne uns! - Auch die jüngste Vergangenheit zeigt, dass es ohne sofortigen und selbstlosen Einsatz der Zivilgesellschaft an vielen Orten Europas zu massiven humanitären Katastrophen gekommen wäre. Die unzähligen spontanen und organisierten Kräfte standen bereit, um den Strom der Geflüchteten nicht am bürokratischen und administrativen Chaos eines überforderten Staates scheitern zu lassen.

Die gemeinsam von dem BBE und dem European Civic Forum (ECF) organisierte Konferenz war ein Höhepunkt im Rahmen der #MEGA-Kampagne, die das European Civic Forum 2018 startete. Es fanden vor der Berliner Konferenz bereits Events und Großveranstaltungen in Dänemark, Lettland, den Niederlanden, Frankreich und Rumänien statt.

Am ersten Tag der Konferenz präsentierten sich nicht weniger als 30 Initiativen und Kampagnen mit konkreten Themen zum

politischen Reformbedarf der EU. Sie zeigten, wie eine Mobilisierung für die anstehende Europawahl gelingen kann, verbunden mit einer Vision von Europa, in dem Wirtschaftsinteressen und BIP nicht über Demokratie, Freiheit, Recht und Nachhaltigkeit stehen. Diskutiert wurde auch, wie den erstarkenden populistischen und nationalistischen Bestrebungen der Wind aus den Segeln genommen werden kann.

Über Präsentation und strategische Zusammenführung der Kampagnen hinaus wurde am zweiten Tag eine Agenda zur Europawahl 2019 verabschiedet, in der die gemeinsamen Positionen und Forderungen der Zivilgesellschaft zur Zukunft Europas formuliert wurden. Vertreterinnen und Vertreter aus vielen europäischen Ländern waren sich einig im Eintreten für mehr Demokratie, Gleichheit, Solidarität und Inklusion. So wurde eine klare politische Agenda entworfen, die über die Europawahlen hinausreicht. Sie artikuliert ein Bürgerengagement, das echte Partizipation und zivilen Dialog schafft, mit dem die Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger auch eingefordert und gestärkt werden können.

Drei Themen, an denen wir gemeinsam arbeiteten, hatten sich bereits in vielen Stellungnahmen, Forderungen, Appellen und Manifesten der europäischen Zivilgesellschaft als zentral herauskristallisiert: Die Zukunft der europäischen Demokratie, Civic Space und Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit.

Wer etwa beim Thema Civic Space glaubte, dass Zivilgesellschaftsorganisationen nur in anderen europäischen Ländern, vornehmlich in Mittel- und Osteuropa, nicht aber in Deutschland massiv unter Druck gesetzt werden können, der wurde spätestens seit dem jüngsten Urteil des Bundesfinanzhofs zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit von attac eines Besseren belehrt. Und das scheint erst der Anfang zu sein, nimmt man die Drohungen gegen die Deutsche Umwelthilfe und Campact ernst. Allerdings wiesen pressewirksame Klagen eines Bundesministers über »Asyltourismus« und eine angebliche »Anti-Ab-schiebe-Industrie« für Flüchtlinge bereits in die gleiche Richtung. Die Debatte um den »shrinking civic space« ist damit auch in Deutschland angekommen.

So entstand eine Agenda, die die Position der Zivilgesellschaft zu diesen für die Zukunft Europas so wichtigen Anliegen unmissverständlich formuliert und die als Prüfstein den Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl, dem neuen europäischen Parlament und der neu


zu wählenden europäischen Kommission vorgelegt werden wird. Eine Agenda, die fortgeschrieben auch in die Vorbereitungen zur deutschen Ratspräsidentschaft 2020 Eingang finden soll. Gelingt uns dies, gehören wir mit Sicherheit nicht zu den »Schlafwandler(n) in einem erschlafften Europa«, vor denen der französische Präsident Macron in seinem Brief an alle Mitgliedstaaten der EU warnte. Ganz im Gegenteil demonstrieren wir ein proeuropäisches Engagement für eine echte Demokratie, zu der auch eine starke Zivilgesellschaft gehört.

Erschien in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 4 vom 9.5.2019

#### **AUTOR**

Dr. Frank Heuberger ist Beauftragter des BBE-Sprecher\*innenrates für Europäische Angelegenheiten.

Weitere Informationen

 <https://www.b-b-e.de/veranstaltungen/not-without-us/>

## BERLIN AGENDA

### EUROPEAN CIVIL SOCIETY DEMANDS TOWARDS THE EUROPEAN ELECTIONS 2019 AND BEYOND

WE, CIVIC ACTORS, share the vision and believe that Europe is our common future, but another Europe is necessary, urgent and possible.

WE call upon citizens all across Europe to reclaim and practice together, by raising our voices and strengthening our alliances and common work, democracy, equality, solidarity and inclusion, which should be at the core of the debate on the future of Europe and our societies. We need an innovative and courageous plan for Europe in common. A Europe based on democracy and freedom, rights and equality, social and climate justice, solidarity and inclusiveness, peace and environmental sustainability.

This agenda was drawn up in the framework of the European Conference »Not without Us!«<sup>1</sup> on 21-22 March 2019 in Berlin organised by BBE - Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement with the support of the European Civic Forum as part of the European campaign »Make Europe Great for All - #MEGA«<sup>2</sup>. The »Berlin Agenda« compiles positions, proposals and demands previously adopted and published by numerous civil society networks, associations, foundations and think tanks, listed under our core common issues: A truly *democratic Europe*, with a vital *Civic Space* and based upon the paradigms of *Sustainability and Social Equality*.

1 <https://megacampaign.eu/events/berlin-conference/>

2 <https://megacampaign.eu/>

The Berlin Agenda is not intended to be a new position paper replacing existing ones; rather it aims to draw from existing manifestos and policy proposals in order to give more visibility and strength to civil society campaigns and initiatives in the light of the upcoming European Elections in May 2019 and beyond, showcasing civil society's vision for the future of Europe. It will serve as an open document to be worked on beyond the 2019 European Election. We will also, track the implementation of proposals, campaigns and initiatives.

#### European Elections and beyond: what is at stake?

#### The winners and losers of the European promise

Out of the ashes of war, sixty years ago, Europe grew as a promise of peace, freedom, well-being and democracy. Today, many Europeans benefit from free movement, cheaper flights and no more roaming fees. EU workers are entitled to four weeks paid holidays a year. We can live, work or retire anywhere in the EU. The EU is meant to be a driver of economic progress. Yet, despite overall long-term economic growth, the European promise is challenged by rising and intolerable inequalities between the rich and the poor. A quarter of Europeans face poverty or social exclusion. The number of people »left-behind« is rising and the many that fear being left behind are anxious about their future and have lost trust in the political system.

### The challenge to democracy when people fear for their future

The European project is built on advancements in rights and democracy, on victories against dictatorship and authoritarian regimes, on struggles to overcome colonialism, patriarchy and racism. But unifying the markets without upscaling rights and equality has been a great mistake and the price we risk paying for it is high. The growing audience for and electoral success of regressive populist agendas across Europe shows more than ever that current policies do not properly address people's expectations. More and more people think that Europe is not an answer to their problems. Nationalism, xenophobia, and identity politics based on exclusion are becoming substitutes for a shared future.

### There is no alternative but to change the course of policies

Positive, fragile but real winds seem to be back in the European Union's sails, with recessions replaced by some economic growth and plans to increase investment.. The question is then: who is to benefit from these winds? The current model has led to fragmentation, social and inter-generational competition, tensions between creditor and debtor countries, fear and tensions between natives and migrants, competition between people facing poverty and precarious situations. The challenge is to bring more democracy, equality and solidarity for all in order to break the vicious circle of unjust policies and regressive populist responses.

### Changing Europe from the bottom up: a democracy that gives voice to all

The socio-economic, environmental, institutional and political crises reveal the need for politics for the common good,

based on the values we mentioned, to regain primacy over technocracy and particular economic and financial interests. In order to transform Europe and recapture lost voices, technical policy debates are insufficient: citizens need to have a say on European political life. Business as usual is not an option. A truly democratic society needs open and responsive institutions and a strong and recognized civil society. People power and informed citizens are key to the democratic functioning of our societies.

Civil society is crucial in order to organize and channel citizens' needs and aspirations as well as to represent their frustrations and grievances to institutions. Associations can be drivers in promoting and upholding European values but also in challenging the institutional and political frameworks to put the common good at the forefront of decision making. This requires recognition of associations' role and legitimacy to do so.

### Create an open and enabling environment for civil society

At a time when civil society space is attacked everywhere in Europe and is in real danger in some countries, it is crucial to *publically support and recognize* the added value that *civil society* brings to European democracies by acting everyday to make rights effective for all, educating citizens on EU values and alerting about breaches to the rule of law. Organised civil society is a sustainable actor for the defence of these values and for social justice for the long term. Alongside, issue-driven and short-lived citizens' movements emerge. They can be very impactful on short-term demands. The potential of all these different forms of engagement to revive democracy depends on the institutions' capacity and willingness to recognize them, to engage in dialogue and answer their claims.

## BERLIN AGENDA

- *Freedom of association and assembly* should be recognised, alongside the freedom and pluralism of media, among the indicators for democracy while assessing the implementation of EU values, the Rule of Law and the Charter of Fundamental Rights.
- The mandate of the *European Agency for Fundamental Rights* should be expanded and strengthened in order to develop more values-based policies and ensure that European legislation does not downplay rights. Crucially, the mandate should allow the agency to carry out in-depth country by country assessments about the respect and implementation of fundamental rights both by EU institutions and Member States and to receive and investigate complaints. Such assessment should be set up and implemented in coordination with other relevant institutions in the monitoring of human rights and with civil society actors.
- The institutional monitoring should be linked to a *more effective sanctioning system*. The EU cannot become complacent about breaches of its values: it should condemn and have the tools to hold governments to account for them. A reflection on positive conditionality and new forms of sanctioning which target governments and simultaneously engage societies is needed.
- For countries covered by the Instrument for Pre-Accession, the EU should assist the consolidation of democracy by enhancing the role of civil society to achieve sustainability.
- A robust, independent and diversified organised civil society is underpinned by *adequate public financing*. Strengthening civil society means improving access to financing for the smallest organisations and the most disadvantaged sectors of society as well as for national organisations and European infrastructural organisations that allow for the creation of a European civic space.
- The new strand of funding to support the promotion and protection of fundamental values, as part of the *Rights and Values funding programme*, needs ambitious resources. The Commission should ensure that in the implementation of this strand of the programme, the fund is accessible to European, national and local CSOs across the Member States, including human rights defenders aiming to promote and protect the EU's fundamental values. In order to reach its aim, the fund should cover operational costs as well as litigation, capacity building and watchdog activities.
- The European Commission should react promptly with relevant measures, including infringement procedures against Member States, when national administrative or legal provisions restrict the access of national civil society organisations to EU funds, including when funding conditions are imposed that restrict their advocacy activities.

### Foster a culture of active participation

- The European Union and member states should *empower citizens* of all ages, genders and social conditions to *fully participate in social, cultural and democratic life* and promote life-long learning to facilitate their active involvement in all aspects of life.
- *Social inclusion and active citizenship* are strongly connected. A culture of active participation requires specific attention to ensure that no citizen residing in the EU is excluded, and that no citizen is at risk of exclusion or discrimination due to the lack of respect for their social and economic rights.
- *Citizenship education and the promotion of critical thinking* should empower people to actively participate in public debates and in voting for elections. To this end, the EU should support and encourage



ge reforms to education systems to help young people become active citizens and ensure they are involved in societal progress. While recognising degrees in formal education, in addition to employability, set a focus on providing quality citizenship education for all, so that young people practice critical thinking and enhance political and media literacy. Activism and non-formal education experiences provided by CSO should be recognised for their educational and societal value. The contributions of youth work, volunteering and non-formal education to people's lives and to society more broadly should be formally recognised.

➤ The revival of a *free, trusted and pluralistic media* in Europe is also a crucial component of a culture of active participation. Legislation must be enforced against media monopolies and dominant market positions to guarantee transparency of media ownership and management. Member States should be called to ensure independent oversight and effective compliance mechanisms in order to prevent conflicts of interests, ensure editorial independence and safeguard the media's role as public watchdog. The *protection of whistle blowers* should also be safeguarded.

### Democratising European democracy to serve European common good

In order to rebuild trust in democracy and universal values that a growing part of the European population has lost, there is no other way than to demonstrate that democracy is delivering for social cohesion.

The idea of »Europeaness« with a democratically engaged citizenry, cannot simply be promoted from the top and should be driven by European citizens themselves. The European Union project has been developed by unifying the single market. During the last decades, citizens have

witnessed rising inequality and growing precariousness. Today there is a need to move towards a truly democratic Union, inspired by the principles of representative democracy, participation and accountability that not only delivers on the economic but also on the social dimension.

### Make EU democracy more representative of people's needs and diversity

The European Union institutions should reinforce representative democracy and restore the legitimacy of the European Union by increasing democratic accountability and control of decisions by the citizens.

➤ Within the current institutional and legal framework, strong *political weight should be given to the European Parliament*; as the sole European institution directly elected by European citizens: it is unacceptable that its role is reduced to co-decision with the Council and that its power is restricted to the capacity to block or amend. *Transnational lists* for EU elections should be established in order to give concrete substance to a European constituency and to move towards a European Parliament that makes decisions for the European common good.

➤ Make it easier for *underprivileged groups* including young people, women, poor people, migrants, disabled people, LGBTI people, Roma... *to vote in elections or run as candidates*. Encourage political parties to promote them within their own structures.

➤ Make laws that ensure *transparency in political campaign funding and spending*. Reform European and national electoral laws to ensure that every vote counts, seats elected match the votes they received.

➤ The EU must guarantee the right to information, participation and justice for

## BERLIN AGENDA

all, as well as *greater transparency in decision-making and lobbying activities*, and improve *restrictions on »revolving doors« practices*.

➤ Put an end to lobbying secrecy: a Mandatory EU transparency register for all lobbyists is essential for institutions to become more accountable and for journalists and citizens to be able to understand who influences EU politics. It is an essential and necessary step towards making EU policy-making more transparent and closer to citizens and the common good.

### Give citizens and their organisations real say in EU decision-making processes

Participatory democracy is a democratic imperative that helps strengthen representative democracy and ensure effective scrutiny of decision-making, including the appropriate and sustainable articulation of the economic, social and democratic components of the European project.

The Treaty on the Functioning of the European Union has introduced a major innovation: the concept of citizens' participation through its Article 11. Yet, 10 years after its adoption, its provisions have failed to be implemented apart from the European Citizens Initiative and with limited results. The ability of citizens to be part of decisions beyond voting in elections is still very limited resulting in double dissatisfaction with the policies themselves and with the lack of possibilities to influence decisions.

In order to establish a consistent framework defining the relations between civil society and the European Union and concrete participatory mechanisms, Article 11's provisions in its four dimensions – developing a European public sphere, Civil Dialogue, Consultation, and Citizen's participation – have the potential to make

Europe more citizen-powered. They can be given concrete substance through the following processes:

➤ Organise *randomly-selected Citizens' Assemblies* at the national and/or EU-level to develop concrete recommendations on the democratic future of Europe.

➤ Tap into the potential of *European Citizens' Initiative's (ECI)* to make citizens agenda setters: with the recent reform, ECI becomes a more user-friendly tool of participatory and direct democracy in Europe. Yet, its political impact on the EU agenda remains the weakest point in the new regulation.

➤ *Improve the framework of public consultations* towards more user-friendliness, accessibility for the general public, transparency and responsiveness of the European Commission to the contributions received and the way they have been taken into account in drafting legislation.

➤ All *EU institutions* must review their terms of engagement with civil society organisations to avoid box-ticking, one-way and one-off consultations, and ensure that organisations can contribute in a timely and informed manner to EU policy making.

➤ Adopt an *inter-institutional agreement on civil dialogue*, for EU institutions to engage in open, regular and transparent dialogue with civil society organisations, *granting NGOs participatory status* within EU policy making processes following the example of international institutions such as the UN or the Council of Europe.

➤ The *mandate of the new first Vice-president of the European Commission* in charge of the rule of law and fundamental rights should include a specific objective to respect, *protect and promote the role of civil society*. The mandate should include a requirement to coordinate work across the Commission and ensure all EU leaders systematically engage into dialogue with civil society.

➤ *Civil dialogue* should be implemented by all relevant EU and national institutions at all levels of decision-making. In order to restore confidence, it is important that citizens have on the one hand easy access to information concerning the decision-making process both at EU level and through their elected representatives and their government, but on the other hand they should also be able to take part in a meaningful way in such decision-making. Making Europe socially just and sustainable for present and future generations

We need a democratic Europe where the common good and social and environmental rights come before particular economic interests. Europe should implement ambitious socio-economic convergence policies to curb the great imbalances between countries and territories, social groups and people, men and women in Europe, in our neighbourhoods, regions and in the whole world. Europe is not just the EU, the future of Europe will also be determined at its fringes.

We call for a truly inclusive European social model beyond the GDP indicator, that combines economy and well-being, a model that serves the people and the environment. The EU, nation states, local authorities and communities should be co-active parts of this fairer, inclusive, sustainable solution.

### Ensure equal access to fundamental rights for all

➤ Public policies and legislative measures should ensure that, in line with European and international human rights law, *all European citizens and residents enjoy the same level of protection and can exercise their fundamental rights and freedoms*, allowing them to live according to their own convictions under the principles of self-

determination and human dignity, free from discrimination.

➤ To restore citizens' trust in a Union that is willing and has the capacity to meet their needs, EU institutions should ensure *equal access to socio-economic rights for all* and ensure *citizens' involvement through civil and political rights*.

➤ *Harmonise social policies upward* and promote universal access to social services and adequate safety nets, as well as an inclusive, fair and equal labour market.

➤ Ensure *equal representation of women and men in political decision-making in EU bodies*, including in the EU »top jobs«.

➤ Adopt *European targets for care infrastructures for dependent, elderly and disabled persons*. Adopt a 'care guarantee' to address care needs throughout the life-cycle, as a valuable part of functioning of society and invest in the care economy by directing investments in the EU budget in this area.

➤ Adopt a *European Disability Strategy 2020-2030* based on the establishment of a structured dialogue with people with disabilities and their representative organisations with an independent budget line.

Adopt a *people-centred response to migration*. Asylum seekers should be welcomed in Europe and treated in the spirit of the UN Conventions.

### Towards social and environmental sustainability in Europe

➤ The *European Social Model* should provide *full and fair protection to all citizens*, while alleviating poverty and providing opportunities for everyone to thrive. Social inclusion and protection, decent work, gender equality, public health and health care, access to affordable and quality housing, environmental justice, quality education and equal access to culture, must be the main principles driving national and European political agendas.

## BERLIN AGENDA

- Support measures that ensure a quality school-to-work transition. Invest strongly in the *Youth Guarantee* and in improving its effectiveness, so that it can offer a future for all young people, in particular the most vulnerable.
- Effective and coordinated taxation measures should ensure that all companies pay their *fair share of taxes* and contribute to national and European public budgets for access to socio-economic rights and wellbeing. The EU must commit to effectively *fighting tax evasion* worldwide and shut down European tax havens.
- The Paris Agreement for climate should be fully implemented and reflected in the alignment of the EU's emissions reduction targets for 2030 and 2050 with the *commitment to limit temperature increases to 1.5°C and through ambitious EU climate policies*, including a rapid phase-out of all fossil fuels, and moving from energy efficiency towards an absolute decrease of energy use. The EU should accelerate the just and sustainable transition to a 100% renewable energy supply, which is clean, affordable and supports community ownership and does not lead to energy poverty.
- The new European Parliament should mandate a *Commission President to be in charge of implementing the Sustainable Development Goals*, which should serve as the overarching framework for the EU's development up to 2030.
- Reform of the Common Agricultural Policy is imperative to produce *healthier food and give fair prices for European small scale and organic farmers*. This should mean more environmental and nature protection, increased food sovereignty, regional farmers' markets, healthier food systems, less food waste and the halting of dumping in the Global South. *The EU should prioritise the transition towards organic, small scale agriculture, and reforestation as key measures for fighting climate change.*

- The EU Budget should use its potential to catalyse sustainability and economic justice and wellbeing, through investment in social infrastructure, education, culture, and climate action. This includes phasing out unsustainable investments and subsidies as well as strengthening accountability mechanisms. In other words, it should be a budget made for and with people and the planet.

### Make Europe great for all: the way forward

The present agenda is a living document collecting civil society proposals for an ambitious vision of the European project.

We, civic actors are committed to:

- Reclaiming our political voice and deliberative space to point at the failures of current policy and political frameworks and to contributing to the rebuilding of a European project for a society based on the values of inclusivity, equality and solidarity.
- Raising awareness on the indivisibility of all rights: political, civil, economic, social and environmental, because when one category of rights is under attack, the whole body of rights is shrinking.
- Building convergence of our struggles for democracy and social justice in order to bring about systemic change.
- Developing a European civil society strategy that discusses not only the mechanisms and functioning of democracy, but also its capacity to deliver inclusive policies for all.
- Following European civil society gatherings and debates beyond the European elections continuing to develop this vision into concrete proposals.
- Working together with all institutions and political forces willing to make this agenda a reality.

## REFERENCES

- AGE Platform: The Europe we want is for all ages! [https://www.age-platform.eu/sites/default/files/PRESS\\_RELEASE\\_21\\_February\\_2019\\_Launch\\_of\\_AGE\\_EP\\_campaign.pdf](https://www.age-platform.eu/sites/default/files/PRESS_RELEASE_21_February_2019_Launch_of_AGE_EP_campaign.pdf)
- Austrian Institute for International Affairs
- BAOBAB experience, Italy.
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement.
- Civil Society Europe: Civic Space in Europe <https://drive.google.com/file/d/1UG4PIg7tObjUoK9tBKq31dqCT-eB5iM9/view>
- Democracy International.
- Deutscher Naturschutzring.
- European Alternatives.
- European Civic Forum: Make Europe Great For All Manifesto. [http://megacampaign.eu/wp-content/uploads/2018/02/MEGA\\_Manifesto.pdf](http://megacampaign.eu/wp-content/uploads/2018/02/MEGA_Manifesto.pdf)
- European Civic Forum: Opinion on the proposition of the European Commission »Regulation establishing the Rights and Values Programme«. [http://www.nvo.lv/site/attachments/08/10/2018/European\\_Civic\\_Forum\\_opinion\\_Rights\\_and\\_Values\\_programme.pdf](http://www.nvo.lv/site/attachments/08/10/2018/European_Civic_Forum_opinion_Rights_and_Values_programme.pdf)
- European Civic Forum: Towards an enabling environment for civil society in Europe. <http://civic-forum.eu/publication/view/towards-an-enabling-environment-for-civil-society-in-europe>
- European Civil Society Joint Statement: Civil society on the frontline - 5 Points for EU action. [https://civilsocietyeuropedoteu.files.wordpress.com/2018/11/joint-civil-society-statement\\_fundamental-rights-colloquium.pdf](https://civilsocietyeuropedoteu.files.wordpress.com/2018/11/joint-civil-society-statement_fundamental-rights-colloquium.pdf)
- European Council on Foreign Relations.
- European Economic and Social Committee: Financing of civil society organisations by the EU. <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/opinions/financing-civil-society-organisations-eu>
- European Federation of Journalists: Journalists' Manifesto. <https://europeanjournalists.org/wp-content/uploads/2019/03/manifestoEN-3.pdf>
- European Volunteer Center.
- European Youth Forum: 10 ideas to #YouthUp the 2019 European Elections. [https://www.youthforum.org/sites/default/files/publication-pdfs/0142-18\\_EP2019\\_Policy%20Platform\\_FINAL.pdf](https://www.youthforum.org/sites/default/files/publication-pdfs/0142-18_EP2019_Policy%20Platform_FINAL.pdf)
- Civil Society Development Foundation, Romania.
- Heinrich-Böll-Foundation, Germany.
- IDDRI - Institute for Sustainable Development and International Relations, France.
- Institute of Public Affairs, Poland.
- Liberties: Participatory democracy under threat: Growing restrictions on the freedoms of NGOs in the EU.
- Liberties: Two proposals to promote and protect European values through the Multiannual Financial Framework: Conditionality of EU funds and a financial instrument to support NGOs. <https://drive.google.com/file/d/1UG4PIg7tObjUoK9tBKq31dqCT-eB5iM9/view>
- Maecenata Foundation, Germany.
- Manifesto for a Sustainable Europe for its citizens (promoted by SDG Watch, Friends of the Earth Europe, GCAP, European Humanist Federation, EEB, Global Health Advocates, Solidar, COFACE, European Civic Forum, Eurodiaconia, Nyt Europa).
- NECE – Networking European Citizenship Education.
- Ökotárs Alapítvány, Hungary.
- National Federation of Polish NGOs – OFOP.
- SOLIDAR: Civic education. [http://www.solidar.org/system/downloads/attachments/000/000/238/original/2015\\_building\\_learning\\_societies\\_case\\_studies\\_civic\\_education-2.pdf?1457601298](http://www.solidar.org/system/downloads/attachments/000/000/238/original/2015_building_learning_societies_case_studies_civic_education-2.pdf?1457601298)

DR. ANJA NORDMANN

## EUROPA BRAUCHT UNS – WIR BRAUCHEN EUROPA!

»Denk ich an Deutschland in der Nacht. Dann bin ich um den Schlaf gebracht.« Beim Nachdenken über Europa ist mir dieses Zitat von Heinrich Heine aus meiner frühen Zeit am Gymnasium wieder eingefallen. Nicht, dass Europa mir den Schlaf raubt. Noch nicht. Aber Sorgen bereitet es mir: Die tiefen Gräben in der Asyl- und Migrationspolitik, der Brexit, der Versuch konkurrierender Wirtschaftsnationen, die EU zu zerschlagen, die Wahlerfolge rechter, demokratiefeindlicher Parteien und deren Angriff auf die Selbstbestimmungsrechte von Frauen oder die Attacken gegen »Gender-Politik« – das alles zusammen nährt die Befürchtung in uns, dass die EU tatsächlich vor ihrer größten Herausforderung seit Gründung steht. Doch gibt es für diese Herausforderung keine einfachen und schon gar keine nationalen Lösungen. Wir brauchen europäische Antworten.

Nur geeint wird sich die Europäische Union gegen die Kräfte behaupten können, die auf nationalen Chauvinismus, Kleinstaaterei und auf Konfrontation setzen. Und nur geeint wird die Europäische Union friedlich und auf Dauer überleben können. Diese Union ist eine historische Errungenschaft, die uns die längste Friedensperiode im Europa der Neuzeit beschert hat. Als nachgeborene Generationen des letzten Weltkriegs haben wir diese bislang für eine Selbstverständlichkeit erachtet: die Abwesenheit von Krieg als eine Art Garantie auf Lebenszeit. Inzwischen bin ich sehr unsicher, ob das für mich und meine Kin-

der noch gelten wird. Doch immerhin war die Europäische Union über 70 Jahre und bis heute meist erfolgreich darin, Interessenkonflikte zwischen einer wachsenden Zahl europäischer Nationen auf dem Weg der Verhandlungen und Verträge friedlich auszutragen und nicht durch Waffengewalt. »Als Voraussetzung für eine freie Zukunft braucht dieses versöhnte Europa ein dauerhaftes Fundament, das auf zwei Pfeilern beruht: Weitergabe der Erinnerung und Demokratie,« mahnte die ehemalige EU-Parlamentspräsidentin Simone Veil, eine Überlebende des Holocausts, anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2004 im Deutschen Bundestag. Ein unmissverständlicher Auftrag.

Die Europäische Union ist gewiss keine Insel der Glückseligen. Dennoch ist sie neben einer starken Wirtschafts-, auch eine Wertegemeinschaft, für die sich vor allem das Europäische Parlament, aber auch zivilgesellschaftliche Kräfte immer wieder stark gemacht haben. Diese Werte sind demokratisch ausgehandelt und vertraglich fixiert worden: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Sie sind inzwischen durch politische Entwicklungen in einigen EU-Mitgliedsstaaten aber umstritten und akut gefährdet. Der Begriff der »illiberalen Demokratie«, vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán vor geraumer Zeit in Umlauf gebracht, stärkt auch eine

unheilige Allianz aus rechten Parteien und Bewegungen, christlichen FundamentalistInnen und selbsternannten »LebensschützerInnen«. Sie wollen zurück zur »natürlichen« patriarchalen Ordnung. Frauen- und Minderheitenrechte leiden unter ihrem Vormarsch als erste.

Zu den Grundwerten der EU gehört auch die Gleichstellung von Frauen und Männern. Deren aktive Förderung wurde im Amsterdamer Vertrag von 1999 zu einem Leitprinzip erhoben. Und tatsächlich hat sich die EU in der Vergangenheit immer wieder als starker Motor für die Gleichberechtigung erwiesen: zuerst beim gleichen Entgelt für Frauen und Männer für gleiche und gleichwertige Arbeit, später bei der Gleichbehandlung von Frauen und Männern beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, bei der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, in der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und aktuell bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Doch ist dieser Motor seit geraumer Zeit gehörig ins Stottern geraten. Der jüngste europäische Gleichstellungsindex aus dem Jahr 2017 verzeichnet immer noch eine geschlechtsspezifische Gerechtigkeitslücke von rund 33 Prozent. Das ist nicht hinnehmbar. Dagegen helfen nur eine entschlossene Gleichstellungspolitik sowie eine konsequente Bekämpfung aller Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Dazu gehört vor allem auch die vorbehaltlose Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und häusliche Gewalt. Dazu gehört eine paritätische Besetzung des Europaparlaments und aller politischen Entscheidungspositionen in der EU. Geschlechtergerechtigkeit stärkt die Demokratie, denn die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen kann unsere Gesellschaft vor toxischer Männlichkeit und Extremismus schützen.

Wir können dafür aktiv werden, indem wir die wichtigste demokratische Institution in der EU stärken: das Europaparlament. Gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union ist es für die EU-Gesetzgebung verantwortlich. Ohne dieses Parlament kann heute fast nichts mehr in der EU beschlossen werden. Und es wird von uns gewählt: den Unionsbürgerinnen und -bürgern. Es muss uns also angehen, wer dort für uns über den Kurs der EU mitbestimmt. Wir können dieses Parlament nicht den national-chauvinistischen, rechtspopulistischen und -extremistischen, antifeministischen und fremdenfeindlichen Kräften überlassen, die aus Europa eine Festung machen wollen. Als Deutscher Frauenrat und gemeinsam mit der Europäischen Frauenlobby rufen wir daher alle demokratischen Kräfte dazu auf, im Mai für ein demokratisches Europa zu stimmen, in dem Solidarität, Gleichberechtigung und Menschenrechte weiter gelten. Denn Europa braucht uns – und wir brauchen Europa!

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 5 vom 7.3.2019

### AUTORIN

Dr. Anja Nordmann ist Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrats. Sie vertritt den DF im Koordinierungsausschuss des BBE.

Weitere Informationen

[www.frauenrat.de](http://www.frauenrat.de)

<https://eige.europa.eu/gender-equality-index>

<https://eige.europa.eu/rdc/eige-publications/gender-equality-index-2017-measuring-gender-equality-european-union-2005-2015-report>

[https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse\\_Istanbul\\_Konvention.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Istanbul_Konvention.pdf)

<https://www.womenlobby.org/Our-Manifesto-for-a-Feminist-Europe?lang=en>

REINER HOFFMANN

## »EUROPA. JETZT ABER RICHTIG!«

### Einleitung

Was in der EU entschieden wird, betrifft uns alle – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Bürgerinnen und Bürger und die Gesellschaft als Ganze. Vieles von dem, was wir inzwischen als selbstverständlich wahrnehmen – offene Grenzen, Freizügigkeit, soziale Grundrechte – haben wir auch und vor allem der EU zu verdanken!

Diese Errungenschaften müssen wir endlich wieder stärker ins Bewusstsein der Menschen rücken. Denn neben den gemeinsamen Grundwerten gibt es zahlreiche konkrete Beispiele, die zeigen, wie die EU unser Leben täglich positiv beeinflusst: Dank der Freizügigkeit können wir nicht nur in anderen EU-Ländern Urlaub machen, sondern auch in anderen Ländern arbeiten. Dank der EU gibt es begrenzte Wochenarbeitszeiten und Ansprüche auf Ruhepausen. Als Bürgerin oder Bürger der EU müssen Sie nur in einem Land Sozialversicherungsbeiträge zahlen – und Ihre Beitragszeiten in anderen EU-Staaten werden angerechnet. Europäische Betriebsräte sorgen für mehr grenzüberschreitende Mitbestimmung und die Betriebe profitieren vom gemeinsamen Binnenmarkt, weil Grenzkontrollen und Zölle wegfallen. Das macht den Handel von Waren, Dienstleistungen und Kapital innerhalb der EU einfacher. Vor allem aber: Viele Ziele, die sich die Europäische Union bei ihrer Gründung gesteckt hatte, sind heute erfüllt, aber keineswegs gesichert und

müssen verteidigt werden: Die Europäische Union hat unserem Kontinent und unseren Gesellschaften jahrzehntelangen Frieden und großen Wohlstand ermöglicht.

Leider bleiben die großen Erfolge der EU nahezu unsichtbar, während jeder Misserfolg der EU auf den nationalen Bühnen grell ausgeleuchtet wird. Fast alles, was in Europa geschieht, wird medial weitgehend durch die nationale Brille gesehen. War ein europäischer Gipfel erfolgreich, sagen Macron, Merkel und die anderen EU-Staats- und Regierungschefs zu ihren Bürgerinnen und Bürgern: »Ich habe mich hier durchgesetzt«. Wenn es schiefgeht, heißt es schnell, Brüssel sei »schwerfällig«. In der EU wird der Erfolg nationalisiert und der Misserfolg europäisiert.

### Die Krisen der europäischen Union

Zwar haben die Gewerkschaften die europäische Integration von Anfang an unterstützt, aber auch wir sind bei Weitem nicht mit allem zufrieden, was in der EU passiert. Im Gegenteil: seit vielen Jahren ist Europa in keiner guten Verfassung. Die Europäische Union ist seit Jahren krisengeplagt: Im Kontext einer radikal veränderten Weltlage ist Europa mit der nicht bewältigten Wirtschafts- und Finanzkrise, einer viel zu hohen Arbeitslosigkeit und einer bedingungslosen Sparpolitik (Austerität) konfrontiert. Es konnte keine europäische Antwort auf die Flüchtlingskrise gefunden werden und die negativen Folgen des Brexit-Votums sind



kaum abschätzbar. Die völlig unzureichende Krisenpolitik hat wiederum die mangelnde Kooperationsbereitschaft, wachsende Selbstbezogenheit der Mitgliedsstaaten und die Webfehler der EU offenbart.

Hinzu kommt: Die europäische Politik ist für die Bürgerinnen und Bürger schon länger schwer zugänglich, kaum verständlich und gefühlt »weit weg«. Im Kontext der multiphen Krisen und der verfehlten Krisenpolitik wenden sich immer mehr Menschen vom europäischen Projekt ab. Immer mehr verbinden mit der EU nicht mehr das Friedens- und Wohlstandsversprechen, sondern Austerität, zu geringe Investitionen, wachsende Ungleichheiten und fehlende demokratische Beteiligung. In den osteuropäischen Mitgliedsstaaten steigt der Frust über das nicht eingelöste Versprechen einer Angleichung der Lebensverhältnisse. In den westeuropäischen Ländern wiederum macht sich Angst vor wirtschaftlichem und sozialem Abstieg breit.

Großbritannien hat dafür spektakuläre Beweise geliefert: Es ist uns nicht gelungen, 52% der Britinnen und Briten, die sich für den Austritt ausgesprochen haben, von den positiven Auswirkungen der EU zu überzeugen. Beim Referendum über einen EU-Austritt haben die Waliser beispielsweise mehrheitlich für den Brexit gestimmt – obwohl die Region in hohem Maße von EU-Fördergeldern profitiert: Schulen, Freizeitzentren, Krankenhäuser, Autobahnen. Der abstrakte Apparat EU war in Wales greifbar, markiert mit blauen Schildchen. »Europa und Wales investieren in eure Zukunft«. Geholfen haben die Schilder nicht. Wir stehen kurz vor einem ungeordneten Brexit.

### Bekenntnis zu Europa

In dieser Situation finden im Mai 2019 die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP)

statt. Für den DGB und seine Mitgliedsorganisationen ist das klare Bekenntnis zu Europa eine Angelegenheit der Vernunft, aber auch des Herzens. Wir wollen die EU, aber wir wollen ein anderes Europa: ein soziales, solidarisches, gerechtes Europa. Dafür machen wir uns stark.

Es muss in Zukunft sichergestellt sein, dass die sozialen Grundrechte der Menschen Vorrang haben vor den wirtschaftlichen Freiheiten der Märkte und Unternehmen. Zwar wurde im November 2017 mit der »Europäischen Säule sozialer Rechte« die soziale Agenda auf EU-Ebene endlich wieder thematisiert. Nun wird es aber darauf ankommen, dieses Postulat mit konkreter sozialer Politik glaubwürdig umzusetzen, starke soziale Mindeststandards zu setzen und so die einseitig marktliberalisierende und unsolidarische Politik der Krisenjahre zu beenden. Die EU muss der Garant für einen sozialen Mindestschutz und eine stetige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse sein. Europa muss gute Arbeit schützen! Nur dann wird sie das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen und populistische und nationalistische Strömungen schwächen. Und nur so werden wir in der EU die künftigen Herausforderungen meistern können.

Denn es ist klar, dass nationale Abschottung keine Lösung ist. Die voranschreitende Globalisierung, internationaler Handel, Klimawandel oder die digitale Transformation können nur europäisch beantwortet und bewältigt werden. Die globalen Rahmenbedingungen sind im Umbruch.

### Fazit: Wir brauchen Europa

Um Frieden und Wohlstand zu bewahren, können einzelne Nationalstaaten in Europa alleine kaum etwas bewirken. Auch deswegen brauchen wir eine starke und solidarische EU.

## HOFFMANN: EUROPA. JETZT ABER RICHTIG!

Die Gewerkschaften werden zusammen mit der Zivilgesellschaft und allen engagierten demokratischen Kräften dafür kämpfen, dass die EU ihren Kurs ändert. Dafür müssen wir am 26. Mai ein starkes Signal setzen. Wir rufen alle dazu auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und pro-europäische und demokratische Parteien zu wählen. Wir brauchen Europa. Jetzt aber richtig!

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 5 vom 7.3.2019

### **AUTOR**

Reiner Hoffmann ist seit 2014 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Von 2003 bis 2009 war er u.a. stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

ULRICH LILIE

## UNERHÖRT! DIESE ANTIEUROPÄER\*INNEN

### Einleitung

»Die Zukunft Europas ist sozial, oder sie ist nicht«. Mit dieser Perspektive fokussierte Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung das, was mit Europa passieren würde, wenn es gut läuft, aber auch wenn es nicht sozial gerecht zugeht und es schlecht läuft. Europa bzw. die Europäische Union, beruht seit ihrer Gründung am 1. Januar 1958 auf Verträgen zwischen den Mitgliedstaaten, in denen einmal mehr politisch-programmatisch, ein anderes Mal mehr rechtlich verbindlich steht, auf was sich Mitgliedstaaten verpflichtet haben: Frieden und Wohlstand waren die Basics. Die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierungen sowie die Förderung sozialer Gerechtigkeit und von sozialem Schutz sind neben der Achtung der Menschenwürde, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verbrieftete Ziele und Werte, auf die sich Europa gründet.

Wie sieht heute die politische Realität in dieser so positiven Verfasstheit der EU aus? Betrachtet man die EU einmal unabhängig von ihren vertraglichen Grundlagen, so befindet sie sich seit Jahren in mehrfacher Hinsicht in der Krise. Regierungen der Mitgliedstaaten stellen den nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebauten Konsens von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Frage. Geschehnisse wie »Brexit« sind ein drastisches Beispiel für Empfindungen und Haltungen von poli-

tisch Verantwortlichen und Teilen des demos in unseren Ländern, die sich selbst in der Krise als »unerhört« wahrnehmen und einfachen Antworten vertrauen: Das Projekt der europäischen Einigung steht auf der Kippe. Wir erleben heute einen zunehmenden Rückzug auf nationalistische und einseitig geprägte Muster zur Lösung vielfältiger Probleme, die vernünftig nur europäisch oder in einem Multilateralismus global bewältigt werden können.

### Die Strategie Europa 2020

So kam es 2010 zur zehnjährigen Strategie Europa 2020, die sich neben wirtschaftlichen und ökologischen Zielen auch der sozialen Nachhaltigkeit verschrieben hat. Eine Strategie, die die Politiken der Mitgliedstaaten zu einer ganzheitlichen und integrierten Ausrichtung bringen sollte. Sie hat auch die Bekämpfung der Armut zum Ziel. 20 Millionen Menschen, die europaweit von Armut betroffen sind, sollten von diesem Stigma befreit werden und einen Lebensstandard erreichen, der mit der Menschenwürde vereinbar ist. Was bleibt allerdings ein Jahr vor Ablauf dieser Strategie? Die bittere Erkenntnis, dass dieses Ziel der Bekämpfung von Armut nicht erreicht werden kann, dass keine integrierten Strategien zur Bekämpfung von Armut entwickelt und umgesetzt wurden, aber – und das ist trotz allem eine wichtige Wirkung dieser Strategie – Armut ist endlich ein Thema der EU-Politik.

## LILIE: UNERHÖRT! DIESE ANTIEUROPÄER\*INNEN

Ab 2021 sollen 25% der Mittel des Europäischen Sozialfonds zur Armutsbekämpfung (»soziale Inklusion«) bereit gestellt werden, ohne dass eine zwingende Verknüpfung mit Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt erforderlich ist. Das ist ein wichtiger Punkt für die Menschen, die nicht erwerbsfähig oder vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Zudem gibt es einen Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen (EHAP) – und dies obwohl das Prinzip der Subsidiarität immer wieder als Bremse auf diesem Gebiet wirkt, wollen doch die Mitgliedstaaten die Armutsbekämpfung national steuern.

Auch über Verfahren, die sich für die Zivilgesellschaft öffneten, brachte die EU sich mit der Strategie Europa 2020 in den vergangenen Jahren in nationale Politiken ein. Sie band die organisierte Zivilgesellschaft in die Bewertung der Zielerreichung ein. Es ging jedes Jahr im Zyklus des Europäischen Semesters darum, die Ziele der Strategie vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im jeweiligen Land einzuordnen und Fort- bzw. Rückschritte zu markieren. Diese Rolle der Zivilgesellschaft, die auch die Diakonie Deutschland im Zusammenspiel mit Regierung und EU-Kommission einnimmt, kann als Baustein europäischer Demokratie angesehen werden. Zwar muss man deutlich kritisieren, dass das Europäische Parlament in diesem Europäischen Semester so gut wie ausgeblendet ist. Auf der anderen Seite stellt die Öffnung der Abläufe für die Zivilgesellschaft einen wichtigen Ausgangspunkt für mehr Transparenz und Beteiligung dar.

### Die Zivilgesellschaft als Akteur europäischer Demokratie

Denn nach der Bewertung z.B. des Status Quo des Armutsziels durch die Bundesre-

gierung, die von der Zivilgesellschaft mit anderen Indikatoren und Daten konfrontiert wird, gibt die Kommission politische Empfehlungen vor, wie das Ziel künftig besser erreicht werden kann. Diese Empfehlungen gehen, jedenfalls systematisch und im Idealfall, auch auf die Eingaben der Zivilgesellschaft zurück. So hat die Diakonie in den vergangenen Jahren z.B. immer wieder kritisiert, dass im Europäischen Semester die sozialen Ziele der Strategie 2020 gerade im Vergleich zu den Einsparungszielen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nachrangig behandelt worden sind. Jetzt, auch verknüpft mit der Europäischen Säule sozialer Rechte, wurden sie etwas aufgewertet.

Zivilgesellschaft und EU sind auch auf dem Gebiet der Umsetzung der Strukturfonds, insbesondere des Europäischen Sozialfonds (ESF), eng miteinander verknüpft. Dies sollte auch in Zukunft weiter wirken. Aus deutscher Sicht ist das seitens der EU etablierte »Partnerschaftsprinzip« gut umgesetzt, was die Vorbereitung, Umsetzung und Bewertung des Einsatzes der Fonds im Gegenüber zu den Bundes- und den Landesregierungen verbessert.

Aus der Sicht der Zivilgesellschaft anderer Mitgliedstaaten ist hier noch viel Aufbauarbeit nötig, wenn es um die gleiche Augenhöhe zwischen Ministerien und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Aushandlung der Operationellen Programme geht, welche den ESF in die Praxis umsetzen. Da die Umsetzung des Partnerschaftsprinzips dafür sorgt, dass die Erfahrungen aus der Praxis in die Konzipierung und Gestaltung der nationalen Umsetzung einfließen, ist es ein Anliegen der EU, dass gerade die realen Beteiligungsmöglichkeiten in allen Mitgliedstaaten gestärkt werden. Die EU-Kommission könnte hier ihre Position nutzen, um sowohl die Zivilgesellschaft in den einzelnen Ländern in die Lage zu verset-

zen, die Mitwirkungsmöglichkeiten wahrzunehmen, als auch die Mitgliedstaaten dazu zu bewegen, die Mitwirkungsrechte auch in der Realität zu gewähren.

### Plädoyer zur Stärkung europäischer Zivilgesellschaft

Die Diakonie plädiert hier im Kontext der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) dafür, dass das bürgerschaftliche Engagement und die Zivilgesellschaft in Europa weiter zu stärken sind. Als Akteure der Zivilgesellschaft verstehen sich die in der BAGFW zusammengeschlossenen Verbände als solche auch im europäischen Kontext. In einer europäischen Zivilgesellschaft sehen wir uns in vielfältiger Weise an der Seite anderer zivilgesellschaftlicher Akteure und der Bürger\*innen Europas. Parlamentarische Verfahren wie die Europäische Bürger\*inneninitiative des Vertrags von Lissabon mit § 11, Abs. 1, die zur Stärkung direkter Bürger\*innenbeteiligung und damit demokratischen Bestrebungen in Europa beitragen, müssen in ihrer Verbindlichkeit gestärkt und zu einem tatsächlichen Instrument direkter Demokratie ausgebaut werden.

Auch die Möglichkeiten direkter Begegnungen der Bürger\*innen Europas, verschiedener Generationen und Ethnien bzw. der Austausch von Bürger\*innen in Form der vielfältigen Möglichkeiten an Friedens- und Freiwilligendiensten, inkl. dem neuen European Solidarity Corps (ESC), betrachten wir als geeignete Möglichkeiten und Maßnahmen Europa und die EU zu stärken. Dabei ist die Grundauffassung von Freiwilligendiensten als einer besonderen Form bürgerschaftlichen Engagements und einer so auch verstandenen und praktizierten Engagementpolitik zentral. Dies muss klar von Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik abgegrenzt sein.

In jüngster Vergangenheit haben manche Mitgliedstaaten versucht zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit einzuschränken, wie beispielsweise bei Maßnahmen der Seenotrettung oder der Integration von Geflüchteten. Es muss sichergestellt werden, dass Organisationen, die sich an EU-Recht halten, ihre Arbeit uneingeschränkt ausüben können.

Gemeinsam gilt es, Fluchtursachen, die durch Klimaveränderungen oder Armut entstehen, zu begegnen. Aber auch dem europäischen Arbeitsmarkt und dem Thema Menschenrechte muss mehr Bedeutung zukommen.

Dazu plädiert die Diakonie über die Wahlen der Europäischen Union (EU) im Mai 2019 hinaus dafür, diese Anliegen während der deutschen EU - Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020 intensiv zu verfolgen. Dabei sei an die Erklärung der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) in Bratislava 1998 erinnert: »Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum, Europa gilt es als Sozialraum zu gestalten«. 2019 sei gesagt: die bestehende Wirtschaftsgemeinschaft EU muss wieder mehr als Wertegemeinschaft (demokratischer!) Staaten in Europa verstanden werden und entsprechend in Erscheinung treten.

An diesem Punkt lässt sich deutlich festmachen, welche Rolle und Position die Organisationen der Zivilgesellschaft besitzen. Wird der Zivilgesellschaft in einem oder mehreren EU-Mitgliedstaaten der Raum zum Handeln genommen, haben wir es mit den für die Demokratie sehr schädlichen Wirkungen der »Shrinking Spaces« zu tun.

### »Checks and Balances« einer lebendigen Demokratie

Erst kürzlich wurde die Bertelsmann-Studie für 2018 zu den Governance-Indikatoren

für eine nachhaltige Politik veröffentlicht. Sie greift unter anderem Polen und Ungarn auf, wo zunächst demokratisch aufgestellte Abläufe, an denen die Zivilgesellschaft – gesetzlich abgesichert – beteiligt war, zurückgenommen wurden. Ebenso werden weitere zentrale Akteure von politischen Beteiligungsprozessen ausgeschlossen. Die Regierungen seien in einem ständigen Wahlkampfmodus und bringen keine Fakten oder kohärente Ziele ihrer politischen Vorhaben mehr in die Öffentlichkeit.

Besonders erschwert folgendes Phänomen einen möglichen Einfluss der EU auf Länder wie Polen und Ungarn: Laut der Studie steigt fataler Weise das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Regierungen, während die demokratischen Standards sinken. Die Studie zieht daraus den wohl richtigen Schluss, dass wesentliche demokratische Werte nicht, oder nicht genug, in Teilen der Bevölkerung verankert und sie daher für diese Werte der EU nur schwer erreichbar sind. Mitte letzten Jahres wurde in Ungarn ein Gesetz verabschiedet, das einen strengeren Zugriff auf Nichtregierungsorganisationen ermöglicht, Menschenrechtsaktivisten behindert, akademische Freiheiten beschränkt und die politische Kontrolle gegenüber der Justiz verstärkt. Nur wenige Tage später wurde in Polen gesetzlich bestimmt, dass Richter und Richterinnen an höchsten Gerichten vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden können. Auch aus Österreich dringen Alarmsignale zu uns: So wurde Österreich im November letzten Jahres im globalen Demokratie-Rating (CIVICUS Monitor) von »offen« auf »eingengt« herabgestuft. Mit dem CIVICUS Monitor soll aufgezeigt werden, wie sich nationale Gegebenheiten auf Demokratie und die organisierte Zivilgesellschaft auswirken, indem die Rahmenbedingungen dafür anhand von zahlreichen Indikatoren und eigenen Erhebungen weltweit dargestellt und verglichen werden.

Die Zukunft Europas basiert aus Sicht der Diakonie auf beiden, auf der demokratisch-rechtsstaatlichen und auf der sozialen Säule. Die Zivilgesellschaft, und hier insbesondere die BAGFW als zivilgesellschaftlicher und sozialanwaltschaftlicher Akteur, ist Teil des wichtigen Systems der Checks and Balances einer lebendigen Demokratie in einem sozialen und offenen Europa. So wird die vorhandene Vielfalt austariert und dabei ermittelt, wie aktuell soziale Gerechtigkeit verstanden wird und wie sie realisiert werden kann.

In Deutschland ist der Sozialstaat in der parlamentarisch verabschiedeten Verfassung verankert. Eingangs erwähnte ich einige soziale Prinzipien der EU, die man durch den ebenfalls in den Verträgen verbrieften sozialen Fortschritt, die soziale Marktwirtschaft und die besondere Stellung der im Allgemeinwohl handelnden sozialen Dienste ergänzen kann. Den Sozialstaat sehen wir als eine wesentliche zivilisatorische Errungenschaft der Moderne. Sie geht von einer damit verknüpften und theologisch sowie sozioethisch begründeten sozialen Marktwirtschaft aus, in der das Soziale keinesfalls bloßes Anhängsel der marktwirtschaftlichen Prozesse, sondern selbst konstitutiver Bestandteil einer Wirtschafts- und Sozialordnung ist, in der wirtschaftliche Prosperität, demokratische Partizipation und soziale Sicherheit gleichermaßen bestimmende Elemente darstellen. Auch die EU muss nach meiner Auffassung ihren Zielbestimmungen einer sozialen Marktwirtschaft sowie der sozialen Gerechtigkeit überzeugender als bisher nachkommen. Die Europaarbeit der Diakonie setzt im Kontext der BAGFW genau da an und betont, dass eine auf Rechtsansprüchen basierende soziale Sicherheit eine grundlegende Bedingung für eine gleichberechtigte Teilnahme am demokratischen Prozess darstellt. Es gibt also einen engen Zusammenhang zwi-

schen sozialer Sicherheit und Freiheit, den Heinrich Bedford-Strohm einmal so beschrieben hat: »Würde und Freiheit des Einzelnen sind kein Mittel, sondern sind der Zweck der Gesellschaft. (...) Dies setzt eine Gesellschaft voraus, welche die Teilhabe aller an den sozialen Grundgütern der Gesellschaft sichert.«

### Ein Versprechen auf sozialen Fortschritt

Schaut man dazu noch einmal in die EU-Verträge, so erkennt man einen Gleichklang von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt sowie dem Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Damit enthalten sie ein Versprechen, das aus dem Blick zu geraten droht. Die gewachsenen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen und in den Mitgliedstaaten bilden mittlerweile die Basis für eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der EU.

Mit der Erweiterung der EU, insbesondere um die Staaten Südeuropas (Spanien, Portugal) sowie Ost- und Südosteuropas haben sich die ökonomischen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bekanntlich erheblich vergrößert<sup>1</sup>. Aber auch innerhalb der Mitgliedstaaten gibt es große Unterschiede. So ist nach Eurostat-Angaben<sup>1</sup> beispielsweise das BIP pro Kopf in der italienischen Region Emilia-Romagna fast doppelt so hoch wie in Sizilien, in Frankreich ist das BIP pro Kopf im Großraum Paris doppelt so hoch wie in den angrenzenden Regionen Picardie und Pas de Calais. Auch in Deutschland sind eklatante Unterschiede vorhanden, in Mecklenburg-Vorpommern liegt das BIP pro Kopf bei knapp 50% des in der Region Stuttgart erwirtschafteten Wertes.

<sup>1</sup> Eurostat Angaben für 2014 BIP NUTS 2 Regionen, vgl. auch: [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/GDP\\_at\\_regional\\_level/de#Regionales\\_Pro-Kopf-BIP](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/GDP_at_regional_level/de#Regionales_Pro-Kopf-BIP)

Die Heterogenität dessen, was unter zentralen Begriffen wie soziale Marktwirtschaft oder soziale Sicherung zu verstehen ist, hat ebenfalls zugenommen. Ein Konsens muss allerdings dazu herbeigeführt werden, dass die Menschen innerhalb eines jeden Mitgliedstaats ihr Leben zumindest auf der Grundlage eines würdevollen Mindesteinkommens führen können. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind eine entscheidende Gelingensvoraussetzung für eine lebendige Demokratie.

Angesichts der nach wie vor gravierenden Armutsschwellen in fast allen EU-Mitgliedstaaten müssen in der EU Grundsicherungssysteme bestehen und gestärkt oder dringend eingeführt werden, um ein menschenwürdiges Leben oberhalb der Armutsschwelle zu ermöglichen.

### Fazit

Internationale soziale Rechte werden in zwischenstaatlichen Verträgen und Resolutionen vereinbart, wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (wsk-Rechte) der Vereinten Nationen, der EU-Grundrechtecharta oder der europäischen Sozialcharta. Für uns in der Diakonie ist es ein zentraler Punkt, dass das neuzeitliche Menschenrecht ein universelles Recht ist, das nicht verdient werden, sondern als jedem Menschen gegeben anerkannt werden muss. Verbindliche sozialpolitische Vorgaben für den sozialen Schutz aller Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten müssen daher vor allem für die Grundsicherungssysteme so formuliert werden, dass beispielsweise das soziale und kulturelle Existenzminimum aller Bürgerinnen und Bürger der EU, selbstverständlich bezogen auf das jeweilige Land, gesichert ist. Hier verstehen wir die Aufgabe der EU koordinierend. Sie sollte aber

## LILIE: UNERHÖRT! DIESE ANTIEUROPÄER\*INNEN

auch verbindlich initiativ werden, damit sie ihre Werte der sozialen Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit aus der Achtung der Würde jedes Menschen inkl. der Umsetzung der Menschenrechte überzeugend verwirklicht. »Europa muss sein Schicksal mehr als bisher in die eigenen Hände nehmen. Nur gemeinsam hat die EU eine Chance, sich in dieser Welt zu behaupten und ihre gemeinsamen Interessen durchzusetzen. Nur gemeinsam können wir unsere Werte und unser solidarisches Gesellschaftsmodell, das sich mit der Sozialen Marktwirtschaft verbindet, verteidigen« (Koalitionsvertrag 2018, 6). Alles andere als die ursprüngliche Vision des europäischen Friedensprojekts wieder zu stärken, wäre politisch leichtsinnig, in einem Wort: »unerhört«!

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 5 vom 7.3.2019

### AUTOR

Ulrich Lilie ist seit 2014 Präsident der Diakonie Deutschland und seit 2017 Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung.

Zuletzt erschienen: Ulrich Lilie, Unerhört. Vom Verlieren und Finden des Zusammenhalts, Herder 2018.

<https://www.herder.de/religion-spiritualitaet-shop/unerhoert!-gebundeneausgabe/c-38/p-13692/>

### Weitere Informationen

#### Strategie Europa 2020

<https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/>

[european-semester/framework/europe-2020-strategy\\_de](https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/european-semester/framework/europe-2020-strategy_de)

#### EHAP

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1089&langId=de>

#### Europäischer Sozialfonds (ESF)

<https://www.esf.de/portal/DE/Startseite/inhalt.html>

#### Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege e.V.

<https://www.bagfw.de/>

#### Die Europäische Bürgerinitiative

<http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/149/die-europaische-burgerinitiative>

#### European Solidarity Corps (ESC)

[https://europa.eu/youth/solidarity\\_de](https://europa.eu/youth/solidarity_de)

#### Infoportal der Diakonie zum Thema Freiwilliges Engagement und Freiwilligendienste

<https://www.diakonie.de/freiwilliges-engagement/>

<https://www.diakonie.de/freiwilligendienste/>

#### Position der Diakonie zur Europawahl

[https://www.diakonie.de/fileadmin/user\\_upload/Diakonie/PDFs/Broschue-re\\_PDF/2019-02\\_Auf-den-Punkt\\_Europawahl2019.pdf](https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Broschue-re_PDF/2019-02_Auf-den-Punkt_Europawahl2019.pdf)

#### Bertelsmann-Studie 2018 zu Governance-Indikatoren für nachhaltige Politik

<http://www.sgi-network.org/2018/>

#### CIVICUS Monitor

<https://monitor.civicus.org/>

#### wsk-Rechte

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/wsk-rechte/>



KATRIN HATZINGER

## DIE DEBATTE UM DIE ZUKUNFT DER EU – AUCH EIN THEMA FÜR DIE KIRCHE

### Einleitung

Die Europäische Union (EU) ist ein Erfolgsprojekt: sie garantiert ihren rund 512 Millionen Bürgerinnen und Bürgern Frieden, Stabilität und Sicherheit in einer immer volatileren Weltlage. Sie steht für Rechtsstaatlichkeit (siehe Verfahren gegen Ungarn und Polen), den Schutz von Minderheiten, Freizügigkeit und einen barrierefreien Binnenmarkt, der Arbeitsplätze und Wohlstand generiert. Sie engagiert sich für Multilateralismus, Nachhaltigkeit, soziale Mindeststandards und bleibt die größte Geberin von Entwicklungshilfe weltweit. Doch auch im Jahr der Europawahlen befindet sie sich noch immer im Krisenmodus: die Ungewissheit über den Brexit, der lediglich vertagte Streit um die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen, der schwelende Handelsstreit mit den USA, die schleppenden Fortschritte bei der Reform der Eurozone oder bei den Versuchen, in der Außenpolitik mit einer Stimme zu sprechen, der erodierende Wertekonsens zwischen den Mitgliedstaaten sowie Angriffe aus dem rechten und linken politischen Lager auf das »militaristische, undemokratische und neoliberale Europa« zermürben und stellen den Zusammenhalt auf die Probe.

### »The winner takes it all«

In zahlreichen Staaten der EU schrumpft der Raum für die Zivilgesellschaft, weil ihre Einflussmöglichkeiten durch prak-

tische und rechtliche Hürden eingeschränkt werden (vgl. auch Bericht der Europäischen Grundrechteagentur vom Januar 2018: »Challenges facing civil society organisations working on human rights in the EU« und vom September 2018: »Civil society space- views of organisations«), ihre Vertreterinnen und Vertreter eingeschüchtert, diffamiert oder sogar tötlich angegriffen werden. Autoritär agierende Regierungen sehen zivilgesellschaftliches Engagement offensichtlich als Provokation oder gar Gefahr für die eigene Machtbasis an und agieren mit ihrer politischen Mehrheit zunehmend nach dem Motto »The winner takes it all«, indem sie nicht nur versuchen, Opposition, Medien und Gerichte auf Linie zu bringen, sondern auch die finanzielle Förderung der Zivilgesellschaft (aus dem In- und Ausland) und deren Handlungsspielräume herunterfahren bzw. einengen. Dazu kommt, dass sowohl zwischen den Mitgliedstaaten der EU als auch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den nationalen politischen Institutionen ein großes Misstrauen gewachsen ist, so dass Beobachter seit Längerem von einer »Krise der repräsentativen Demokratie« sprechen. Da die EU-Institutionen als noch weiter weg empfunden werden als die nationale politische Entscheidungsebene eignet sie sich hervorragend als Zielscheibe populistischer Angriffe, was sich nicht zuletzt am Ausgang des Brexit-Referendums gezeigt hat.

### Richtungswahl im Mai

Die neunte Direktwahl zum Europäischen Parlament, die vom 23. bis zum 26. Mai 2019 in der EU stattfindet, ist daher mehr als je zuvor eine Richtungswahl und wird die Zukunft der EU maßgeblich bestimmen. Es geht darum, welches Europa wir in Zukunft wollen: ein »Europa der Vaterländer« wie es Marine Le Pen (Rassemblement National) vorschwebt, in dem nationale Interessen den Ton angeben? Ein Europa angeführt von Politikern à la Viktor Orban (Fidesz) oder Matteo Salvini (Lega), die antreten, »das Zeitalter der universellen Menschenrechte zu beenden« (so äußerten sich beide Politiker bei einem Treffen im August 2018) und meinen die »ungarische Identität, unsere christlichen Werte« (Orban) gegen die EU »verteidigen« zu müssen? Ein Europa, in dem das »undemokratische« EU-Parlament abgeschafft und ein »Dexit«, der Austritt Deutschlands oder eine geordnete Auflösung der EU als »letzte Option« angesehen werden (AfD)? Oder wollen wir eine EU, die sich zu ihren Werten, nämlich der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte nach Art. 2 des EU-Vertrags bekennt und danach handelt und eine aktive Rolle für die Zivilgesellschaft vorsieht, um Teilhabe und Partizipation zu ermöglichen? Die das Motto von »Einheit in Vielfalt« verinnerlicht und erkennt, dass globale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration, Terrorismus und die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen nur gemeinsam bewältigt werden können, indem eigene Interessen hinter gemeinsame zurückgestellt werden?

### (Kirchen-)Räume für Dialog und Begegnung

In diesen Zeiten sehe ich die Kirchen in der EU mehr denn je in der Verantwor-

tung, Räume für Dialog und Begegnung zu schaffen. Viele der Spannungen und gegenseitigen Entfremdungen, die sich auf der politischen Bühne abspielen, spiegeln sich auch im kirchlichen Raum wieder. Ein Grund noch intensiver und gezielter als bisher ökumenische Partnerschaften und ökumenische Netzwerke zu aktivieren, um miteinander im Gespräch zu bleiben oder in einen Dialog zu kommen. Ferner können Kirchen und ihre Gemeinden einen Beitrag dazu leisten, Bürgerinnen und Bürgern eine Stimme zu geben. Denn die Mehrheit der EU-Bürger glaubt trotz anhaltender Kritik an der Brüsseler Bürokratie und einzelnen Entscheidungen weiterhin, dass die Mitgliedschaft in der EU eine gute Sache sei.

In Zeiten eines schrumpfenden »civic space« können Kirchen zudem zivilgesellschaftlichen Akteuren Foren bieten, sich auszudrücken und wieder ein Stück des öffentlichen Raums zurückzuerlangen. Dabei ist die Debatte um die Zukunft der EU durchaus auch ein Thema für die Kirche selbst. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) beispielsweise positioniert sich traditionell pro-europäisch und begleitet die Entwicklung der EU-Gesetzgebung konstruktiv-kritisch. Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) als Laienbewegung gehören Podienreihen zu EU-Themen heute zum selbstverständlichen Programmteil. 2016 war die Zukunft der EU das Schwerpunktthema der EKD-Synode. Sie ruft gemeinsam mit der Deutschen Bischofskonferenz traditionell zur Teilnahme an den Europawahlen auf und veröffentlicht über das Brüsseler Büro eine Handreichung zu den Europawahlen. Zahlreiche Landeskirchen planen ebenfalls Aufrufe und greifen das Thema auf Landessynoden, durch Veranstaltungen oder in Gemeindebriefen auf. Im Vorfeld der Europawahlen will sich die Kirche aber auch dadurch einbringen, dass sie Bürgerdialog-

ge über die Zukunft der EU veranstaltet. Das mag auf den ersten Blick überraschen oder befremden. Bei einer Veranstaltung in Brüssel traf mein Vorschlag, derartige Dialogveranstaltungen in möglichst vielen Ländern der EU auch durch Kirchen abhalten zu lassen bei einem Vertreter der traditionell eher nationalistisch ausgerichteten rumänisch-orthodoxen Kirche auf Kopfschütteln. Doch die EU kann nur gelingen, wenn sie vor Ort in den Mitgliedsstaaten gelebt wird und wenn das Denken von »wir« und »die da in Brüssel« überwunden werden kann. Von daher sind europäische Bürgerdialoge (meist unter der Schirmherrschaft der Vertretung der EU-Kommission im jeweiligen Mitgliedsstaat) wie sie schon seit Längerem unter Beteiligung von EU-Kommissarinnen und Kommissaren durchgeführt werden eine gute Sache. Doch glaubwürdiger wird der Dialog, wenn überzeugte Europäerinnen und Europäer aus der eigenen lokalen Gemeinschaft auftreten und sich einbringen und dazu gehören auch viele Kirchenmitglieder, nicht nur in Deutschland. Warum sollten also nicht auch die Kirchen neben Akteuren aus der Zivilgesellschaft und den politischen Parteien hier mittun?

### Zukunft der EU-Zukunft der Demokratie

Unter den Gliedkirchen der EKD hat sich die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz als erste auf das Experiment eingelassen, im Jahr der Europawahl »Bürgerdialoge zur Zukunft der EU« in Brandenburg, in Frankfurt (Oder) und in Wittstock abzuhalten. Ziel war es über die Bedeutung der Wahl aufzuklären, aber eben auch europäisches Engagement vor Ort sichtbar und hörbar zu machen. In der Auftaktveranstaltung in Frankfurt (Oder) stand am 3. Februar 2019 naturgemäß die deutsch-polnische Kooperation im Mittelpunkt der Veranstaltung, an der neben einigen Kandidatinnen

und Kandidaten zur Europawahl auch der Bürgermeister, der Leiter der Europaabteilung im Landesministerium sowie eine Studentin und die Präsidentin der Viadrina teilnahmen. Rund 100 Menschen waren der Einladung in die St. Gertraud-Kirche gefolgt und nahmen mit Fragen und Anmerkungen von der Europäischen Asylpolitik bis hin zur Rolle von Lobbyisten in der europäischen Gesetzgebung rege Anteil an der Diskussion. Dabei wurde deutlich, dass gerade durch die Begegnung mit dem Land Polen und seiner Bevölkerung ein starkes europäisches Gefühl geprägt worden ist und Europa plötzlich ganz nah und präsent ist, eben nicht nur in Form von Fördergeldern oder Gesetzgebung.

Die Beispiele der *grand débat* in Frankreich oder der *Citizens` Assembly* in Irland belegen eindrücklich, dass die Bürgerinnen und Bürger gerade auch in ländlichen Räumen oder an der Peripherie mit ihren Anliegen Gehör finden und mitentscheiden wollen, aber auch, dass diese Begegnungsforen in Stadt und Land Gräben überwinden und Vertrauen wiederherstellen können, wenn verschiedene Akteure zusammenarbeiten. Aber auch die von »Pulse for Europe« initiierten europäischen Hausparlamente tragen dazu bei, Europa näher an die Menschen zu bringen.

Angesichts der Erosion in der Parteienlandschaft, der abnehmenden Parteienbindung, der schwindenden Wahlbeteiligung (gerade bei den Europawahlen) und dem zunehmenden Misstrauen gegenüber den »Eliten« halte ich derartige Dialogforen für zukunftsweisend in der EU. Was die Diskussion über die Zukunft der EU anbelangt, die am 9. Mai auf dem Gipfel der Europäischen Staats- und Regierungschefs ihren Höhepunkt erreichen soll, reicht es nicht mehr in Brüssel oder anderen europäischen Hauptstädten in Parteizirkeln, Think Tanks und Botschaften zu debat-

tieren oder online-Fragebögen für interessierte Bürger anzubieten. Die Fragen müssen auf die nationale Ebene und in die Fläche getragen werden. Dort müssen lokale Akteure der Zivilgesellschaft und die (Kirchen-)gemeinden ermächtigt werden, diese Debatten aufzugreifen und den Vorschlägen, Anregungen und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger Ausdrucksmöglichkeiten zu verschaffen. Das stärkt ein europäisches Wir-Gefühl und das Verständnis für die mühsame europäische Kompromissfindung. Steuern und Haushalt, Reform von Staat und Verwaltung, ökologische Wende und demokratische Mitsprache stehen im Mittelpunkt der von Präsident Macron initiierten Bürgerdebatte unter der Schirmherrschaft der jeweiligen Bürgermeister in Frankreich. Der Zuspruch für das Format ist enorm und wird in den Medien bereits als »neue Form der Demokratie« bewertet, auch wenn es von anderer Seite viel Kritik hagelt, da die Auswirkungen unklar, der Rahmen beschränkt und die Themen konfus seien. Die von Pulse of Europe angeregten europäischen Hausparlamente sind eine niedrigschwellige und gerade deshalb reizvolle Idee, im privaten Rahmen eine europäische Öffentlichkeit herzustellen, ohne Vorgaben EU-Themen zu diskutieren, die Ergebnisse an die EU-Politik zurückzuspielen und so die Kluft zwischen der EU-Politik und den Bürgerinnen und Bürgern zu überwinden.

Im Hinblick auf die Zukunft der Demokratie könnten Formate wie die Citizens` Assemblies oder die grand débat oder auch die europäischen Hausparlamente aber durchaus Vorbildcharakter haben und sollten weiterentwickelt werden. Dabei sollte es im Idealfall (siehe Irland) auch darum gehen, gesellschaftliche Streitfragen (Haltung zum Verbot des Schwangerschaftsabbruchs in der irischen Verfassung) differenziert und vertieft zu thematisieren und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger in die Gesetz-

gebung einzuspeisen. Nicht als Konkurrenz oder Ersatz zum bestehenden und bewährten System der repräsentativen Demokratie, sondern als wichtige Ergänzung, als Chance zur Rückbindung und um Vertrauen zurückzugewinnen. Wichtig ist auch im Vorfeld die Erwartungen hinsichtlich der konkreten Einflussmöglichkeiten nicht zu hoch zu schrauben und ein ehrliches Interesse an dem Austausch abzubilden.

Dabei kann selbst eine schlichte Dialogveranstaltung oder ein Austausch im Rahmen eines Hausparlaments, in denen sich Menschen mit ihrer Meinung zu Wort melden können und ernst genommen fühlen, ein wichtiger Baustein sein, um neue Zugänge zu demokratischen Prozessen zu schaffen und die Glaubwürdigkeit von Politik und gesellschaftlichen Institutionen wiederherzustellen bzw. zu erhalten.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 5 vom 7.3.2019

### AUTORIN

OKR´in Katrin Hatzinger studierte Rechtswissenschaften an der Universität Bielefeld und arbeitete während Studium und Referendariat freiberuflich mehrere Jahre als WDR-Hörfunk-Journalistin. Seit 2003 ist sie für die EKD in Brüssel tätig, zunächst als Referentin mit den Schwerpunkten Bioethik sowie Asyl und Migration. Seit 2008 leitet sie die EKD-Vertretung in Brüssel. Sie ist Mitglied des Fachbeirates Ethik der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), Mitglied in der Kammer für Migration und Integration des Rates der EKD und der Kommission für Europafragen. Darüber hinaus ist sie Herausgeberin und Redakteurin der »EKD-Europa- Informationen«, beim DEKT zu Europafragen aktiv, und 2. Stellv. Vorsitzende des Deutschlandradio-Hörfunkrates.

Weitere Informationen

Publikation »Challenges facing civil society organisations working on human rights in the EU«

<https://fra.europa.eu/en/publication/2018/challenges-facing-civil-society-orgs-human-rights-eu>

Publikation »Civil society space: views of organisations«

<https://fra.europa.eu/en/publication/2018/colloq-civil-society>

Bürgerbewegung Pulse of Europe

<https://pulseofeurope.eu/>

Le grand débat national

<https://granddebat.fr/>

The Citizens' Assembly

<https://www.citizensassembly.ie/en/>

Den Link auf die Graphik (S. 20) aus dem Parlameter 2018 finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2018/parlemeter-2018/report/de-parlemeter-2018.pdf>

Den Link auf die Graphik der Bundeszentrale für politische Bildung zur Entwicklung der Wahlbeteiligung finden Sie unter:

<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europawahl/188781/wahlbeteiligung-1979-2014>

CHRISTIAN MOOS

## WER RETTET DIE LIBERALE DEMOKRATIE IN EUROPA?

### Einleitung

30 Jahre nachdem der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1989 das »Ende der Geschichte« ausrief, zeigt sich deutlich, wie voreilig seine Prognose war. Das amerikanische Demokratie- und Wirtschaftsmodell hat keinen weltweiten Sieg errungen. Zumindest die liberale Demokratie ist allerorten in großer Gefahr. Wo liegen die Ursachen dieser Entwicklung? Was kann ihr entgegengesetzt werden?

Autoritäre Formen plebiszitärer Herrschaft, die »illiberale« (Viktor Orbán) oder auch »gelenkte« Demokratie (Vladimir Putin) sind auf dem Vormarsch. In Europa sind es nicht mehr nur Ungarn und Polen, die den Rechtsstaat und damit die liberale Demokratie offen herausfordern. Die rumänische Regierung höhlt die Verfassung aus. Italien wird von Populisten und Rechtsextremisten regiert. Auch in Österreich sind diese Kräfte an der Regierung beteiligt. In Frankreich führen sie in den Umfragen zur Europawahl.

Insgesamt droht ein Block aus Europa-gegnern zur zweitstärksten Fraktion des Europäischen Parlaments zu werden. Und die zivilgesellschaftlichen Räume in Europa werden enger. Ohne eine pluralistische Zivilgesellschaft gibt es aber keine liberale Demokratie. Stirbt die liberale Demokratie, stirbt auch die pluralistische Zivilgesellschaft.

### Die Migrationskrise ist nicht der entscheidende Faktor

Die Gegner der liberalen Demokratie sind in aller Regel fremdenfeindlich. Sie lehnen Migration und Multikulturalität ab. Die große Migrationsbewegung des Jahres 2015, aber auch Probleme der Integration haben den Rechtspopulisten zweifelsohne in die Hände gespielt. Ängste in den Bevölkerungen zu schüren und zu verstärken, war ihnen so ein leichtes Spiel.

Vor allem die mittelosteuropäischen Gesellschaften verfügen über wenig Migrationserfahrung mit Menschen aus anderen Kulturen. Die im Angesicht der Zuwanderung geschürten Ängste können die aktuelle Entwicklung in Europa jedoch nur unzureichend erklären. Sie mögen beschleunigend, verstärkend gewirkt haben. Die autoritäre Versuchung, die heute die liberale Demokratie in Europa herausfordert, hat aber tiefere Wurzeln.

Der Machtwechsel in Polen vollzog sich weitgehend unbeeinflusst von der Migrationsbewegung. Der Umbau des Staates in Ungarn war 2015 bereits weit fortgeschritten. Die Krise der Demokratie hat andere, wichtigere Ursachen.

### Reaktion auf emanzipatorischen Fortschritt und neue soziale Frage

Zum einen manifestiert sich in dieser Krise der liberalen Demokratie die Reaktion – im

doppelten Wortsinn – auf den emanzipatorischen Fortschritt. Die Gleichstellung von Mann und Frau, aber auch die Anerkennung und die Chancengleichheit sexueller und sonstiger Minderheiten ist den Rechtspoliten aller Länder ein Dorn im Auge.

Zum anderen ist es die neue soziale Frage, die Europa bedrängt und die Fundamente des liberalen Verfassungsstaats aushöhlt. Ein Teil der Bürgerinnen und Bürger betrachtet sich als von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt. Angst vor sozialem Abstieg und sozialer Exklusion führt vielfach zu Identitäts- und Identifikationsproblemen.

Dies liegt nicht nur an Rationalisierungsprozessen, die durch die Digitalisierung und die Roboterisierung beschleunigt werden. Eine bestimmte Denkschule, der Neoliberalismus der Chicago-Schule prägte die Wirtschafts- und Sozialpolitik in allen westlichen Staaten über mehrere Jahrzehnte. Der Staat hatte sich aus dem Wirtschaftsgeschehen herauszuhalten.

### Schwacher Staat und krankes Finanzsystem

Die großen Privatisierungswellen beispielsweise der 1990er Jahre in Deutschland und anderen Ländern folgten derselben Logik wie der Rückzug des Staates in Großbritannien ein Jahrzehnt zuvor. Der schlanke Staat war das Maß aller Dinge. Die Folgen für die öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentliche Infrastruktur liegen heute offen vor Augen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist trotz der in vielen EU-Staaten weiterhin hohen Sozialausgaben geringer geworden.

Kritischer noch sind die Folgen dieser Politik für das Weltfinanzsystem. Seit den frühen 1970er Jahren wurde der Kapitalverkehr liberalisiert, ein weltweit vernetzter

Finanzmarkt entstand. Diese Entwicklung wurde zur Jahrtausendwende massiv forciert. Die bis heute unbewältigte Weltfinanzkrise ist das Ergebnis einer unverantwortlichen Laissez-faire Politik. Der realen Wirtschaft und ihren Vermögenswerten steht eine vielfach größere Vermögensblase gegenüber.

Die Zentralbanken sahen sich in der Krise gezwungen, diese Blase noch weiter aufzufüllen. Einen Ausgang aus dieser Politik zu finden, ohne die »Kernschmelze« des Weltfinanzsystems zu riskieren, erweist sich offenkundig als außerordentlich schwierig. Dieser fortgesetzte geldpolitische Ausnahmezustand hat erhebliche Nebenwirkungen. Während in den vergangenen Jahren an den Börsen der Welt viel Geld verdient werden konnte, verloren die Sparer einen Teil ihrer Altersrücklagen.

Die herrschende Lehre des Laissez-faire hat zudem die Steuerungsfähigkeit der Staaten, vor allem ihre finanzpolitische Finanzierungsgrundlage ausgehebelt. Denn leistungsgerechte Besteuerung gilt de facto nur noch für die abhängig Beschäftigten. Große Unternehmen, transnationale Konzerne entziehen sich der Besteuerung. Sie spielen in dieser schönen neuen Welt nach eigenen Regeln. Steuergerechtigkeit, so es sie je gab, existiert nicht mehr. Manche Unternehmen haben heute mehr Macht als die Mehrzahl der Staaten sie je hatte.

### Gewinner und Verlierer der Globalisierung

Zweifelsohne hat die beschleunigte Globalisierung, die heute vor allem von der Digitalisierung getrieben wird, auch viele Gewinner hervorgebracht. Entwicklungsländer konnten zu Schwellenländern oder gar zu neuen Industriemächten aufsteigen. Im globalen Maßstab ist die absolute Armut trotz großen Bevölkerungswachstums seit 1990 rückläufig.

## MOOS: WER RETTET DIE LIBERALE DEMOKRATIE IN EUROPA?

Die relative Armut innerhalb der Gesellschaften hat aber signifikant zugenommen. Die sozialen und ökologischen Kosten der sprunghaften Entwicklung sind enorm hoch, auch wenn niemandem das Recht auf Entwicklung abzusprechen ist, und es europazentriert sein mag, heute nicht-nachhaltige Entwicklung zu kritisieren, wo Europas Industrialisierung auch wenig Rücksicht auf Verluste genommen hat.

Für die Stabilität jeder politischen Ordnung ist wirtschaftliche Teilhabe von entscheidender Bedeutung. In den Gesellschaften der alten Industriestaaten hat sich spätestens seit den 1990er Jahren eine zunehmende Schere aufgetan zwischen der Wohlstandsentwicklung der abhängig Beschäftigten und der Vermögenseigner.

Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft, die der Soziologe Helmut Schelsky in den Wirtschaftswunderjahren entstehen sah, existiert nicht mehr. Diese Beobachtung gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Westeuropa.

### Liberalisierung im Zeitraffer

In den neuen EU-Mitgliedstaaten hat sich dieser Mittelstand als größte Schicht ohnedies kaum herausbilden können, da die Gesellschaften der ehemaligen Ostblockländer einer wirtschaftlichen Liberalisierung im Zeitraffer ausgesetzt wurden und Wohlfahrtsstaaten wie in Westeuropa auch vor dem Hintergrund der in den 1990er Jahren vorherrschenden Wirtschaftsideologie nicht entstehen konnten.

Das Problem der insgesamt durchaus erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung der meisten dieser Staaten besteht darin, dass ein relativ großer Anteil ihrer Bevölkerung sich nicht hinlänglich an den materiellen Segnungen der neuen Freiheit

beteiligt sieht. Letztere wird mit der neuen demokratischen Ordnung assoziiert, diese damit in den Augen eines signifikanten Teils der Menschen teilweise delegitimiert, zumal hier und da auch Vertreter der alten kommunistischen Unterdrücker als Gewinner der Transformation sichtbar wurden.

Teilhabe wird bei weitem nicht nur aus materiellen Gründen von zu vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr erlebt oder empfunden. Es wäre gefährlich, dies nur auf sozialpolitische Verteilungsfragen im engeren Sinne zurückzuführen. Die neue soziale Frage geht weit darüber hinaus.

### Medienkonsum und Engagement

Die Veränderungen im alltäglichen Miteinander durch den seit den 1980er Jahren erheblich veränderten Medienkonsum, das Aufkommen des Privatfernsehens und die durch die mobile Kommunikation und das Internet ausgelösten Revolutionen spielen eine Rolle. Durch die jederzeit gegebene Verfügbarkeit von Vereinzelnung begünstigender Ablenkung haben sich gesellschaftliche Bindungen, die für bürgerschaftliches und demokratisches Engagement unverzichtbar sind, stark gelockert.

Die rückläufige Entwicklung des Engagements in den klassischen Strukturen der gesellschaftlichen Teilhabe, den demokratischen Parteien, Gewerkschaften und demokratischen gemeinnützigen Vereinen, ist auch eine Folge der »Brot und Spiele« unserer Zeit.

Viele, vor allem junge Menschen, engagieren sich punktuell und in Ad-hoc-Initiativen. Zwar stärkt auch Ad-hoc-Engagement die Demokratie, weil es die Repräsentanten zwingt, ihre Entscheidungen zu begründen und zu rechtfertigen. Es stärkt die Verantwortlichkeit gewählter



Entscheidungsträger. Es ist allerdings kein Ersatz für dauerhafte Formen des politischen Engagements in Parteien und Verbänden. Ad-hoc-Engagement kann keine Willensbildung leisten, es kann nur bereits gebildete Meinungen artikulieren. Es kann daher kein Ersatz sein für die Strukturen der repräsentativen Demokratie.

Dass direkte Demokratie leicht zu manipulieren ist, hat nicht zuletzt das Brexit-Referendum offenbart. Prozesse der Abwägung, des Prüfens, der Kompromissuche und des Zweifels sind hier nicht vorgesehen. Sie sind der repräsentativen Demokratie vorbehalten, die allerdings mittelbarer, langsamer, letztlich unvollkommener ist.

Deliberativen Prozessen in Echtzeit zu folgen, ist eine Anstrengung, die heute kaum noch jemand auf sich nehmen mag, vor allem dann nicht, wenn profundere Sachkenntnis und Information die notwendige Voraussetzung dafür sind. So wird Kompromisslosigkeit im Verfolgen politischer Ziele zur Tugend.

### Bonapartismus und Faschismus

Der Narzisst Donald Trump ist ein Kind unserer Zeit, wenn auch ein besonders aufgeblasenes. Er wendet sich gerne an das »echte Volk«, stützt sich auf dessen vermeintlichen Willen. Dabei ist auch dies kein ganz neues Phänomen.

Schon im 19. Jahrhundert kannte Europa den Bonapartismus als Herrschaftsmethode. Auch in der untergehenden Römischen Republik spielten populistische Volkstribune eine große Rolle. Die Diktatoren, die sie entmachteten, bedienten sich letztlich derselben Methoden, um Unterstützung für ihre Sache zu gewinnen.

Autoritäre Herrscher suchen immer wieder die Nähe zum Volk, das für sie ein ho-

mogener Körper ist, den es vor »Schwäche« (abweichenden Meinungen) und »Krankheitserregern« (Minderheiten) zu bewahren gilt. Im Faschismus fand dieses völkische Verständnis im frühen 20. Jahrhundert seinen vollendeten, im Nationalsozialismus seinen radikalsten Ausdruck. Ansätze zu völkischem Denken sind auch heute wieder in Europa festzustellen, nicht nur am extremen rechten Rand. Sie sind teilweise bereits regierungsamtliche Politik. Die liberale Demokratie ist in der Tat in großer Gefahr.

### Liberaler Demokratie und bürgerschaftliches Engagement

Was zeichnet nun die liberale Demokratie aus, die nicht zu verwechseln ist mit dem Neo- beziehungsweise Ultraliberalismus der Chicago-Schule?

Die liberale Demokratie kennt ein System der wechselseitigen Machtkontrolle, der »Checks and Balances«, das vor Machtmissbrauch bewahren soll. Die Macht der Regierungen wird in einem Mehrparteiensystem durch starke Oppositionsrechte begrenzt.

In der liberalen Demokratie gelten universale Grund- und Freiheitsrechte und der Schutz von Minderheiten. Diese Rechte werden durch eine unabhängige Justiz verbürgt. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehen Hand in Hand, bedingen einander, sind untrennbar miteinander verbunden.

Zentrale Voraussetzung für eine liberale Demokratie ist eine pluralistische Zivilgesellschaft, ist das bürgerschaftliche Engagement in einer offenen Gesellschaft. Ironischerweise stellen ausgerechnet die USA heute ihr eigenes Erfolgsmodell in Frage, jedenfalls der Mann an ihrer Spitze und die ihn tragende Republikanische Partei.

## MOOS: WER RETTET DIE LIBERALE DEMOKRATIE IN EUROPA?

### Verletzung der europäischen Werte und zivilgesellschaftlicher Widerstand

Die Europäische Union stand und steht für Werte, die den Fortbestand der liberalen Demokratie garantieren sollen. Sie sind in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union verankert und sie spiegeln sich in der Europäischen Charta der Grundrechte wider. Deshalb richten die autoritären Parteien und Bewegungen ihre wütenden Angriffe vor allem auf die EU, auch wenn sie nicht unbedingt in erster Linie aus euroskeptischen Motiven von den Menschen gewählt werden.

In mehreren Mitgliedstaaten werden die Verfassungen seit einigen Jahren so verändert, dass Rechtsstaatlichkeit und liberale Demokratie systematisch unterminiert werden.

Die Zivilgesellschaft kann dieser Fehlentwicklung zivilen Widerstand entgegensetzen. Ab einem gewissen Stadium des konstitutionellen Umbaus wird bürgerschaftliches Engagement aber zu einer Gefahr für die Engagierten. In Ungarn, wo der Prozess der Umgestaltung hin zu einer autoritären Demokratie am weitesten fortgeschritten ist, ist dies bereits der Fall. Wer hier als Gegner der Regierung wahrgenommen wird, riskiert inzwischen seine bürgerliche Existenz.

Was gilt es also zu tun? Was können die liberalen Demokraten, die Vertreterinnen und Vertreter einer offenen Gesellschaft dieser Entwicklung entgegensetzen?

### Engagiert Euch!

Wer die Zeichen der Zeit erkannt hat, muss sich engagieren und damit das Fundament der liberalen Demokratie stärken, ehe es von Hass und Desinformation unterspült wird. »Engagiert Euch!«, lautet das Gebot der Stunde. In den demokratischen

Parteien, in den sozialpartnerschaftlichen Verbänden, in den zivilgesellschaftlichen Vereinen.

Frei nach Kennedy gilt es heute zu fragen, was jede Einzelne, jeder Einzelne für den Erhalt der liberalen Demokratie tun kann. Gemeinsam nach Antworten auf die neue soziale Frage zu suchen, ist dabei eine herausragende, vielleicht die vordringlichste Aufgabe. Die scheidende Europäische Kommission hat dies teilweise erkannt und die Verwirklichung der europäischen Säule sozialer Rechte zu ihrem Kernanliegen gemacht.

Eine weitere, sehr wichtige Aufgabe besteht im Schutz der Meinungsfreiheit und der Meinungsvielfalt, wie sie nur eine pluralistische, freie Presse garantieren kann. Eine jede Demokratin, ein jeder Demokrat stärke die vierte Gewalt durch entsprechendes Konsumverhalten. »Lest Bücher«, hat Timothy Snyder zu Recht in seinen sehr lesenswerten »20 Lektionen für den Widerstand« formuliert.

Wo der Staat noch Interesse an einer lebendigen, vielfältigen Zivilgesellschaft hat, um seine freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen, gilt es zweifelsohne, die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als eine wichtige Barriere gegen illiberale Bestrebungen auszubauen. Gleichzeitig sollten alle zivilgesellschaftlichen Organisationen zusehen, soweit als möglich auch unabhängig von staatlicher Förderung handlungsfähig zu bleiben.

Auf europäischer Ebene brauchen die bürgerschaftlich Engagierten analog zu den Sozialpartnern eine Plattform, damit sie dort ihre Kräfte bündeln und ihre Stimme gegenüber den Institutionen und den Mitgliedstaaten besser hörbar machen können. Ein europäisches Vereinsrecht kann hilfreich sein, wenn der nationale Rechtsstatus von einem Unrechtsregime angegriffen wird.

### Vernetzung ist das Gebot der Stunde

Auf deutsche Leser mag dieser Beitrag alarmistisch wirken, in mehreren EU-Staaten ist die Entwicklung aber bereits sehr weit fortgeschritten. Der Marsch der Neo-Faschisten durch die Institutionen hat längst begonnen, und sie werden nicht zuletzt von Russland und neuerdings auch von rechtsextremen amerikanischen Kräften nachhaltig unterstützt. Und im Hintergrund lockt die neue Weltmacht China mit ihrem totalitären Gesellschaftsmodell, das keine politische Freiheit kennt.

Autoritäre Regierungen wählen inzwischen auch in Europa die Vertreterinnen und Vertreter aus, die an der Spitze von Nichtregierungsorganisationen stehen sollen. Das Entstehen einer »uncivil society« ist die Folge.

Die europäische Vernetzung der organisierten Zivilgesellschaft zur Hilfestellung für

diejenigen, die bereits nicht mehr frei operieren können, ist ein Gebot der Stunde. Die bürgerschaftlich Engagierten können einen entscheidenden Beitrag zur Bewahrung der liberalen Demokratie in Europa leisten.

Es ist höchste Zeit, aktiv zu werden.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 5 vom 7.3.2019

### AUTOR

Christian Moos ist Generalsekretär der Europa-Union Deutschland e.V., Vorstandsmitglied der Europäischen Bewegung Deutschland, Geschäftsbereichsleiter Europa und Internationales des dbb beamtenbund und tarifunion und Mitglied der Diversity Gruppe im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Weitere Informationen

 [www.europa-union.de](http://www.europa-union.de)

PROF. DR. SUSANNE KEUCHEL

## **NACHHALTIGKEIT, KULTURELLE BILDUNG UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT ... ZU DEN CHANCEN EUROPAS ALS WEGBEREITER FÜR GESELLSCHAFTLICHE TRANSFORMATIONSPROZESSE**

### **Einleitung**

Europa hat eine lange Historie gesellschaftlicher Transformationsprozesse aufzuweisen, von der Demokratie im Athen der Antike, der Römischen Republik, über die mittelalterlich-feudale Gesellschaft, den demokratischen Nationalstaat, Faschismus, Sozialismus, Kommunismus, modernen Kapitalismus etc.

Seit der industriellen Revolution (vgl. Engels [1845] 1990), dem Gesellschaftsumbruch von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft, bis ins Informationszeitalter bestimmen Prinzipien der Ökonomisierung, Globalisierung und Technokratisierung in zunehmenden Maßen Gesellschaftsprozesse. Damit einhergehend kann eine zunehmende Liberalisierung und Individualisierung der Gesellschaft beobachtet werden, die Gesellschaft auf der einen Seite in ihrer Vielfalt bereichert, in extremer Ausprägung aber auch Schattenseiten mit sich bringt und den Einzelnen in der Gesellschaft belasten kann, im Sinne der Beck'schen Risikogesellschaft (vgl. Beck 1986). Angesichts zunehmend begrenzter Ressourcen, Spaltungseffekten innerhalb der Leistungsgesellschaft und der Erkenntnis, dass die Spirale des Wettbewerbsprinzips sich nicht endlos weiterdrehen lässt, werden Prinzipien der Ökonomisierung als zentrale gesellschaftliche Steuerungsprinzipien immer häufiger in Frage gestellt. Statt technokratischer Prinzipien entwickelt sich erneut ein Bedarf nach normativen Zielsetzungen. Ein

Beispiel hierfür ist die UN-Nachhaltigkeitsagenda 2030, innerhalb derer sich international auf die Umsetzung von 17 normativen Zielen verständigt wurde (vgl. Vereinte Nationen 2015).

Im Folgenden werden die aktuellen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich durch Prinzipien der Ökonomisierung und Technokratisierung ergeben, kritisch reflektiert. Es werden die Chancen, aktuellen Herausforderungen und notwendigen Bildungsaufgaben der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda diskutiert, um abschließend ein Fazit zu den Chancen Europas für die Bewältigung weltweiter Zukunftsaufgaben zu ziehen.

### **Zum Status Quo einer ökonomisierten und technokratisierten Gesellschaft**

Wirtschaft wird in einer ökonomisierten Gesellschaft als System von Märkten verstanden, das durch Angebot und Nachfrage reguliert wird. Im Vordergrund steht »eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung«, die »staatliche Eingriffe in die Wirtschaft [...] auf ein Minimum beschränken« (Duden Wirtschaft 2013: 35) möchte.

Gesellschaftliche Entwicklung wird aus diesem ökonomisierten Blickwinkel maßgeblich von der industriellen Produktion und technologischem Fortschritt bestimmt. Technokratische Prinzipien der Industrie werden daher auf staatliche Po-

litik übertragen (vgl. Esser 1985: 212ff) mit der Perspektive, dass »mit steigender wissenschaftlicher Erkenntnis und ständiger Modernisierung der Technik [...] Spielräume für politische Entscheidungen, die auf Werten oder Ideologien beruhen, immer kleiner [werden]« (Böcher 2007:17). Nach Helmut Schelsky entzieht damit der »technische Staat ..., ohne antidemokratisch zu sein, der Demokratie ihre Substanz. Technisch-wissenschaftliche Entscheidungen können keiner demokratischen Willensbildung unterliegen ... « (Schelsky 1961: 29).

Die Einschränkung staatlicher Steuerungsprozesse durch technokratische Prinzipien führt also in letzter Konsequenz zu Demokratiemüdigkeit (vgl. Kock 2014), die sich heute in Teilen der Gesellschaft schon abzeichnet. Diese Prozesse werden durch Globalisierungseffekte noch verschärft, hier beispielsweise im Rahmen von internationalen Freihandelsabkommen, innerhalb derer Marktfragen, unabhängig von Einzelstaatinteressen verhandelt werden. So kritisiert der Wirtschaftsexperte Gustav Horn solche Freihandelsabkommen, deren Umsetzung dann in Folge nicht vom Einzelstaat, sondern unabhängigen Schiedsgerichten überwacht werden, ebenfalls als »Beschränkung des demokratischen Entscheidungsspielraums« (Horn 2016: 13).

Prinzipien der Technokratie und marktwirtschaftliche Wettbewerbsprinzipien betreffen nicht nur staatliche Steuerungsprozesse, sondern alle gesellschaftlichen Lebensbereiche. Im Sinne liberalisierter Zugänge hat jeder Einzelne im Wettbewerb die Chance, sich Zugänge zu Bildung, Berufserfolg und gutem Einkommen zu ermöglichen. Dies führt jedoch auch dazu, dass das Selbstgefühl des Einzelnen »immer stärker von dem Erfolg ab[hängt], mit dem er sich gewinnbringend verkaufen kann« (Kim 1994: 147). Positive wie negative Effekte dieser Prinzipien beschreibt

Ulrich Beck in seinem Modell der Risikogesellschaft (vgl. Beck 1986). So führe die zunehmende Individualisierung auf der einen Seite zur Wahlfreiheit des Einzelnen, zugleich verschiebt sich jedoch die gesellschaftliche Verantwortung für den Einzelnen auf das Individuum. Wenn nun aber der Einzelne und nicht die Gesellschaft für das Gelingen der eigenen Biografie verantwortlich gemacht wird, kann sich für den Einzelnen durchaus die berechtigte Frage ergeben, warum er sich für die Gemeinschaft engagieren sollte. Ökonomisierung und Technokratisierung können daher gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Bereitschaft, Verantwortung für andere zu übernehmen, gefährden, und damit in Folge auch demokratische Beteiligungsprozesse und die Akzeptanz verbindlicher Normen und Werte.

### Bildung in zivilgesellschaftlicher Verantwortung zur Entwicklung nachhaltiger Zukunftsstrategien

Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda 2030 bedarf es ein verändertes Handeln und Denken in der Gesellschaft. Bildung wird dabei als essenziell angesehen. Daher hat die UNESCO von 2015 bis 2019 das Weltaktionsprogramm »Bildung für nachhaltige Entwicklung« (BNE) ins Leben gerufen. In Deutschland engagieren sich viele Akteure aus der Zivilgesellschaft bei der Vermittlung von BNE.

BNE möchte »Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln« (Nationale Plattform für Bildung für nachhaltige Entwicklung 2017: 7) befähigen, sodass diese »die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt« (ebd.: 8) verstehen lernen. Es geht also letztlich vor allem um moralisches, also normatives Handeln (de Haan 2009: 21) mit dem konkreten Bildungsziel der Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda 2030. Der Einzelne soll lernen, Verantwor-

tung für die Gesellschaft zu übernehmen. Das Medium hierzu ist interdisziplinäres und vor allem globales Wissen.

In der UNESCO-Roadmap zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms BNE werden dabei vor allem die Säulen Ökonomie, Soziales und Ökologie hervorgehoben (Unesco 2014). Kultur nimmt hier keine zentrale Säulenfunktion ein. Es wird lediglich auf den wichtigen Aspekt der kulturellen Vielfalt hingewiesen, den es bei diesem Diskurs gilt, angemessen zu berücksichtigen.

Die geringe Rolle, die der Kultur innerhalb dieses Diskurses zugebilligt wird, könnte aus verschiedener Perspektive, vor allem aus einer Europäischen heraus, bedauert werden. Kultur, Kulturelle Bildung und hier vor allem die »Künste« wurden innerhalb Europas schon immer als ein wesentlicher Motor gesellschaftlicher Entwicklung angesehen. So heißt es beispielsweise in einer Studie der Europäischen Kommission von 2009: »A culture-based creativity policy ... inspiring our societies with alternative values and objectives to statistical as well as productive ends and short-term benefits« (European Commission 2009: 161). In diesem Sinne kann es spannend sein, die Prinzipien von BNE und der Kulturellen Bildung gegenüberzustellen und Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede herauszuarbeiten.

Kulturelle Bildung beruht auf einem subjektorientierten Ansatz. Es geht um die Stärkung individueller Haltungen und Positionierungen, letztlich um Fragen der eigenen Identitätsbildung. Hierzu ermöglicht das Medium der »Künste«, um eigene Standpunkte zu entwickeln, Perspektivwechsel: Alltägliches wird in neue künstlerische Kontexte gesetzt und damit in der bisherigen Deutung hinterfragt. Innerhalb der »Künste« ist zugleich der Regelbruch fest verankert und damit die Erkenntnis, es gibt keine »richtige« oder »falsche« Kunst bzw.

Lösungen. Eine solche Offenheit in der Gestaltung fördert zugleich einen stärkenorientierten Ansatz innerhalb der Kulturellen Bildung, da es hier keine »Fehler« gibt.

Damit ergeben sich zwischen BNE und Kultureller Bildung vor allem zwei zentrale Unterschiede: Kulturelle Bildung fördert das Subjekt in der Entwicklung eigener Haltungen und Standpunkte, zielt also auf den Einzelnen ab. BNE dagegen verfolgt nicht die Stärkung des Einzelnen, sondern gesamtgesellschaftliche Ziele. Aus diesem Blickwinkel heraus stellt sich eine berechtigte Frage: Muss nicht zuerst der Einzelne in seinen normativen Haltungen, Identitäten und Perspektiven gestärkt werden, bevor er Verantwortung für Dritte übernehmen kann? Auch stellt sich grundsätzlich die Frage, können normative Werte und Haltungen pädagogisch zielgerecht vermittelt werden? Oder bedarf es hierzu nicht auch eigener Freiräume für Selbstbildungsprozesse? Die Chancen der Kulturellen Bildung für BNE könnten also darin liegen, statt durch das Setzen normativer Vorgaben zur Nachhaltigkeit, Selbstbildungsprozesse anzustoßen, aus denen »nachhaltigere«, subjektspezifische Haltungen resultieren. Um dies jedoch zu ermöglichen, bedarf es eines offenen Prozesses, der letztlich nicht steuerbar ist. Es können dadurch entsprechende »nachhaltigere« Haltungen angeregt werden, aber es könnten sich hier auch ganz andere Positionierungen ergeben.

Auch Perspektivwechsel, die in der Kulturellen Bildung mit dem Medium der Künste fest verankert sind, können nachhaltiges Denken und Handeln fördern. Das Wissen um globale oder ökologische Zusammenhänge, wie es BNE fordert, fördert in der Regel eine retropektivisch ausgerichtete Analyse und ist daher im Aussagegehalt oft negativ konnotiert. Wird beispielsweise der bisherige Umgang mit Ressourcen analysiert, entstehen im

Sinne der Nachhaltigkeit negative Narrative, die dann auf eine Verhaltensänderung hinwirken sollen. Es muss beispielsweise künftig sparsamer mit Wasser, Energie etc. umgegangen werden. Kulturelle Bildung lädt hier mit ihrem gestalterischen Handlungsauftrag und Perspektivwechseln zu neuen, zukunftsorientierten und positiven Narrativen ein: Wie wollen wir Zukunft gestalten? Und was müssen wir dafür tun, damit die eigenen Vorstellungen real werden? Diese Ergebnisoffenheit der Kulturellen Bildung und ihre Orientierung an experimentellem Vorgehen kann in diesem Sinne auch ein notwendiges Korrektiv sein, bestehende eindimensionale Lösungsansätze für verantwortliches nachhaltiges Handeln kritisch zu reflektieren und so zur Entwicklung alternativer Lösungsansätze beizutragen.

### Fazit – Chancen Europas als Wegbereiter für weltweite Zukunftsaufgaben

Prinzipien der Ökonomisierung und Technokratisierung werden innerhalb Europas zunehmend kritisch reflektiert. Es liegen alternative Ordnungsprinzipien, wie die der Nachhaltigkeitsagenda 2030, auf dem Tisch. Die Frage nach der konkreten Umsetzung dieser Strategien bleibt jedoch offen. Es herrscht Einigkeit darüber, dass es eines Umdenkens in der Gesellschaft bedarf und hierfür Bildungsstrategien essenziell sind. Es fehlt jedoch eine konkrete Zukunftsvision, wie sich Gesellschaft verändern muss, um nachhaltiger und sozialgerechter agieren zu können. Entsprechende Anstrengungen werden bisher immer nur innerhalb des bestehenden Systems unternommen, statt im Sinne eines Perspektivwechsels, wie ihn die Kulturelle Bildung anstößt, aus dem System herauszutreten und Zukunft und Gesellschaft neu zu gestalten. Für eine Korrektur bzw. Deregulierung von Prinzipien der Ökonomisierung und Technokratisierung bedarf es zudem

starker gesellschaftlicher Kräfte. Da der Wirtschaftssektor aktuell am stärksten von diesen Prinzipien berührt wird, könnte diese Kraft eine starke und geeinte Zivilgesellschaft innerhalb Europas sein, die diese gesellschaftlichen Transformationsprozesse anstößt. Es bedarf zugleich Persönlichkeiten mit eigenen Haltungen und Ideen. In diesem Sinne sind Kulturelle Bildung und Selbstbildungsprozesse gefragt, die junge Menschen dazu ermutigen, gesetzte Leistungs-, Qualitäts- und Wettbewerbskriterien einer Gesellschaft, nicht als gesetzt und umkehrbar anzunehmen, sondern eigene moralische Standpunkte zu beziehen.

Um einen solchen Wandel anzustoßen und Gesellschaft nachhaltig zu verändern, bedarf es aber auch starker Bilder und Narrative, die richtungsweisend für neue Zukunftsvisionen stehen. Europa sucht seit längerem neue identitätsstiftende Narrative. 2014 wurden beispielsweise von der EU-Kommission Arbeitsgruppen eingesetzt, um einer neuen »Erzählung« näherzukommen. Es entstand eine vierseitige Erklärung »Körper und Geist Europas« (European Commission 2014), die nicht von Ökonomen sondern von »Künstlern, Intellektuellen und Wissenschaftlern« (ebd.: 1) verfasst wurde. »Werte wie Menschenwürde und Demokratie« (ebd.), »Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit« (ebd.: 2) als in Europa historisch gewachsene Werte, spielen in dieser Erklärung eine wichtige Rolle. Es stellt sich jedoch die Frage, ob ein rückwärtsgewandtes Narrativ ausreicht, um Europa für gesellschaftliche Transformationsprozesse von Morgen zu festigen. So fordert auch der Politikwissenschaftler Jackson Janes mehr Vorwärtsgewandtheit: »Es entsteht ein wachsender Bedarf nach einem neuen Narrativ – und zwar nicht länger darüber, wo Frankreich und Deutschland herkommen, sondern vielmehr darüber, wohin sie zusammen als

Teil des großen europäischen Projekts gehen wollen« (Miskimmon online 2015).

Zur Entwicklung eines solchen vorwärts-gewandten Narrativs, das die Kraft hat, europäische Gesellschaftstransformationsprozesse anzustoßen, bedarf es letztlich normativer, nachhaltiger Werte und Zielsetzungen, Kultureller Bildung und damit einhergehend Perspektivwechsel, um neue Zukunftsvisionen zu entwickeln und eine starke und geeinte Zivilgesellschaft, die partizipativ den Prozess der Gesellschaftstransformation begleitet und ermöglicht, dass Europa seinen Beitrag zur Bewältigung weltweiter Zukunftsaufgaben leisten kann.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 5 vom 7.3.2019

### AUTORIN

Prof. Dr. Susanne Keuchel ist Direktorin der Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW e.V.

### LITERATUR UND WEITERE INFORMATIONEN

- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Böcher, Michael (2007): Wissenschaftliche Politberatung und wissenschaftliche Prozesse. In Krott/Suda (Hrsg.) Macht Wissenschaft Politik? Aspekte wissenschaftlicher Beratung im Politikfeld Wald und Umwelt. S. 14-42. Wiesbaden: VS Verlag.
- de Haan, Gerhard (2009): Bildung für nachhaltige Entwicklung. Berlin: Freie Universität Berlin. Programm Transfer-21
- Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 5. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2013. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2013.
- Engels, Friedrich [1845] (1990): Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Band 2. Berlin: Dietz.
- European Commission (2014): New Narrative for Europe: The Mind and Body of Europe [Dt.: New Narrative for Europe: Körper und Geist Europas]. [http://ec.europa.eu/assets/eac/culture/policy/new-narrative/documents/declaration\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/assets/eac/culture/policy/new-narrative/documents/declaration_en.pdf)
- European Commission (Hrsg.) (2009): THE IMPACT OF CULTURE ON CREATIVITY . A Study prepared for the European Commission (Directorate-General for Education and Culture), June 2009 S. 161
- Horn, Gustav A. »Freier Handel und Kultur« In: puk 6/16, Seite 13
- Kim, Myun-Shin (1994): Bildungsökonomie und Bildungsreform: Der Beitrag der OECD in den 60er und 70er Jahren. Würzburg: Königshausen und Neumann. S. 147
- Kock, Sonja (2014): Ausstieg aus der Demokratie? Dissertationsschrift Justus-Liebig Universität Gießen
- Miskimmon, Alister (online 18.12.2015): Strategische Narrative deutscher Europapolitik. In: bpb Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.bpb.de/apuz/217308/strategische-narrative-deutscher-europapolitik?p=all> Zuletzt aufgerufen am 25.02.2019
- Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (Hrsg.) (2017): Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung. Berlin.
- Schelsky, Helmut (1961): Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag
- UNESCO (2014): Roadmap for implementing the Global Action Programme on Education for Sustainable Development.
- Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015



RUPERT GRAF STRACHWITZ

## KANN ZIVILGESELLSCHAFT EUROPA? NUR EIN EUROPA DER STAATEN?

Wenn im Zusammenhang mit der erstrebten europäischen Integration an historische Meilensteine erinnert wird, werden meist Bilder von Staatsereignissen gezeigt, etwa von der Unterzeichnung der Römischen Verträge (1957), von De Gaulle und Adenauer in Reims (1962) oder vom Beitritt von 10 Staaten zur EU in Dublin (2004). Darüber wird vergessen, dass in der Regel europäische Bürgerinnen und Bürger und die Zivilgesellschaft Motor und Katalysator des Vereinigungsprozesses waren. De Gaulle wußte das übrigens. Er wollte sicher sein, dass die Aussöhnung Deutschlands mit Frankreich von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen wurde. Erst als er sich im September 1962 auf einer Reise durch Deutschland davon überzeugt hatte, unterzeichnete er (am 22. Januar 1963) den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag.

Die europäische Zivilgesellschaft – die man noch nicht so nannte – hatte schon früher Signale gesetzt. Am 6. August 1950 öffneten, zersägten und verbrannten beispielsweise am deutsch-französischen Grenzübergang St. Germanshof-Wissembourg in einer sorgfältig geplanten Aktion junge Bürgerinnen und Bürger aus mehreren europäischen Ländern, vor allem aber aus Frankreich und Deutschland, die Schlagbäume und weckten auf diese Weise die Aufmerksamkeit der Welt für ein Europa ohne Grenzen. Damit begann das bürgerschaftliche Engagement für den Prozeß, der große Teile Europas in die EU führte.

Am 19. August 1989 war dann das paneuropäische Picknick an der ungarisch-österreichischen Grenze bei Sopron eines der Signale, das den Transformationsprozess in Mittel- und Osteuropa einläutete. Hier wie so oft wurde erkennbar: Zivilgesellschaft kann – und will – Europa.

### Traditionen

Beispiele dafür, dass sich selbstermächtigte, selbstorganisierte Gruppen in und für Europa engagierten, gab es schon viel früher. Die Reduktion des politischen Denkens auf den Nationalstaat und dessen Regierung war nie so universell gelungen, wie sich die Inhaber der Macht in diesen Staaten das vielleicht gewünscht hätten. Nach 1831, dem fehlgeschlagenen polnischen Aufstand gegen Rußland, sorgten beispielsweise bürgerschaftliche Polenbegeisterung und Polenvereine in Deutschland für die Aufnahme der zahlreichen polnischen Flüchtlinge im Geist europäischer Solidarität. Im Oktober 1914 verfaßte eine kleine Gruppe von Deutschen um Georg Friedrich Nicolai und Albert Einstein einen ›Aufruf an die Europäer‹. Der Aufruf war eine Antwort auf das sogenannte Manifest der 93 (Wissenschaftler, darunter bspw. Max Planck) ›An die Kulturwelt‹, in dem dessen Autoren die These von der deutschen Kriegsschuld zurückgewiesen und die Kriegsverbrechen der Armee in den ersten Kriegswochen in Belgien verteidigt hatten. Der Aufruf setzte sich dagegen zur Wehr und begann mit den Sätzen: »Wäh-

rend Technik und Verkehr uns offensichtlich zur faktischen Anerkennung internationaler Beziehungen und damit zu einer allgemeinen Weltkultur drängen, hat noch nie ein Krieg die kulturelle Gemeinschaftlichkeit des Zusammenarbeitens so intensiv unterbrochen wie der gegenwärtige. Vielleicht kommt es uns allerdings auch nur deshalb so auffällig zum Bewußtsein, weil eben so zahlreiche gemeinschaftliche Bande vorhanden waren, deren Unterbrechung wir schmerzlich verspüren.«

Und weiter (1914): »Die Welt ist durch die Technik kleiner geworden, die Staaten der großen Halbinsel Europa erscheinen heute einander so nahe gerückt, wie in alter Zeit die Städte jeder einzelnen kleineren Mittelmeerhalbinsel, und Europa – ja man könnte fast sagen, die ganze Welt – stellt bereits durch die manigfachsten Beziehungen eine in den Bedürfnissen und Erlebnissen jedes einzelnen begründete Einheit dar. ... Es wäre wohl die Pflicht der gebildeten und wohlwollenden Europäer, wenigstens den Versuch zu machen zu verhindern, dass Europa infolge seiner mangelhaften Gesamtorganisation dasselbe tragische Geschick erleidet wie einst Griechenland. ... Wir wollen grundsätzlich betonen, dass wir fest davon überzeugt sind, dass die Zeit da ist, in der Europa als Einheit auftreten muß, um seinen Boden, seine Bewohner und seine Kultur zu schützen. ... Aber es ist notwendig, dass die Europäer erst einmal zusammenkommen, und wenn – was wir hoffen – sich genügend Europäer in Europa finden, d.h. Menschen, denen Europa nicht nur ein geographischer Begriff, sondern eine wichtige Herzenssache ist, so wollen wir versuchen, einen solchen Europäerbund zusammenzurufen. Der soll dann sprechen und entscheiden.«

Am 16. Februar 1919, als in Versailles Frankreich, Großbritannien, Italien und die anderen Siegermächte unter sich den mit

dem Deutschen Reich abzuschließenden Friedensvertrag diskutierten, notierte, um ein weiteres Beispiel zu nehmen, Harry Graf Kessler, großer Europäer und genauer Beobachter des Weltgeschehens, in sein Tagebuch, der Völkerbund, den Woodrow Wilson gründen wolle, könne doch als ein Bund von Verbänden konzipiert werden, um den ständigen Widerstreit unterschiedlicher nationaler Interessen zu überwinden. Aber daran oder gar an eine Vereinigung der europäischen Nationen dachten bei der Unterzeichnung der tragisch mißratenen Pariser Vorortverträge, so des Vertrags von Versailles mit Deutschland am 28. Juni 1919, die Regierungen nicht. So neu wäre heute also die Idee nicht, das große europäische Projekt von den Nationalstaaten abzukoppeln. Für eine europäische Zivilgesellschaft gibt es, in Deutschland ebenso wie in anderen Teilen Europas eine Geschichte, Vorbilder und Tradition.

### Zivilgesellschaft im europäischen Verbund

In dieser Tradition stehen heute zivilgesellschaftliche Akteure, deren Ziel ein vereinigt Europa ist. Die engagiertesten Europäerinnen und Europäer sind oft eher in der unorganisierten als in der organisierten Zivilgesellschaft zu finden. Doch finden sich in ganz Europa auch traditionsreiche zivilgesellschaftliche Bewegungen, Organisationen und Einrichtungen, die europäisch unterwegs sind, etwa die Europäische Bewegung Deutschland oder die Europa Union, beide eng vernetzt mit Partnern in anderen europäischen Ländern. Dazu gehören auch Tausende von europäischen Netzwerken, Bewegungen und Verbänden mit Mitgliedern in ganz Europa, vom europäischen Kulturerbeverband EUROPA NOSTRA über die Kommission der europäischen Bischofskonferenzen COMECE, den europäischen Umweltverbund Green 10 und die zahlreichen europäischen Sport-

verbände bis zum European Civic Forum und vielen anderen mehr.

Kein Subsektor der europäischen organisierten Zivilgesellschaft kommt heute noch ohne einen europäischen Dachverband aus; vor allem bei den Organen der Europäischen Union, aber auch beim Europarat und anderen intergouvernementalen europäischen Zusammenschlüssen gilt es, konsequent und nachhaltig Interessen der Zivilgesellschaft zu vertreten. So war beispielsweise das European Foundation Centre aktiv an den erfolgreichen Verhandlungen mit der internationalen Organisation FATF über die Neuformulierung einer im früheren Wortlaut extrem diskriminierenden Empfehlung zum Umgang mit der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung beteiligt. Die meisten dieser Zusammenschlüsse greifen übrigens deutlich über das EU-Europa hinaus und heißen Mitglieder aus allen im geographischen Europa gelegenen Ländern willkommen. Über protokollarische Fragen, die die Staaten bis zur Lähmung beschäftigen können, setzen sie sich souverän hinweg.

### Schwierigkeiten

In der stark zersplitterten und kaum überschaubaren Zivilgesellschaftsszene auf europäischer Ebene ist freilich kaum eine Organisation erkennbar, die stark und unabhängig genug ist, um den übrigen Akteuren, von den Organen der EU bis zu den Vorständen großer Unternehmen, auf Augenhöhe gegenüberzutreten zu können. Dass mancher Verband durchaus stärker auftreten könnte, wenn er dies nur wollte, ist ebenfalls nicht zu übersehen. Auch dass viele von ihnen ihre einzige Aufgabe darin sehen, Fördermittel der EU abzugreifen, dazu im Wettbewerb zueinander stehen und gerade nicht gemeinsam helfen wollen, die europäische organisierte

Zivilgesellschaft insgesamt zu stärken, darf auch nicht verschwiegen werden. Ebenso wenig hilfreich ist die generelle Scheu vieler zivilgesellschaftlicher Akteure vor Kritik und Selbstkritik. Und schließlich tragen Bestrebungen, dem eigenen Beitrag zum subjektiv empfundenen Gemeinwohl ohne jede Bereitschaft zum Diskurs allgemeine Gültigkeit zuzumessen, nicht dazu bei, das Vertrauen in die Zivilgesellschaft zu erhöhen.

Die Arbeit fast aller Verbände, ebenso aber auch der Vertretungen und Büros, die nationale Verbände in Brüssel unterhalten, leidet andererseits darunter, dass sie fast alle sehr klein und finanziell sehr schlecht ausgestattet sind und schon deshalb im Schatten der mächtigen Wirtschaftsverbände stehen. Darüber hinaus sind viele von ihnen von Subventionen der Europäischen Kommission oder der nationalen Regierungen abhängig, die durchaus diese Zwangslage nutzen, um die zivilgesellschaftlichen Vertreter zu gängeln, zu Wohlverhalten zu zwingen und, wenn sie das wollen, auch mit Sanktionen zu belegen. Hier wie überall offenbart sich zudem, dass Zivilgesellschaft prinzipiell heterogen und polyarchisch organisiert ist und zahlreiche von einander völlig unabhängige Akteure zu ihr gehören, die ganz konträre Positionen vertreten können. »Vertreter der Zivilgesellschaft«, wie sie sich Politik und Verwaltung als angeblich verlässliche Ansprechpartner wünschen würden, gibt es kaum, und wenn, ist ihr Verhandlungsmandat sehr eng gefaßt. Dies ist im Grundsatz nicht änderbar. Insbesondere im Rahmen der deliberativen Demokratie, also in der Vorbereitung möglicher hoheitlicher Entscheidungen bleibt deshalb den Gesprächspartnern oft nichts anderes übrig, als von sich aus zivilgesellschaftliche Akteure auszuwählen und einzuladen. Sich bemerkbar zu machen, um eingeladen zu werden, gehört insoweit zum Geschäft.

## STRACHWITZ: KANN ZIVILGESELLSCHAFT EUROPA?

EU und Europarat haben an solchen Gesprächen oft ein höheres Interesse als die meisten Regierungen der Mitgliedsstaaten. Allerdings gibt es durchaus einen Optimierungsspielraum für eine Professionalisierung, Bündelung und konzentrierte Präsentation von Positionen der europäischen Zivilgesellschaft gegenüber Dritten. Dass Regierungen dies, beispielsweise die deutsche, durch die Auswahl der Mitglieder des europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zusätzlich zu behindern suchen, ist nicht zu übersehen. Auch sonst verbindet sich mit der notwendigen Auswahl nicht selten eine Selektion nach subjektiven Gesichtspunkten. Dass sich beispielsweise die ungarische Regierung (aber nicht nur diese) eine eigene, abhängige, finanziell gut ausgestattete Zivilgesellschaft schafft, um unabhängige Akteure an den Rand zu drängen und in Europa behaupten zu können, es gäbe im Land eine blühende Zivilgesellschaft, paßt in dieses Bild. Allerdings führen solche Manöver erfahrungsgemäß immer zu Gegenbewegungen.

### Druck und Gegendruck

Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass zivilgesellschaftliches Engagement andere Akteure zum Handeln zwingen kann. Die organisierte Zivilgesellschaft ist eine der fünf Kräfte geworden, die dem Gefüge der Nationalstaaten, dem 1815 geschaffenen System, zu schaffen machen. Neben supranationalen Zusammenschlüssen, zugunsten derer die Nationalstaaten zum Teil schon vor vielen Jahrzehnten mit voller demokratischer Legitimation auf Souveränitätsrechte verzichtet haben, regionalen Bewegungen, die sich erfolgreich einen Teil der Macht zurückholen, der Macht des globalen Marktes, der grenzenlosen Kommunikation und der Selbstbehauptung des einzelnen Menschen, sind Akteure der Zivilgesellschaft heute aktive Mitgestalter der res publica und nehmen immer weniger Bezug auf nationale Begrenzungen.

Eine Nachfrage bei einem Teilnehmer an den (zivilgesellschaftlichen und nicht gewalttätigen) Protestaktionen beim G-20-Gipfel in Hamburg 2017, aus welchen Ländern die anderen Teilnehmer gekommen wären, löste Unverständnis aus. Die Polizeistatistik meldete als Herkunftsländer neben Deutschland vor allem Dänemark, die Niederlande, Schweden, Polen, die baltischen Länder, Rußland, aber auch Frankreich, Spanien und Italien. Für die beteiligte Zivilgesellschaft selbst war dies völlig belanglos. Identität und Loyalität gehörten und gehören der gemeinsamen Idee, für die es europa- oder weltweit zu kämpfen gilt, nicht der Behörde, die den Paß ausgestellt hat.

Insofern verwundert es kaum, dass sich zur Zeit die Anzeichen dramatisch dafür mehren, dass die um ihre Macht besorgten Staaten mit hoheitlicher Gewalt versuchen, den Handlungsraum von Bürgern und ihren Organisationen zu beschränken. ›Shrinking Space for Civil Society‹ oder knapper ›Shrinking Civic Space‹ sind zu Menetekeln geworden. Nicht nur in Ländern mit autoritären Regierungen, sondern durchaus auch in europäischen Staaten, deren Regierungen unablässig die schönen Worte wie ›Freiheit‹, ›Demokratie‹ oder ›Teilhabe‹ im Mund führen, mehren sich die Versuche, den Machtverlust des Staates aufzuhalten. Wo die Bürgerinnen und Bürger dagegen aufbegehren, nur summarisch als »Bevölkerung«, die irgendwo »draußen« zu finden sein soll, oder »noch schlimmer« als »breite Masse« tituliert zu werden, stoßen sie auf Widerstand.

### Fazit

Zu Europa gehört die europäische Zivilgesellschaft, aber auch deren Kampf gegen Marginalisierung, Abhängigkeit, Reduktion auf Dienstleistungen und die Verweigerung der Mitgestaltung. In der Vielfalt

ihrer Funktionen, als Themenanwälte, Wächter, Mittler, Orte der Eigeninitiative und Selbsthilfe, Solidaritätsstifter, angenommene Gemeinschaften und Ort der Sinnstiftung liegt ihre Daseinsberechtigung, Legitimation und Kraft.


Sollten die, die im 21. Jahrhundert vorgeben, den Willen des Volkes zu vollziehen, sich diese Kraft nicht besser zunutze machen – und zugleich nicht genauer hinhören, worin dieser Wille eigentlich besteht – nicht in folgenlosen Bürgerforen, sondern in intelligenten Prozessen? Europa in seiner wunderbaren Vielfalt bietet uns die Chance, exemplarisch eine neue Ordnung zu entwickeln, in der unterschiedliche Akteure ihren Platz haben, in der sozialer Wandel von allen mitgestaltet wird. Komplexe Prozesse sind, das wissen wir aus vielen Erfahrungen, organisierbar – und können außerordentlich effektiv und erfolgreich sein. Dazu kann Zivilgesellschaft Entscheidendes beitragen, denn – das hat sie bewiesen – sie kann Europa.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 5 vom 7.3.2019


### AUTOR

Der Politikwissenschaftler Dr. phil. Rupert Graf Strachwitz ist Vorstand der Maecenata Stiftung München und leitet das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft Berlin. Er hat vielfach zu Fragen der Zivilgesellschaft und zu Europa Stellung genommen.


Weitere Informationen

 [www.strachwitz.info](http://www.strachwitz.info)

Rupert Graf Strachwitz, Was machen wir mit Europa? Gedanken zum grossen europäischen Projekt nach dem Brexit-Votum. Berlin: Maecenata (Europa Bottom-Up Nr. 16), 2016

 [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/49381/2016\\_EBU\\_16\\_mit\\_urn.pdf?sequence=3](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/49381/2016_EBU_16_mit_urn.pdf?sequence=3)

Rupert Graf Strachwitz, 100 Jahre nach Versailles: Europa neu denken. Berlin: Maecenata (Observatorium Nr. 28), 2019

 [http://web.maecenata.eu/images/MO\\_28\\_Strachwitz.pdf](http://web.maecenata.eu/images/MO_28_Strachwitz.pdf)

JOCHEN BUTT-POŚNIK

## KULTURKAMPF HEIMAT/EN IN EUROPA?

### Einleitung

»Globalisten« nennt der AfD-Vorsitzende Gauland diejenigen Menschen, deren »Bindung [...] an ihr jeweiliges Heimatland schwach ist. In einer abgehobenen Parallelgesellschaft fühlen sie sich als Weltbürger. Der Regen, der in ihren Heimatländern fällt, macht sie nicht nass. Sie träumen von der one world und der Weltrepublik«. Dem gegenüber stellt er und mit ihm die neue populistische Rechte nicht nur in Deutschland traditionellere und teilweise abgehängte Bevölkerungsschichten; »diejenigen, für die Heimat noch immer ein Wert an sich ist und die als Erste ihre Heimat verlieren, weil es ihr Milieu ist, in das die Einwanderer strömen«.

Der Begriff »Heimat« ist somit im deutschsprachigen Diskurs umkämpft. Es stehen sich gegenüber: ein Heimatbegriff, der Vielfalt zulässt, Zugewanderten Mehrfachidentitäten und »Heimaten« ermöglicht und sich für europäischen Austausch und Globalisierung öffnet. Und die »Heimat« der Gaulands, Höckes u.a., die auf Ausschließung, Grenzziehung zwischen »uns« und »den Anderen« und völkisch-nationalistische Homogenisierung abzielt. Aber auch in anderen Ländern Europas finden sich ähnliche Konstellationen: Polens damaliger Außenminister Witold Waszczykowski äußerte sich 2016: »Als müsse sich die Welt nach marxistischem Vorbild automatisch in nur eine Richtung bewegen – zu einem neuen Mix von Kulturen

und Rassen, eine Welt aus Radfahrern und Vegetariern, die nur noch auf erneuerbare Energien setzen und gegen jede Form der Religion kämpfen. Das hat mit traditionellen, polnischen Werten nichts mehr zu tun«. Die polnische Opposition nahm den Ball auf und hat bei den Demonstrationen gegen den Abbau von Bürgerrechten durch die PiS-Regierung verlässlich Fahrräder dabei.

### »Anywheres« und »Somewheres«

Doch was ist dran an dem Bild des Kulturkampfes zwischen den »Anywheres« und »Somewheres«, den »Egal wo«- und »Irgendwo«-Menschen, wie sie der britische Autor David Goodhart nennt? Während die einen sich von einem EU-geförderten Projekt zum nächsten Studienaufenthalt in einer europäischen Großstadt bewegen, versauern die anderen in abgeschnittenen Regionen mit sinkenden Immobilienpreisen und schlechter Netzabdeckung? Als Kontaktstellen für europäische Förderprogramme, die kulturellen Austausch, Städtepartnerschaften, zivilgesellschaftliche Projekte u.v.m. unterstützen, stehen wir mitten in dieser Debatte: wer wird gefördert, wer setzt sich bei knappen Budgets durch? Fließt europäisches Geld nur zu den weltgewandten, kulturell aufgeschlossenen Eliten in Berlin und Hamburg oder auch zum Trachtenverein in der Oberlausitz? Denn das Paradigma der EU Kulturpolitik lautet »Einheit durch Vielfalt«. Wie kann diese Vielfalt verschiedene

Vorstellungen von Heimat(en) beinhalten? Oder größer gedacht: Wie können »Heimat« und »Heimaten« koexistieren und angemessen gesellschaftlich beteiligt sein?

### Die Wahrheit liegt in Bayern?

Die Wahrheit, bzw. die Brücke zwischen der globalistischen und kommunitaristischen Position findet sich vielleicht in Orten wie der bayrischen Gemeinde Vatterstetten: hier trifft sich ein engagierter Arbeitskreis der Partnerschaftsvereine auch aus den umliegenden Gemeinden, die Austausch mit den jeweiligen französischen, kroatischen, spanischen, äthiopischen etc. Partnerstädten planen und durchführen. Mal zum Stammtisch, mal zum (kroatischen) Kochkurs, mal wird ein Maibaum auf die Reise zur Partnerstadt geschickt. An der Partnerschaftsarbeit ist ein vielfältiger Durchschnitt der Bevölkerung beteiligt, unterschiedliche Altersgruppen und politische und berufliche Hintergründe sind vertreten. Nun ist die sogenannte Kontakthypothese bereits seit langem widerlegt, nach der durch den Kontakt mit einer anderen Kultur automatisch interkulturelle Kompetenz erworben werde. Und doch scheinen aktive ehrenamtliche Strukturen in der Partnerschaftsarbeit einen Weg zu weisen, wie sich Ortsgebundenheit und starker Bezug auf die lokale Heimat mit Interesse an Austausch und Offenheit für andere kulturelle Einflüsse verbinden lassen. Und sich dafür sogar EU-Mittel finden lassen...

### Von Heimat-Schecks und -Zeugnissen

Das Land Nordrhein-Westfalen hat neben Bayern als zweites Bundesland ein Heimatministerium geschaffen. Im Landesprogramm »Heimat.Zukunft.Nordrhein-Westfalen Wir fördern, was Menschen verbindet« des Ministeriums (das auch noch für die Bereiche Kommunales, Bau

und Gleichstellung zuständig ist) werden u.a. sogenannte Heimat-Schecks, Heimat-Zeugnisse und Heimat-Werkstätten gefördert. Ziel der Förderungen ist es »Menschen für lokale und regionale Besonderheiten zu begeistern, die positiv gelebte Vielfalt [...] deutlicher sichtbar werden zu lassen und das Interesse und die Offenheit gegenüber Neuem und anderem (sic) zu erweitern«. Auch hier geht es also um eine Verschränkung von Ortsgebundenheit und Tradition mit Diversität und Aufgeschlossenheit gegenüber neuen und fremden Impulsen und Menschen.

In dem sich auf europäischer Ebene immer stärker abzeichnenden Konflikt zwischen Staaten und politischen Bewegungen, die auf Nationalismus, Abgrenzung gegen Fremde und »illiberale Demokratie« (V. Orban) setzen und offenen Gesellschaften, die Migration und europäischer Zusammenarbeit positiv gegenüberstehen, könnte diese »dritte Position« auch für die europäische Zivilgesellschaft eine attraktive Option sein. Wer sagt denn, dass man sich entscheiden muss zwischen Weltoffenheit und dem Interesse, vor Ort den eigenen Lebensraum verbindlich kulturell und politisch mitzugestalten? Warum sollten nicht Heimatvereine und Migrantenselbstorganisationen neue Bündnisse eingehen, wenn es um Entscheidungen zum öffentlichen Raum, zu Treffpunkten, Bibliotheken, Parks etc. geht – also zu dem Rahmen, in dem Zusammenleben lokal gestaltet wird? Das würde demokratische Prozesse und Mitbestimmung stärken, Räume für Aushandlungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen öffnen und einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft leisten.

### KULTUR.MACHT.HEIMATen

Die Kontaktstelle »Europa für Bürgerinnen und Bürger« wird gemeinsam mit

## BUTT-POŚNIK: KULTURKAMPF HEIMAT/EN IN EUROPA?

dem Creative Europe Desk KULTUR (CED KULTUR) und der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. ein Forum auf dem 10. Kulturpolitischen Bundeskongress KULTUR.MACHT.HEIMATen zu diesem Thema durchführen. Im größeren Kontext wird es bei dieser Veranstaltung und der gesamten Debatte darum gehen, zu zeigen, dass niemand Angst haben muss, die »Heimat [zu] verlieren, weil es ihr Milieu ist, in das die Einwanderer strömen« (A. Gauland). Der »Kulturkampf um Heimat« ist ein von den Rechtsradikalen mit wenig aktualisierter Agenda aufgezwungener Diskurs. Für viele Akteure in Stadt und Land ist die Erkenntnis gesichert, dass Veränderung normal ist; dass Einwanderung, Austausch, Konflikte, Verteilungsfragen, Neuausrichtung, zum Zusammenleben in Demokratien dazu ge-


hören. Viele Projekte mit und ohne europäische Förderung belegen dies eindrücklich und sollen auf dem Bundeskongress vorgestellt werden. Das bedeutet »Heimat« im Europa des 21. Jahrhunderts.

Erschienen im BBE-Newsletter Nr. 5 vom 7.3.2019

### AUTOR

Jochen Butt-Pośnik ist Leiter der Kontaktstelle »Europa für Bürgerinnen und Bürger« bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Weitere Informationen

 [www.mhkgb.nrw/heimat/Heimatfoerderprogramm/index.php](http://www.mhkgb.nrw/heimat/Heimatfoerderprogramm/index.php)

 [www.kupoge.de](http://www.kupoge.de)



DAVID MCALLISTER

### EUROPAWAHL 2014, ENGAGEMENTPOLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT

I

Bürgerschaftliches Engagement und freiwilliger Einsatz für gemeinnützige Zwecke sind nicht nur bei uns in Deutschland ein wichtiges Thema. Vielmehr findet es in zunehmendem Maße in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verstärkte Beachtung. Um das bürgerschaftliche Engagement mehr in das Zentrum der europäischen Aufmerksamkeit zu rücken, hatte die Europäische Kommission das Jahr 2011 zum »Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit« ausgerufen.

In der Europäischen Union setzen derzeit rund 100 Millionen Menschen ihre Zeit und ihr Wissen ein, um der Gemeinschaft etwas zurückzugeben. Sie leisten damit einen herausragenden Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Das aktive Engagement ist ein wichtiger Bestandteil europäischer Lebenswirklichkeit geworden. Dies oftmals auch grenzüberschreitende Engagement zeigt uns zugleich, dass Europa mehr ist als ein wirtschaftliches Bündnis, mehr als der Binnenmarkt und die gemeinsame Währung. Wir Europäer sind durch gemeinsame kulturelle Wurzeln, die sehr wechselvolle Geschichte, und durch zahlreiche persönliche Kontakte eng miteinander verbunden.

Bürgerschaftliches Engagement ist einer der Grundpfeiler dieser europäischen Wertegemeinschaft. Unser Gemeinwesen ist auf das Engagement der Bürgerinnen

und Bürger angewiesen. Sie engagieren sich, weil es ihnen ein Anliegen ist, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten für das Gemeinwohl einzusetzen, sich untereinander oder auch den Schwächeren zu helfen, Gemeinschaft mit anderen Engagierten zu erfahren und Anerkennung zu erhalten. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, wo die Schaffung von Gemeinsinn und lebendigem Miteinander, aber auch von wechselseitigen Verpflichtungen, Vertrauen und Verantwortung besser erlebt werden können, als beim bürgerschaftlichen Engagement.

Gemeinsinn ist keine Frage des Alters oder des sozialen Status. Die Frauen und Männer, die sich engagieren, sind Schüler oder Senioren, stehen im Berufsleben oder befinden sich auf Arbeitssuche, sind verheiratet, haben Kinder oder leben als Single. Mit ihrem Engagement übernehmen diese Menschen gesellschaftliche Aufgaben, die der Staat in dieser Form nicht leisten kann. Ohne das selbstlose und nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtete Engagement kämen viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zum Stillstand.

Aufgrund der großen Bedeutung des Ehrenamtes gehört es für mich zu einer der wesentlichen Aufgaben von Staat und Politik, durch passende Rahmenbedingungen mögliche Hindernisse und Benachteiligungen beim Ehrenamt abzubauen, dem Engagement der Menschen Raum zu geben, es anzuerkennen und zu fördern.

Unser aller Leben wäre ärmer, würde es nicht die vielen Bürgerinnen und Bürger in Verbänden, Vereinen, Stiftungen, im kirchlichen oder sozialen Bereich geben, die sich freiwillig und nachhaltig engagieren. Oft sind es gerade die Schwächsten der Gesellschaft, denen mit diesem Einsatz geholfen wird. Dafür gebührt allen bürgerschaftlich Engagierten besonderer Dank und Anerkennung.

### II

Gerade in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise war und ist festzustellen, dass beim Thema »Europa« eher an die Krisenstaaten und Rettungspakete und viel zu wenig an die positiven Aspekte der europäischen Einigung gedacht wird. Um andere politische Themen, wie auch das Bürgerschaftliches Engagement, wieder mehr Aufmerksamkeit den Menschen zu widmen, wollen wir Christdemokraten uns verstärkt dafür einsetzen, gemeinsame Veranstaltungen, Workshops und Publikationen zu fördern, die über die Geschichte Europas, das Wertefundament der Europäischen Union und ihre Institutionen informieren. Die Weiterentwicklung der europäischen Integration kann nur mit einer engagierten Bürgerschaft gelingen, die Europa kennt, über die Europäische Union und ihre Entscheidungsprozesse Bescheid weiß und sich mit dem Werteverständnis und den Prinzipien der europaweiten Demokratie identifizieren kann.

Damit der Prozess der Europäischen Integration gelingt, ist es entscheidend, dass sich die Menschen verstärkt auch als Europäer fühlen und sich mit der Europäischen Union identifizieren. Der CDU ist es daher ein besonderes Anliegen, die Projekte im Rahmen der Begegnungskultur, des Jugendaustauschs sowie der Vernetzung von Partnerstädten weiter zu intensivieren.

Gerade die Städtepartnerschaften in Europa sind ein schönes Symbol eines bürgerschaftlichen Engagements, das unsere Völker verbindet. Sie sind ein Band zwischen den Menschen. Die Partnerschaften zwischen deutschen und Städten in anderen Ländern wollen wir deshalb ausbauen. Mehr als 5.000 Partnerschaften sind ein starkes Zeichen für lebendige Begegnungen zwischen den Menschen. Unzählige Bürger haben durch die Städtepartnerschaften Kontakte und Freundschaften über die Grenzen hinweg schließen können, haben andere Länder und Kulturen kennengelernt – und zugleich erfahren, was uns Europäer verbindet. Auch dies wird in der Regel nur möglich durch großen ehrenamtlichen Einsatz, dessen Bedeutung wir für das Zusammenwachsen Europas gar nicht hoch genug einschätzen können.

Um die europäische Bürgerschaft weiter zu stärken, unterstützt die CDU die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Hierzu zählen zum Beispiel Forschungseinrichtungen, Netzwerke, Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, kulturelle, kirchliche, karitative und soziale Organisationen sowie aus dem Bereich des freiwilligen Engagements. Wenn es darum geht Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenzuführen, nimmt der Sport eine zentrale Rolle ein. Ich begrüße es daher sehr, wenn Sportvereine und Sportverbände mit ihren Aktivitäten grenzüberschreitende Kontakte ermöglichen.

Damit gerade auch jungen Menschen die Chance für eine echte Beteiligung an der Weiterentwicklung eines neuen Europas gegeben wird, setzen wir uns für den Ausbau der Europäischen Freiwilligendienste ein. Die Ausweitung der Freiwilligendienste bedeutet, dass Arbeitsplätze, die beispielsweise für Pflege oder ähnliche

Dienste zur Verfügung gestellt werden, nun auch von Freiwilligen besetzt werden können. Ehrenamt bedeutet mehr Menschlichkeit, mehr Nächstenliebe, mehr Zeit für Bedürftige, aber niemals die Erfüllung von Kernaufgaben. Es geht um ergänzende und zusätzliche Hilfestellung.

### III

Die CDU will ein partnerschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Wir setzen uns ausdrücklich dafür ein, die Bürger aktiv an der Gestaltung europäischer Politik zu beteiligen. Daher wollen wir das Konsultationsverfahren der Europäischen Union und die Beteiligung an EU-Programmen weiterentwickeln. Als Instrument für politische Partizipation ist die Europäische Bürgerinitiative (EBI) besonders wichtig. Seit dem 1. April 2012 ist es möglich, dass eine Million EU-Bürger die Europäische Kommission auffordern können, sich mit einem Thema zu befassen oder eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Als Instrument für die unmittelbare Beteiligung der Bürger an europäischer Politik gilt sie als Meilenstein.

Über die Frage nach mehr politischer Partizipation, wollen die Bürger Europas auch mehr Mitspracherechte bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Vorhaben ein Eingriff in ihr Lebensumfeld oder ihre Lebensqualität bedeuten. Durch die zunehmenden Forderungen nach mehr Beteiligung ist deutlich sichtbar geworden, dass die Menschen sich nicht ausreichend in politische Entscheidungs- und Reformprozesse eingebunden fühlen. Für Parteien und Politiker bedeutet dies, dass sie in den letzten Jahren zunehmend mit neuen Bürgerbewegungen mit großem politischem Selbstbewusstsein konfrontiert sind.

So begrüßt die CDU ausdrücklich den Wunsch der Menschen nach mehr Mitwirkung bei der Umsetzung von Bauvorhaben. Einen ersten Schritt in die richtige Richtung haben wir in Deutschland im März 2013 durch das neue Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren vorgenommen. Nun gilt es, dass in ganz Europa die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung transparenter gestaltet und die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

Für die CDU ist es dabei wichtig, dass Bürgerbeteiligung am Anfang von großen Infrastrukturprojekten steht, also noch vor dem Beginn des eigentlichen Genehmigungsverfahrens. Es muss den Initiatoren der Beteiligungsprozesse darum gehen, dass, solange noch Planungsoffenheit besteht, möglichst viele Meinungen und Argumente an einem Tisch vertreten sind. Denn Vertrauen kann nicht verordnet werden, sondern entsteht am besten durch aktive Mitwirkung und Mitgestaltung.

Es ist wichtig, den Bürgern in ganz Europa zu vermitteln, dass Veränderungen auch neue Chancen mit sich bringen. Wir müssen gemeinsam an der Weiterentwicklung unseres Landes und der Europäischen Union mitarbeiten. Ein starkes Europa ist dabei von großer Bedeutung, um in der globalisierten Welt konkurrenzfähig zu sein sowie unsere Werte und Interessen durchsetzen zu können. Nur mit und in der Europäischen Union werden wir den sich schnell ändernden Bedürfnissen und Herausforderungen in dieser Welt gerecht werden.

Die CDU hält dabei an ihrem Leitbild der aktiven europäischen Bürgergesellschaft fest und wird sich hierbei auch weiterhin für die Stärkung und Förderung aller Ausdrucks- und Organisationsformen einsetzen.


## MCALLISTER: EUROPAWAHL 2014, ENGAGEMENTPOLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten  
Nr. 3 vom 26.3.2014.

### **AUTOR**

David McAllister ist Spitzenkandidat der  
CDU Deutschland für die Europawahl

2014. Seit 2008 ist er Landesvorsitzender  
der CDU in Niedersachsen, und er war von  
2010 bis 2013 Niedersächsischer Minister-  
präsident.

Weitere Informationen  
 [www.mcallister.de](http://www.mcallister.de)

OTHMAR KARAS, MDEP

## EUROPÄISCHES PARLAMENT – DIE BÜRGERKAMMER EUROPAS

Europa steht 2014, im Jahr der Europawahl, unbestritten vor großen Herausforderungen:

Nach außen gilt es, die Grundlagen für das europäische Lebensmodell zu sichern. Im Wettbewerb mit globalen Wirtschaftsmächten, allen voran mit China, muss Europa wettbewerbsfähig sein. Wettbewerbsfähigkeit ist kein Selbstzweck, sondern die Zukunftsversicherung für Europa. Wir müssen deshalb mit großer Kompetenz Europas globale Wettbewerbsfähigkeit Schritt für Schritt verbessern. Ein starkes Europa ist die unverzichtbare Grundlage für breiten Wohlstand und soziale Sicherheit in den Mitgliedstaaten. Europa schützt und nützt uns.

Nach innen steht die Europäische Union an einem Wendepunkt zwischen Weiterentwicklung und Stagnation - oder gar Rückschritt. Rechts- und Linkspopulisten führen uns mit ihren Forderungen nach Re-Nationalisierung oder noch mehr Regulierung nur in Sackgassen.

Ein Nein zu Euro und Europa wäre verantwortungslos und ein gefährlicher Irrweg. Mehr Export, mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze, eine stabile Währung: Das soll auch in Zukunft so sein. Die Kritik an zu vielen Normen und Vorschriften aus Brüssel ist in manchen Bereichen berechtigt. Europa muss sich auf die großen Herausforderungen konzentrieren, die nur gemeinsam gelöst werden können. Die Bür-

gerinnen und Bürger und auch die Unternehmerinnen und Unternehmer müssen dabei stärker eingebunden werden.

Dabei spielt das Europaparlament eine Schlüsselrolle. Seit 2009 agiert das Parlament in vielen Fragen auf Augenhöhe mit Rat und Kommission. Wir haben viel erreicht, das den Bürgerinnen und Bürgern nutzt: niedrigere Handy- und Roaming-Gebühren, weniger Bürokratie für Unternehmen, mehr Bildungsaustausch für die Jungen. Diesen Kurs will ich konsequent fortsetzen. Mit einem starken Parlament, an dem in Europa niemand vorbei kommt. Mein großes Anliegen ist es, dass künftig keine Entscheidung in Europa am direkt gewählten Europaparlament vorbei fallen soll. Das Europäische Parlament ist DIE Bürgerkammer Europas. 754 Abgeordnete vertreten über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger und sichern die demokratische Legitimierung vieler Entscheidungen auf europäischer Ebene. Leider beobachtete ich in jüngster Vergangenheit immer wieder den Versuch, das demokratischste Organ der EU, das Europäische Parlament, zu umgehen. Es ist daher höchste Zeit eine öffentliche Debatte über die Rolle der Parlamente in Europa zu führen.

Meine Arbeit als Vizepräsident im Europaparlament widme ich drei zentralen Themen:

- Das Europäische Parlament muss für den Bürger noch sichtbarer werden, um dessen Rolle und Aktivitäten bes-

ser zu verstehen. Dies hilft auch dabei zu erkennen, warum eine verstärkte Europäische Integration gut für die Menschen, die Gesellschaft und unsere Wirtschaft ist.

- Wir machen Parlamentarismus gemeinsam mit den Parlamenten in den Mitgliedstaaten wieder zum Thema.
- Das Europäische Parlament muss stärker am Prozess der globalen Steuerung und bei EU-Verfassungs- bzw. Vertragsänderungen beteiligt sein.

Bis zu 80% der nationalen Gesetzesvorlagen haben ihren Ursprung auf europäischer Ebene. Viele davon erleichtern und bereichern den Alltag der Unionsbürger, sei es die gemeinsame Währung, die Reisefreiheit oder die Stärkung des grenzüberschreitenden Konsumentenschutzes. Dass diese Vorteile den Bürgerinnen und Bürgern nicht immer so bewusst sind, ist einerseits Folge wachsender Nationalismen in den Mitgliedstaaten und andererseits auch des Versagens in der Kommunikation europäischer Erfolge. Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, stärker zu zeigen, was der Mehrwert einer gemeinsamen europäischen Rechtsgrundlage für uns alle ist und will Erfolgsprojekte vor den Vorhang holen.

Seit einigen Jahren bin ich neben meiner politischen Tätigkeit im Europäischen Parlament Sprecher des überparteilichen Bürgerforum Europa 2020. Gemeinsam versuchen wir Themen aufzugreifen, die uns als Bürger und Bürgerinnen Europas betreffen. Es braucht neben politischem Leadership überparteiliche Foren, in de-


nen konkrete Herausforderungen und Perspektiven des europäischen Prozesses diskutiert und konkretisiert werden, um dann in den politischen Prozess einfließen zu können. Das Bürgerforum Europa 2020 bietet eine solche Plattform für eine offene und unabhängige Diskussion.

Die europäische Idee ist für unsere Zukunft wichtiger denn je: Gemeinsam mehr bewirken. Gemeinsam Probleme lösen, die für einen Staat allein zu groß sind. Gemeinsam in der Welt stark sein. Gemeinsam statt gegeneinander arbeiten, das ist der Kern der europäischen Idee. Sie ist aktueller denn je. Und genau deshalb ist die Europawahl 2014 auch so wichtig.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 26.3.2014.

### AUTOR

Othmar Karas, seit 2012 einer der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, ist Spitzenkandidat der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) bei der Europawahl 2014 und seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments. In Brüssel ist er seit 2006 - mit einer kurzen Unterbrechung - Chef der ÖVP-Abgeordneten im EU-Parlament. 2010 gründete er das überparteiliche »Bürgerforum Europa 2020«, das sich für eine stärkere Beteiligung von Bürgern an der EU-Politik einsetzt und dessen Sprecher er bis heute ist.

Weitere Informationen  
 [www.othmar-karas.at](http://www.othmar-karas.at)

INTERVIEW MIT MARKUS FERBER, MDEP

## EUROPAWAHL 2014: ENGAGEMENTPOLITISCHE KRITERIEN UND VORHABEN

BBE: Engagementpolitik hat viele Facetten: Gestaltung der Rahmenbedingungen und Förderung von Ehrenamt, Partizipation, Stiftungen, Vereinen und anderer Bereiche der privaten Beiträge zum Gemeinwohl. Welche Rolle spielt das Thema Bürgerschaftliches Engagement bzw. Engagementpolitik im derzeitigen CSU-Europawahlprogramm?

Markus Ferber, MdEP: Bürgerschaftliches Engagement ist in allen genannten Bereichen enorm wichtig. Das Thema Subsidiarität halten wir im Europawahlkampf für besonders wichtig. Es darf keinen bürokratisierten und zentralisierten europäischen Superstaat geben. Stattdessen setzen wir auf ein Europa der Regionen, das nah bei seinen Bürgern ist. Gerade unter dieser Prämisse spielt das bürgerschaftliche Engagement eine herausragende Rolle. Nur durch engagierte Bürger, die sich in der Gesellschaft einbringen und sich für das Gemeinwohl einsetzen, kann eine Gesellschaft wachsen.

Auch bei der praktischen Durchführung des Wahlkampfes sind wir auf viele engagierte Helfer angewiesen, die unsere Überzeugungen den Bürgerinnen und Bürgern näherbringen. Deren Arbeit kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

BBE: Was könnte die EU von der bayerischen Engagementförderung lernen?

Markus Ferber, MdEP: Ich denke, dass Bayern auch in diesem Gebiet sehr gut

aufgestellt ist. Mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern LBE beispielsweise, das vor über 10 Jahren gegründet wurde, ist es möglich, die unterschiedlichen Facetten des Engagements besser zu verknüpfen und zu koordinieren. Das LBE verfügt über ein etabliertes und ausgezeichnetes Programm zur Engagementförderung. Mit dem breit gefächerten Angebot an Weiterbildungsseminaren zur Förderung und bestens ausgebildete Referenten steigt auch die Qualität des Ehrenamtes und es entsteht gewissermaßen eine win-win-Situation zwischen dem Ehrenamtlichen, der sich weiterbildet, und der Gesellschaft, die von jenem Wissen profitiert.

Auf diese Weise gelingt es natürlich hervorragend, Brücken zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten zu bauen und anfängliche Berührungsängste abzubauen. Genau das ist ja das Ziel der Europäischen Union: Grenzen abbauen und mit einer gemeinsamen Politik ein starkes Europa bilden.

BBE: Was war aus ihrer Sicht der wichtigste Beitrag des Europäischen Parlaments zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in den vergangenen Jahren?

Markus Ferber, MdEP: In diesem Zusammenhang ist mit Sicherheit das Jahr 2011 als »Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit«, das vom Europäischen Parlament mit beschlossen wurde, zu nennen. Hier

gelang es, die Aufmerksamkeit für Freiwilligenorganisationen zu erhöhen und die Verdienste der Ehrenamtlichen auf europäischer Ebene besser zu würdigen.

Auch das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« liefert dazu einen wichtigen Baustein. Das Europäische Parlament hat am Ende des vergangenen Jahres für eine Fortführung des Programms bis 2020 gestimmt. Mit diesem Programm hat jeder einzelne engagierte Bürger die Möglichkeit, an der Europäischen Einigung, welche den Kontinent seit dem Zweiten Weltkrieg prägt, aktiv teilzunehmen. So entsteht ein aktiver Dialog zwischen der Zivilgesellschaft und den verschiedenen EU-Organen, von dem am Ende alle profitieren.

BBE: Welche Rolle sollte die Zivilgesellschaft im Entscheidungsprozess sowie bei der Entwicklung und Durchführung von wichtigen Gesetzesvorhaben der Europäischen Union spielen?

Markus Ferber, MdEP: Ich bin der Meinung, dass der Bürger hier noch mehr eingebunden werden muss. Ich begrüße diese Entwicklung, die im Vertrag von Lissabon festgeschrieben ist. Demnach ist es seit 2009 jedem Bürger der EU möglich, Europäische Petitionen zu initiieren. Dieses Instrument der Europäischen Bürgerinitiative sollten wir weiter stärken.

Was wir brauchen ist ein bürgernahes Europa. Europäische Rechtsakte haben einen großen Einfluss auf das Leben der Bürger in Europa. Angesichts dessen sollten die Menschen in Europa einen möglichst großen Einfluss auf die europäischen Gesetzgebungsprozesse erhalten.

BBE: Sollte das neugewählte EU-Parlament die Rahmenbedingungen für das Engagement und die Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger stärken und wenn ja wie?

Markus Ferber, MdEP: Wir müssen erreichen, dass Europas Bürger bei wichtigen Entscheidungen direkt eingebunden werden. Wann immer Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen werden sollen, die Gemeinschaft um weitere Mitglieder erweitert werden soll oder neue finanzielle Belastungen für den deutschen Steuerzahler entstehen sollen, müssen die Bürger in einer Volksabstimmung Gehör finden. Das Vorbild Bayerns zeigt, dass direkte Mitwirkungsmöglichkeiten den politischen Prozess bereichern können und größere Akzeptanz für strittige Entscheidungen schaffen kann.

BBE: Auf Bundesebene und in allen Bundesländern gibt es Stabsstellen, (Unter)Ausschüsse, Staatssekretäre oder Staatsminister, die für bürgerschaftliches Engagement ausdrücklich zuständig sind. Die Weltbank hat seit Jahren ein eigenes »Civil Society Team«. Wäre es an der Zeit, entsprechende Strukturen auf europäischer Ebene zu schaffen und wie könnten diese aussehen?

Markus Ferber, MdEP: Es ist sehr zu begrüßen, dass es auf allen Ebenen im politischen System feste Institutionen gibt, die sich mit bürgerschaftlichem Engagement beschäftigen. Die Interessen der ehrenamtlich Tätigen haben gerade wir Abgeordneten im Europäischen Parlament stets fest im Blick und setzen uns für gute europäische Rahmenbedingungen ein.

Bürgerschaftliches Engagement lebt aber gerade von der Nähe zu den Strukturen, Institutionen und Menschen vor Ort. Deshalb bin ich skeptisch, ob es auf europäischer Ebene noch eine weitere Instanz braucht, die dann sehr weit weg von den Bürgern wären. Der Ausschuss der Regionen, der mit dem Vertrag von Maastricht geschaffen wurde, könnte aber durchaus zu einer solchen Einrichtung weiterentwickelt werden.



Das Interview wurde von Nino Kavelashvili, Koordinatorin der BBE-Europa-Nachrichten, vorbereitet.

#### **AUTOR**

Markus Ferber ist seit 1994 Mitglied und 1999 Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament. Zudem ist Markus Ferber seit 2000 Landesvorsitzender der Europa-Union Bayern und seit 2013 Sprecher des Parlamentskreises Mit-

telstand im Europäischen Parlament. Seit Beginn seiner Arbeit im Europäischen Parlament ist er im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) aktiv. Er engagierte sich ebenso in den Ausschüssen für Forschung, Technologie und Energie, Haushalt sowie Haushaltskontrolle. Dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) gehört Markus Ferber seit 2009 an.

Weitere Informationen

 [www.markus-ferber.de](http://www.markus-ferber.de)

UDO BULLMANN, MDEP

## EUROPAS WEG AUS DER VERTRAUENSKRISE: DEMOKRATIE, ZIVILGESELLSCHAFT, ZUSAMMENHALT

Das europäische Projekt befindet sich in einer echten Vertrauenskrise. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben in der Wahrnehmung der Menschen aus dem Friedens- und Hoffungsprojekt Europa zunehmend eine Bedrohung werden lassen. Viele fühlen sich regelrecht überrollt. Europa verliert bei den Menschen immer mehr an Akzeptanz.

Dieser Vertrauensverlust besteht übrigens trotz der unbestrittenen Erfolge Europas. Die Sicherung des Friedens, der Wegfall der Grenzen, die Schaffung einer gemeinsamen Währung oder die Vorteile des gemeinsamen Binnenmarktes wären ohne die Europäische Union (EU) undenkbar. Trotz aller akuten Probleme, Herausforderungen und Schwierigkeiten - wir haben heute ein Ausmaß an Freiheit, Wohlstand und Frieden erreicht, wovon unsere Vorfahren nicht einmal zu träumen gewagt hätten. Wie kann es sein, dass sich dennoch immer mehr Menschen von Europa abwenden?

### Krise erschüttert Vertrauen der Menschen

Meine Meinung: Diese Frage kann nur beantworten, wer einen genauen Blick auf die Politik der EU-Staaten in den vergangenen Jahren wirft. Der Ausgangspunkt ist dabei die Weltfinanzkrise 2007/2008. Sie hat uns allen vor Augen geführt, dass es ein Weiter-So mit unserem Finanzsystem nicht geben darf. Die Reparaturkosten dieser Krise waren enorm. Die zur Ban-

kenrettung aufgelegten Hilfspakete haben unvorstellbare Ausmaße angenommen. So haben Europas Staaten in Form von Garantien und Direkthilfen 4.600 Milliarden Euro zur Rettung von Banken veranschlagt. Dieser Betrag entspricht in etwa einem Drittel der EU-Wirtschaftskraft.

Die Folge dieser Bankenrettungspolitik: Ein massiver Anstieg der Staatsverschuldung in Europa. Nur vor diesem Hintergrund ist die Heftigkeit der Eurokrise zu verstehen. Sie hat nach der groß angelegten Bankenrettung der Jahre 2008 und 2009 die Menschen weiter verunsichert: In den Geberländern besteht die Angst, unkalkulierbare Risiken einzugehen; in den Nehmerländern wird Europa nur noch als Sparkommissar wahrgenommen. Die Spaltung unseres Kontinents nimmt dadurch zu und findet in der Entsolidarisierung von Europas Völkern ihren traurigsten Ausdruck.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist auch das unzureichende Krisenmanagement der EU-Staatenlenker. Zentrale Entscheidungen wurden im Hauruck-Verfahren über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen. Öffentliche Debatten waren ebenso Fehlanzeige wie eine effektive demokratische Kontrolle durch europäische oder nationale Volksvertreter.

Die Konsequenz dieser Hinterzimmer-Politik liegt auf der Hand. In der Krise hat Europa einen großen Teil seines wichtigsten

Kapitals verspielt: Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.

### Europa demokratisieren

Wie kann Europa verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen? Ich glaube hierzu ist allen voran eine grundlegende Demokratisierung des europäischen Projekts notwendig. Meine feste Überzeugung ist: Die Menschen werden sich erst dann wieder für Europa begeistern, wenn sie bei der politischen Gestaltung unseres Kontinents klaren Durchblick gewinnen und mehr mitentscheiden können.

Um diese Mitbestimmung möglich zu machen, müssen zwei Hebel in Bewegung gesetzt werden. Zum einen muss es um eine stärkere Legitimation europäischer Politik durch den Souverän gehen. Das kann nur herbeigeführt werden, wenn in der EU das Zusammenspiel aus Europäischer Kommission, Europäischem Parlament und den Mitgliedstaaten demokratisiert wird. Das bedeutet für Europa insbesondere bestehende bürokratische Verkrustungen aufzubrechen. So muss die Europäische Kommission in absehbarer Zeit zu einer politischen Regierung ausgebaut werden, die vom Europäischen Parlament kontrolliert wird. Das Europäische Parlament als Volkshaus und der Ministerrat als Staatenhaus sind zwei gleichberechtigte Gesetzgebungskammern, in denen europäische Herausforderungen auf transparente Weise entschieden werden müssen. Europapolitik vollständig demokratisieren muss die Devise lauten. Denn zwischenstaatliche Vereinbarungen auf bürokratischer Ebene können kein Ersatz für demokratische Verantwortung sein. Die Euro-Rettungspolitik ist hierfür ein trauriger Beleg.

Aber: Mehr Demokratie und mehr Mitbestimmung für Europa darf nicht ausschließlich das Institutionengefüge der

EU betreffen. Eine demokratische Erneuerung Europas kann vielmehr nur dann gelingen, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger – so denn sie es denn wollen - auch aktiv in die Gestaltung Europas einbringen können. Deshalb kommt der Schaffung von Freiräumen für zivilgesellschaftliches Engagement auf europäischer Ebene eine zentrale Rolle zu. Dies ist der zweite Hebel, um den Menschen Mitbestimmung bei Europas Gestaltung zu ermöglichen.

Klar: Die Schaffung von derlei Freiräumen ist mit einer Reihe von Problemen verbunden. Es dürfte schwierig werden, den vielfältigen Formen und auch Zielen zivilgesellschaftlichen Engagements gerecht zu werden. So sind die Bedürfnisse von mit Brüssel konfrontierten regionalen oder lokalen Initiativen sicherlich andere als die Bedürfnisse von ohnehin europäisch agierenden Nichtregierungsorganisationen. Kurzum: Einen Masterplan dürfte es nicht geben.

Aber: Wir können in Europa in Sachen Beteiligung der Zivilgesellschaft durchaus auf vorhandene Instrumente und Erfahrungen zurückgreifen. Denn entgegen der landläufigen Meinung sind die EU-Institutionen durchaus daran interessiert, die Praxis eigenen Regierens mit Engagement, Ideen und Anregungen der Zivilgesellschaft zu verknüpfen.

### Zivilgesellschaftliche Beteiligung in der EU

Ein (im Übrigen bereits seit Längerem bestehendes) Beispiel für dieses Interesse dürfte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sein (EWSA). Er wurde 1957 eingerichtet und ist ein beratendes Organ der EU. Seine Kernaufgabe: Er kommentiert in einem rechtlich abgesteckten Rahmen die EU-Gesetzgebung und bringt zivilgesellschaftliche Perspektiven ein. Der EWSA sieht sich selbst in einer Brücken-

funktion zwischen EU und Zivilgesellschaft. Seine über 350 Mitglieder stammen zu je einem Drittel aus dem Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbereich sowie aus verschiedenen Interessengruppen (etwa Verbraucherschutzorganisationen sowie Familienverbänden). Der Status des EWSA ist in den EU-Verträgen fest verankert. Das verschafft ihm Handlungsspielraum gegenüber den politischen Entscheidern. Doch leider hat die EWSA-Konstruktion ein großes Manko: Die Mitglieder des Gremiums werden in einem intransparenten Verfahren vom Rat nominiert. Eine Beteiligung des Parlaments erfolgt leider nicht.

Der EWSA als Instrument bietet insbesondere der organisierten Zivilgesellschaft eine Plattform. Das zeigt sich in seiner Mitgliedschaftsstruktur. Demgegenüber dürfte das ebenfalls in den EU-Verträgen verankerte Europäische Bürgerbegehren sicherlich breitere Bevölkerungsschichten ansprechen. Und: Das Bürgerbegehren ist sogar ein zivilgesellschaftliches Instrument, das gesetzgeberische Initiativen anstoßen kann. Es ist eine Aufforderung an die Europäische Kommission, einen Gesetzesvorschlag zu einem bestimmten Thema zu initiieren, sofern die Zuständigkeit hierfür bei der EU liegt. Dabei muss das Bürgerbegehren mindestens von einer Million EU-Bürgerinnen und Bürger aus mindestens sieben der 28 Mitgliedstaaten unterstützt werden. Welche politische Kraft in diesem Instrument steckt, hat sich bei der Right2Water-Initiative gezeigt. Sie wurde gegründet, um ein EU-weites Gesetz gegen die Privatisierung der Wasserwirtschaft zu initiieren. Bis auf den heutigen Tag hat die Initiative europaweit zwei Millionen Unterschriften sammeln können.

An der Right2Water-Initiative lassen sich die Stärken und Schwächen des Europäischen Bürgerbegehrens ganz gut ablesen.

Denn: Zum einen scheint das Bürgerbegehren bis auf weiteres formal gescheitert zu sein. Die EU-Kommission hat ihre Nicht-Zuständigkeit erklärt. Sie könne keine gesetzlichen Verbote für Bestrebungen zur Wasserprivatisierung verabschieden. Das schafft bei den tausenden von ehrenamtlich Engagierten ebenso Enttäuschung wie bei den Bürgerinnen und Bürgern, die die Initiative mit ihrer Unterschrift unterstützt haben. Sie fragen sich womöglich: Wozu sich für ein Bürgerbegehren einsetzen, wenn es doch keine Konsequenzen mit sich bringt.

Aber auf der anderen Seite ist die Right2Water-Initiative politisch ein voller Erfolg. Sie konnte monatelang die europapolitische Agenda dominieren, hat unterschiedliche politische Strömungen unter einem Dach vereint und war sicherlich einer der zentralen Gründe, warum die zeitgleich zum Begehren verabschiedete EU-Konzessionsrichtlinie nicht auf den Wassersektor angewandt wurde. Das zivilgesellschaftliche Engagement der Initiative hat insofern jenseits aller formalen Ergebnisse ihr Ziel erreicht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Regierungen in Europa oder die Kommission sich in absehbarer Zeit animiert fühlen, die Privatisierung der Wasserversorgung zu unterstützen.

Ich habe mit dem EWSA sowie dem Europäischen Bürgerbegehren zwei Instrumente zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements im EU-Kontext herausgegriffen und mit ihren Vor- und Nachteilen skizziert. Man könnte jedoch diese kleine Liste beliebig erweitern. Erwähnt sei hier die überaus lebendige Städtepartnerschaftsbewegung in Europa, ohne die der Integrationsprozess unseres Kontinents gar nicht denkbar wäre und die heute noch einen Eckpfeiler europäischen Engagements bildet. Oder man denke an die Online-Konsultationen der Europäischen

Kommission, bei denen »einfache« Bürgerinnen und Bürger detaillierte Anregungen oder Kritik zu laufenden Gesetzgebungen hinterlegen können. Entscheidend für die Zukunft zivilgesellschaftlichen Engagements in Europa wird jedoch aus meiner Sicht etwas Anderes sein: Ein neuer Sinn für Europa, ein neues Projekt.

### Schlüssel zum Erfolg: Ein gemeinsames Projekt


Eine Demokratisierung politischer Entscheidungsprozesse in der EU sowie der Ausbau zivilgesellschaftlicher Beteiligung müssen meiner Erachtens die Grundlage für eine Erneuerung des europäischen Weges bilden. Die Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft muss zudem aus meiner Sicht mit einem inhaltlichen Projekt verbunden werden. Denn Europa war in seiner Geschichte immer dann stark, wenn es mit einem konkreten Projekt verbunden war. Dabei wurde die europäische Integration von den Menschen zu unterschiedlichen Zeiten aus unterschiedlichen Motiven heraus politisch getragen und gewollt. Deutsche oder Franzosen verbanden mit Europa die Aussicht auf dauerhaften Frieden, Spanier oder Griechen die Hoffnung auf dauerhafte Demokratisierung, Polen oder Tschechen die Sicherung dauerhafter Selbstbestimmung in einer Familie der Demokraten. Auf eine Frage jedoch, die alle Europäer beschäftigt, ist Europa bisher die Antwort schuldig geblieben: Wie können wir in der Europäischen Union gemeinsam mehr Gerechtigkeit schaffen?

Ich denke, dass wir die Beantwortung dieser Frage zum neuen Projekt unseres Kontinents machen sollten. Wir sollten Europa neuen Schwung verleihen, indem wir es stärker von den Menschen her denken und als soziales Projekt gestalten. Denn Europas Werte wie Demokratie, Frieden, Freiheit oder Selbstbestimmung kommen nur dann für Alle zur vollständigen Entfaltung, wenn es uns gelingt, ein faires Miteinander für jede und jeden erfahrbar zu machen. Und welches Feld würde sich für zivilgesellschaftliches Engagement auf breiter Front besser eignen als das Eintreten für Zusammenhalt?

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 26.3.2014.

### AUTOR

Udo Bullmann, seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments ist seit 2012 Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten. Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt im Schnittpunkt zwischen Wirtschafts-, Finanzmarkt- und Beschäftigungspolitik. Er ist seit 1999 Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON). Darüber hinaus arbeitet er als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL). Zudem gehört Udo Bullmann der paritätischen parlamentarischen Versammlung der EU mit den Staaten des afrikanischen, pazifischen und karibischen Raums, kurz AKP, an.

Weitere Informationen  
 [www.udo-bullmann.de](http://www.udo-bullmann.de)

REBECCA HARMS, MDEP

## EUROPAWAHL 2014, ENGAGEMENTPOLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT

Angefangen hat meine persönliche politische Geschichte mitten in der zivilgesellschaftlichen Bewegung. Seit Ende der 70er Jahre bin ich aktiv in der Anti-Atombewegung. Mein Herz hängt besonders an der Bürgerinitiative gegen das atomare Endlager Gorleben bei mir zu Hause im niedersächsischen Wendland. Dort liegen meine Wurzeln. Erst nach langen Jahren in der Bewegung bin ich 1994 zum ersten Mal in ein Parlament, damals in den niedersächsischen Landtag, gewählt worden.

Dort habe ich auch erfahren, dass dieses Engagement Politik verändern und Erfolg haben kann. Der Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland ist sicherlich den Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima geschuldet, aber er ist auch ein Verdienst all derer, die jahrzehntelang auf die Gefahren dieser Technologie hingewiesen und für den Ausstieg gekämpft haben. Auch wir Grüne konnten immer dann wirklich erfolgreich Veränderungen vorantreiben, wenn sie von gesellschaftlichen Mehrheiten getragen wurden oder zumindest eine gesellschaftliche Unterstützung genossen, die weit über das grüne Wählerpotenzial hinaus gingen. Dafür ist der Atomausstieg ein Beispiel, aber auch der Widerstand gegen genveränderte Lebensmittel in der EU.

Bis heute sind mir meine Verbindungen in die Zivilgesellschaft wichtig und für meine Arbeit in Brüssel unersetzlich. Das Gesetze-Machen auf europäischer Ebene wäre

ohne eine enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen überhaupt nicht möglich. Egal ob beim EU-weiten Atomausstieg, im Engagement gegen das geplante EU-USA-Freihandelsabkommen oder beim Streit um eine ehrgeizige und nachhaltige Energie- und Klimapolitik – wir sind in ständigem Kontakt mit denen, die außerhalb von politischen Strukturen für unsere gemeinsamen Ziele kämpfen.

Dass dieses Zusammenspiel funktioniert, zeigen Erfolge aus den vergangenen fünf Jahren: Erst durch die massiven Proteste, die in Polen begannen und sich über mehrere EU-Mitgliedsländer verbreiteten, stieg im Europäischen Parlament 2011/2012 die Aufmerksamkeit für und die Skepsis gegen das multilaterale Anti-Piraterie-Abkommen ACTA, das die Freiheit der Internet-Nutzer erheblich eingeschränkt hätte. Ohne den Druck aus der Bevölkerung wäre das Abkommen vermutlich im EU-Parlament durchgewunken worden. Wir Grüne haben die Argumente aus der Bewegung ins Parlament getragen und uns sehr über die deutliche Ablehnung über die Fraktionen hinweg gefreut. Es war das erste Mal, das sich das Europäische Parlament überhaupt gegen ein bereits verhandeltes und von der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten zunächst gewolltes Abkommen ausgesprochen hat.

Ein weiteres gutes Beispiel für den Einfluss der Zivilgesellschaft ist die europäische Bürgerinitiative gegen die von der

EU-Kommission geplante Privatisierung der Wasserversorgung aus dem vergangenen Jahr. Knapp zwei Millionen Menschen aus mehreren EU-Ländern haben gegen die Pläne der Brüsseler Behörde mit ihrer Unterschrift protestiert und damit die Richtlinie in ihrer Ursprungsform zunächst gestoppt. Die Europäische Bürgerinitiative gibt es erst seit dem Vertrag von Lissabon und bietet Bürgerinnen und Bürgern eine direkte Möglichkeit zur Einflussnahme: Bringen mindestens eine Million Menschen aus wenigstens sieben EU-Ländern ein Anliegen vor, ist die EU-Kommission gezwungen, sich damit auch zu beschäftigen.

Trotzdem: Wir brauchen noch mehr Möglichkeiten für direkte Bürgerbeteiligung am politischen Prozess in der Europäischen Union. Die Bürgerinitiative ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen nun dafür sorgen, dass die Europäische Kommission solche Initiativen auch ernst nimmt und nicht – wie jetzt beim Wasser – versucht, die von den Bürgerinnen und Bürgern geforderten Gesetzesänderungen auf die lange Bank zu schieben. Die Bürgerinitiative sollte außerdem weiter entwickelt werden, so dass Bürgerinnen und Bürger zu wichtigen Entscheidungen auf europäischer Ebene direkt und strukturiert mitreden können.

Wir werden in den kommenden Monaten sehen, wie sich die Verhandlungen über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA entwickeln. Wir Grüne standen dem Abkommen von Anfang an skeptisch gegenüber und haben in und außerhalb des Parlaments davor gewarnt, dass solch ein Abkommen unsere guten Standards etwas im Umwelt- und Verbraucherschutz schwächen wird. Auf unserer Bundesdelegiertenkonferenz Anfang Februar haben wir uns dann mit einer großen Mehrheit für den Stopp der Verhandlungen ausgesprochen.

Gleichzeitig wächst in der Zivilgesellschaft der Widerstand gegen ein solches Abkommen. Es wurden bereits Millionen Unterschriften dagegen gesammelt. Und dieser Protest zeigt erste Wirkung. Die umstrittenen Schiedsgerichte, die Unternehmen die Möglichkeit gegeben hätten, gegen europäische Gesetze zu klagen und sie gegebenenfalls auszuhebeln, sind vorerst aus den Verhandlungen gestrichen worden. Und auch sonst scheinen die Verhandlungsführer der Europäischen Union rund um den Handelskommissar Karel de Gucht vorsichtiger geworden zu sein. Die bedingungslose Euphorie, die noch vor einigen Monaten geherrscht hat, scheint verflogen.

Wir müssen weiterhin den Prozess genau beobachten – im EU-Parlament, aber eben auch in der Zivilgesellschaft, um zu verhindern, dass unsere europäischen Errungenschaften einfach wegverhandelt werden. Das geht nur gemeinsam.

Ohne das Engagement der Bürgerinnen und Bürger wäre die Europäische Union ein leeres politisches Konstrukt. Gerade jetzt in der Krise haben viele Menschen das Vertrauen in die europäischen Institutionen verloren. Auch ich spüre in meiner Arbeit den Graben zwischen uns Politikern in Brüssel und den Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedsländern.

Die europäische Idee kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie gelebt wird.

Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben von uns EU-Politikern, den Austausch zwischen den Ländern und das Engagement für Europa zu fördern.

Leider sieht der europäische Haushalt anders aus. In ihrer Sparwut haben die 28 Staats- und Regierungschefs auch dort gekürzt, wo Europa lebendig wird – zum

Beispiel beim EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger«.

Wir Grüne wollen bei der Überprüfung des Haushalts in zwei Jahren dafür sorgen, dass das Programm so ausgebaut wird, dass Städtepartnerschaften, Jugendaustausch, grenzüberschreitende Europaregionen und andere Projekte ausreichend gefördert werden können. Wir wünschen uns außerdem ein »Europäisches Jahr für alle«, um die Zivilgesellschaft in der EU zusätzlich zu stärken. Ähnlich wie dem freiwilligen sozialen Jahr in Deutschland soll es Freiwilligen jeden Alters offen sein, von zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen und mit öffentlichen Mitteln grundfinanziert werden. Durch solche Programme kann eine europäische Bürgergesellschaft entstehen, die wir dringend brauchen.

Besonders wichtig dabei ist der Austausch zwischen jungen Menschen. Für Austauschprogramme, Training zu sozialen und demokratischen Rechten sowie für europäische Freiwilligen- und zivilgesellschaftliche Aktivitäten muss genug Geld im EU-Haushalt da sein. Wir wollen auch hier den Kontakt zwischen der Politik in Brüssel und den jungen Leuten zu Hause stärken. Wir wollen eine strukturierte Einbindung von Jugendorganisationen im europäischen Politikprozess.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist der geplante Jugendkonvent Anfang Mai in Straßburg, bei dem junge Menschen Vorschläge über die Zukunft Europas erarbeiten, die dann in den europäischen Konvent einfließen sollten. Auch an diesem Konvent sollten direkt junge Menschen teilnehmen können.

Bei der anstehenden Europawahl wird eine große Herausforderung sein, den europaskeptischen und rechtspopulistischen Parteien zu begegnen. In vielen Ländern

der Europäischen Union haben sie Zulauf – nicht zuletzt auch, weil viele Menschen von den traditionellen Parteien in der Krise enttäuscht worden sind. Dieses Vertrauen zurück zu gewinnen, ist die Aufgabe von uns Politikern.

Gleichzeitig können wir Rechtspopulismus und in einigen Ländern auch Rechtsextremismus nur mit Unterstützung der Zivilgesellschaft begegnen. Mehr als das Verbot einer Partei bewirkt die Förderung von Projekten, die Präventionsarbeit leisten oder Aussteigerinnen und Aussteigern eine Chance für einen Neuanfang bieten. Dafür müssen auch zukünftig ausreichend Fördermittel zur Verfügung stehen. Dafür werden wir Grüne uns in der nächsten Legislaturperiode weiter einsetzen.

Bürgerbeteiligung und zivilgesellschaftliches Engagement sind der Nährboden für die europäische Idee. Immer wieder waren es die Menschen, die die europäische Einigung vorangetrieben haben – wie zuletzt 1989 mit den friedlichen Protesten, die zum Fall der Mauer und schließlich auch zur EU-Ost-Erweiterung geführt haben. Den zehnjährigen Geburtstag dieser Erfolgsgeschichte können wir in diesem Jahr am 1. Mai feiern.

Die vielen mutigen Menschen in Kiew und überall sonst in der Ukraine haben uns gerade wieder vor Augen geführt, wie stark Bürgerbewegung sein kann: Engagierte, mutige Menschen haben sich monatelang auf dem Maidan für unsere gemeinsamen europäischen Werte eingesetzt – trotz Kälte, trotz Angriffen durch Polizei und Schlägertrupps, die einige mit ihrem Leben bezahlen mussten.

Auch wenn der Konflikt noch nicht gelöst, die Ukraine den Weg zu einem demokratischen Rechtsstaat noch nicht zu Ende gegangen ist; ist der Euromaidan die wohl



größte und stärkste Bürgerbewegung seit 1989. Sie steht für Freiheit und Demokratie. Für diese Werte lohnt es sich weiterhin zu kämpfen – im Europäischen Parlament und überall in der Europäischen Union.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 26.3.2014.

### **AUTORIN**

Rebecca Harms ist seit 2009 Vorsitzende der Fraktion die Grünen/EFA im Europäischen Parlament und damit Mitglied der Konferenz der Präsidenten. Sie ist stell-

vertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit und im Ausschuss für Fischerei. Die Themen, mit denen sie sich beschäftigt, sind Energiepolitik, -forschung, Atompolitik, Klimaschutz, Umwelt- und Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Fischereipolitik. Zudem ist sie Mitglied der Delegation im Parlamentarischen Kooperationsausschuss EU-Ukraine.

Weitere Informationen

 [www.rebecca-harms.de](http://www.rebecca-harms.de)

GABI ZIMMER, MDEP

## EUROPAWAHL 2014, ENGAGEMENTPOLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT

### Ehrenamtlich aus der Krise? Beobachtungen in Griechenland und Deutschland

Im Februar 2014 habe ich die griechische Hauptstadt Athen besucht. Wegen der Spar-Maßnahmen zur Bankenrettung ist das öffentliche Gesundheitssystem Griechenlands kollabiert. Was die griechische Gesellschaft in der Krise zusammenhält, ist das unermessliche gesellschaftliche Engagement, welches die Menschen in diesen Tagen zeigen. Es werden nicht nur Essensausgaben, vielfältige Nachbarschaftshilfen oder juristische Unterstützung gegen Zwangsräumungen selbst organisiert. Auch die medizinische Infrastruktur wird inzwischen großen Teils ehrenamtlich aufrechterhalten. Ich habe in einem von der Regierung geschlossenen Gesundheitszentrum mit ÄrztInnen und HelferInnen gesprochen. Sie arbeiten dort ohne Bezahlung weiter. Das Zentrum ist für einen Einzugsbereich von 100.000 Menschen zuständig. Medizinisches Material kommt jetzt aus Geld und Sachspenden von BürgerInnen aus ganz Europa. Wo die Politik der EU und der griechischen Regierung versagt hat, zeigen die Menschen mit ihrem direkten Engagement, was echte Solidarität ist. Gleichzeitig verdeutlicht dieser Zustand eine beunruhigende Entwicklung. Kernaufgaben des Staates, wie die Garantie eines menschenwürdigen Existenzminimums und einer angemessenen Gesundheitsversorgung, werden dem freiwilligen Engagement der BürgerInnen überlassen. In der Bundesrepublik Deutschland hat

die Tafel-Bewegung, die Menschen in Not mit Lebensmitteln versorgt, ein rasantes Wachstum zu verzeichnen. Die Leistungen, welche hier ehrenamtlich erbracht werden, können gar nicht hoch genug gelobt werden. Leider ist der Erfolg der Tafeln nur deshalb so groß, weil für viele Menschen ein menschenwürdiges Leben auf Grundlage des bestehenden sozialen Sicherungsniveaus nicht mehr möglich ist. Als Europaabgeordnete der LINKEN setze ich mich vehement dafür ein, dass in Zukunft soziale Grundrechte wieder staatlich garantiert werden. Ich wünsche mir ein ehrenamtliches Engagement, welches die Kräfte auf andere Bereiche des solidarischen Zusammenlebens richten kann, weil die soziale Grundversorgung gewährleistet ist.

### Elitenprojekt oder res publica? Die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die EU

Demokratie ist ohne zivilgesellschaftliches Engagement nicht denkbar. Es ist eines der Kennzeichen offener, demokratischer Gesellschaften, BürgerInnen in vielfältigster Art selbstorganisiert und solidarisch in Aktion zu sehen. Wie das Beispiel der Krise in Griechenland zeigt, macht das Engagement nicht an den nationalen Grenzen halt. Die grenzüberschreitende Zivilgesellschaft ist auch ein Gradmesser dafür, wie es um die Entwicklung der Demokratie in der EU bestellt ist. Diese Form der EU-Integration ist für DIE LINKE in der Bundesrepublik und die Europäische Linke von ganz besonderer Bedeutung. Wenn

die EU von einem Elitenprojekt zur res publica werden soll, muss ein vielfältig ausgestaltetes zivilgesellschaftliches Engagement der Ausgangspunkt dafür sein. Es ist unsere Aufgabe als Abgeordnete des Europäischen Parlaments, diese gesellschaftlichen Impulse aufzugreifen und als Politik der Teilhabe, des Austauschs und der Transparenz umzusetzen.

Zivilgesellschaftliches Engagement kann die unterschiedlichsten Formen annehmen. Ein Teil ist traditionell gut organisiert, vor allem in den nordwestlichen Mitgliedsländern der EU. Die ehrenamtliche Arbeit in Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, dem Technischen Hilfswerk, Sportvereinen, freiwilligen Feuerwehren oder Umweltverbänden ist zur wichtigen Säule unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens geworden. Aber es gibt auch neue Formen des Engagements. Viele Menschen sind nicht mehr Mitglied in einem Verein oder einer Partei. Dennoch bringen sie sich engagiert in die Zivilgesellschaft ein. Nicht nur die Grenzen der Nationalstaaten werden dabei immer häufiger überschritten, sondern auch die Grenzen der EU. Auch Proteste gegen die vorherrschende EU-Politik gehören dazu. Hier spielen die vielen Möglichkeiten der Vernetzung und des Austausches über das Internet eine wichtige Rolle. Zum Beispiel haben Menschen aus ganz Europa wiederholt die Nazi-Aufmärsche zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens während des Zweiten Weltkriegs blockiert. Anti-rassistische Initiativen aus Griechenland beraten sich heute mit PartnerInnen aus Thüringen und Sachsen darüber, wie dem Erstarken der Neo-Nazis im öffentlichen Raum entgegen getreten werden kann. In Frankfurt kommen in der Woche vor der Europawahl im Mai wieder junge Menschen zusammen, um als »Blockupy«-Bündnis unter dem Motto »Grenzenlos solidarisch – für eine Demokratie von unten!« zu protestieren, zu diskutieren und neue Wege des europä-

ischen Zusammenlebens vorzuschlagen. In der ganzen EU haben über eine Millionen Menschen die Bürgerinitiative »Right2Water« gegen die Privatisierung der Wasserversorgung unterschrieben. Es handelt sich um die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative (EBI) seit ihrer Einführung durch den Vertrag von Lissabon. Der grenzüberschreitende Generalstreik in Spanien und Portugal im November 2012, begleitet von Solidaritätsaktionen in ganz Europa, war ein Signal dafür, dass die Beschäftigten in den Krisenländern bereit sind, gemeinsam für eine soziale EU einzustehen. Und die EU-weiten Proteste des Jahres 2012 gegen das Anti-Produktpiraterie-Abkommen ACTA haben am Ende tatsächlich Erfolg gehabt – die EU-Kommission hat ihren Richtlinien-Vorschlag zurückgezogen. All diese Beispiele zeigen, dass sich die europäische Zivilgesellschaft weiterentwickelt. Dazu kommen Initiativen auf nationaler Ebene, die wichtige Auswirkungen auf die Demokratie in der EU haben. Die erfolgreiche Klage von Mehr Demokratie e.V. und anderen gegen die Drei-Prozent-Hürde bei den EU-Wahlen führt dazu, dass nicht mehr – wie zuletzt bei der Bundestagswahl – Millionen Stimmen der WählerInnen unter den Tisch fallen. Bürgerschaftliches Engagement geht natürlich auch über die Grenzen der EU hinaus. Beim Weltsozialforum 2013 in Tunis habe ich mit jungen Aktivisten aus Tunesien gesprochen. Nach dem Ende der Diktatur suchen sie Partner aus der EU, um parteiübergreifend demokratisches Grundwissen in der Zivilgesellschaft zu verankern. In Syrien versucht das Projekt »Adopt a Revolution« mit europäischer Hilfe die letzten Bastionen der demokratisch gesinnten Zivilgesellschaft zu retten, die im Bürgerkrieg zwischen Assads Militär auf der einen und den Islamisten auf der anderen Seite aufgerieben werden. Und wichtig ist der öffentliche Druck den die vielen Initiativen erzeugen, die sich EU-weit für eine menschliche Asylpolitik einsetzen. Nur mit dem öffent-

lichen Druck dieser Initiativen wird es uns möglich sein, die Einwanderungs- und Asyl-Politik in der EU zu humanisieren und den tausendfachen Tod an den EU-Außengrenzen zu beenden.

### Zeit für Solidarität! LINKE Forderungen zur Europawahl 2014

Die Politik auf nationaler und auf europäischer Ebene hat verschiedene Möglichkeiten, zivilgesellschaftliches Engagement zu unterstützen. Die Tätigkeit in einem Ehrenamt trägt nicht nur zum gesellschaftlichen Zusammenleben bei, sondern hilft auch dem oder der Aktiven, die eigenen Fähigkeiten und die eigene Persönlichkeit weiter zu entwickeln. Dafür braucht es neben dem Mut und der Bereitschaft, aktiv zu werden, vor allem Zeit. DIE LINKE setzt sich deshalb für ein neues Beschäftigungsleitbild für die EU ein: Gute Arbeit. Sie sollte unbefristet und armutsfest sein und ein eigenständiges Leben ermöglichen. Gute Arbeit lässt Raum für volle gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, Kultur, Muße – und ehrenamtliches Engagement für jede und jeden. Jugendfreiwilligendienste, um jungen Menschen Erfahrungen im Ausland zu ermöglichen, sollten stärker unterstützt werden und junge Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten gezielt ansprechen. Die Förderung europaweiter Programme für Fanprojekte, Projekte gegen Rassismus, Initiativen gegen Diskriminierung im Sport sowie kulturelle Projekte für Vielfalt und Toleranz sollten ausgebaut werden. Zivilgesellschaftliches Engagement muss dabei grundsätzlich vor Missbrauch bewahrt werden, etwa als Lückenbüßer für Sozialabbau oder für den Ausbau des Niedriglohnssektors.

Wir setzen uns im Europäischen Parlament dafür ein, dass sich Gewerkschaften, Sozialverbände, gesellschaftliche Initiativen und soziale Bewegungen europaweit organisieren können. Die EU-Politik sollte

diese Entwicklung noch stärker fördern und nicht behindern.

Die direkte Teilhabe der BürgerInnen an der europäischen Gesetzgebung sollte insgesamt verbessert werden: Die WählerInnen müssen das Recht erhalten, über europäische Bürgerentscheide direkten Einfluss zu nehmen. Obligatorisch sollten Volksentscheide über EU-Grundlagenverträge und eine zukünftig mögliche EU-Verfassung werden. DIE LINKE hat die europäische Bürgerinitiative gegen die Privatisierung des Wassers unterstützt. Wir unterstützen weiterhin aktiv parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen zur Re-Kommunalisierung von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wie sind deshalb auch Teil der Initiativen gegen das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP).

Wir wollen auch, dass Lehrende und Lernende sich über die Landesgrenzen hinweg austauschen. Damit sich nicht nur Jugendliche aus finanzstarken Elternhäusern während der Ausbildung einen Auslandsaufenthalt leisten können, müssen die Förderprogramme der EU ausgebaut und gerade für finanziell Schwächere attraktiver gemacht werden (Erasmus for All/YES Europe 2014–2020, das Comenius-Programm für Schulaustausch sowie für den berufsbildenden Austausch im Rahmen des Leonardo-da-Vinci-Programms, Kreatives Europa 2014–2020, Europa der Bürgerinnen und Bürger 2014–2020). Diese Programme müssen stärker für Interessierte mit Behinderungen und andere benachteiligte Gruppen ausgelegt werden.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 26.3.2014.

### AUTOR

Gabi Zimmer, Vorsitzende der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäi-

schen Linken/Nordische Grüne, ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie ist Mitglied in der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU. Zudem ist Gabi Zimmer stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale

Angelegenheiten. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen auf Beschäftigungspolitik, Gleichstellungspolitik und Entwicklungspolitik.

Weitere Informationen

 <http://www.gabizimmer.eu/>

ANDREAS MÖLZER, MDEP

## AMBIVALENTES VERHÄLTNIS ZU BÜRGERLICHEM ENGAGEMENT DIE EUROPÄISCHE UNION UNTERSTÜTZT ZIVILGESELLSCHAFTLICHE EINRICHTUNGEN NUR BEI POLITISCHEM WOHLVERHALTEN

In Sonntagsreden weisen Spitzenvertreter der Europäischen Union wiederholt auf die Bedeutung der Zivilgesellschaft hin. Auch ist in Art. 11 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union zu lesen: »Die Organe (der Union, Anm.) pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.« Ähnliche Bestimmungen finden sich im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, und in der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Programm Erasmus+ (Amtsblatt Nr. C 026 vom 29/01/2014 S. 0006 – 0012) heißt es unter anderem: »Die Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung und Jugend ist wichtig zur Sensibilisierung für die Strategie für Wachstum und Beschäftigung ›Europa 2020«.

Glaubt man der Europäischen Union, dann sind zivilgesellschaftliche Organisationen bzw. das Engagement der Bürger von entscheidender Bedeutung. Gewiß, wenn es um fachliche Expertise geht, greifen Organe und Einrichtungen der Europäischen Union gerne auf Nichtregierungsorganisationen zurück. Daraus aber zu schließen, zivilgesellschaftliches Engagement wäre der Europäischen Union ein wirkliches Anliegen, ist hingegen ein Trugschluß. Vielmehr soll das bestehende Demokratiedefizit übertüncht bzw. eine Bürgernähe vorgegaukelt werden.

Wo die Tätigkeit der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen nämlich nicht erwünscht ist, wird versucht, Engagement der Bürger bereits im Keim zu ersticken. Als Paradebeispiel kann hier die »Europäische Bürgerinitiative« gelten, die den Unionsbürgern seit 1. April 2012 zur Verfügung steht und die – völlig zu Unrecht – als »Instrument der direkten Demokratie« gelobt wird.

### Zivilgesellschaftliches Engagement ist nicht immer erwünscht

Nach den gesetzlichen Vorschriften kann die Europäische Kommission durch Unterstützungserklärungen von mindestens einer Million Unionsbürger aus mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten (derzeit sieben) aufgefordert werden, einen Rechtsakt zu einem Thema vorzuschlagen, der nach Ansicht der Initiatoren einer Regelung bedarf. Dabei darf der Inhalt der Bürgerinitiative unter anderem nicht »mißbräuchlich, unseriös oder schikanös« sein, was breiten Raum für Interpretationen läßt.

Wurde der Inhalt der Bürgerinitiative von der Kommission für zulässig erklärt und fand die Registrierung statt, können die Initiatoren mit der Sammlung der Unterschriften beginnen, wofür eine Zeit von zwölf Monaten eingeräumt ist. Damit die Unterstützungserklärungen aus dem Viertel der Mitgliedstaaten mitgezählt werden, muß in dem jeweiligen Mitgliedstaat eine Mindestanzahl von gültigen Un-

terschriften erreicht werden, die in etwa dem 750-fachen der Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlamentes dieses Staates beträgt. Aufgrund des gewaltigen, staatenübergreifenden Aufwands werden Europäische Bürgerinitiativen, wie die bisherige Praxis zeigt, ausschließlich von Nichtregierungsorganisationen getragen.

Und selbst dann, wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind und eine Million Unterstützungserklärungen in zumindest einem Viertel der Mitgliedstaaten gesammelt sind, besteht kein Anspruch auf ein Tätigwerden der Kommission. Denn diese hat, wie Maros Sefcovic, Kommissar für institutionelle Beziehungen freimütig bekanntete, drei Möglichkeiten: »Entweder wir folgen der Initiative, wir machen Änderungen bei unseren Texten oder wir machen gar nichts.« Die dritte Möglichkeit wird die wahrscheinlichste sein, weil sie mit keinerlei Aufwand verbunden ist.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Instrument der Europäischen Bürgerinitiative zeigen, daß die in sie gesetzten Erwartungen nicht einmal ansatzweise erfüllt werden konnten. Viele Initiatoren beklagen bürokratische und technische Behinderungen sowie hohe oder allzu hohe Kosten. So schrieb dem Verfasser dieser Zeilen beispielsweise der Sprecher der österreichischen Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000, daß man nun ein Jahr nach dem Start der Vorbereitungen der Bürgerinitiative »Meine Stimme gegen Atomkraft« die Bemühungen wegen ungenügender Rahmenbedingungen wieder einstellt. Statt einen einfachen Zugang zu ermöglichen, werden von Seiten der Kommission bürokratische, technische und kostenintensive Hürden aufgestellt, heißt es in diesem Schreiben.

Der Schluß, der aus der Europäischen Bürgerinitiative zu ziehen ist, ist der, daß sich die EU-Kommission von der Zivilgesell-

schaft, deren Bedeutung sie in verschiedenen Dokumenten lobt, im Zweifelsfall nichts dreinreden lassen will.

### Förderung der Zivilgesellschaft als »soft power« der Europäischen Union

Mehr Wertschätzung bringt die Europäische Union zivilgesellschaftlichen Gruppierungen hingegen im Bereich der Außenpolitik entgegen. Hier werden – nach US-amerikanischem Vorbild und oftmals in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten – Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen als »soft power«, also als »weiche Macht«, eingesetzt, mit dem Ziel, in Drittstaaten, insbesondere in Osteuropa, politische Veränderungen herbeizuführen.

Ein Beispiel für derlei Aktivitäten ist das »European Endowment for Democracy« (Europäische Demokratiestiftung – EED), das im Sommer 2013 seine Tätigkeit aufgenommen hat. In Art. 3 der EED-Satzung wird zu den Aktivitäten der Stiftung die »finanzielle Unterstützung von Aktivitäten der Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft wie politische Stiftungen oder Netzwerke von Stiftungen, deren Ziele im Einklang mit Art. 2 (Demokratieförderung, Anm.) sind« gezählt.

Überhaupt kann die Europäische Union auf eine lange Erfahrung der Demokratieförderung in den ehemals kommunistischen Ländern Europas mittels Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure zurückblicken. Geschehen ist dies in Form der Programme PHARE und TACIS. Wie aus einem PHARE-Überprüfungsbericht der EU aus dem Jahre 1998 hervorgeht, standen dabei die »Stärkung des Aufbaus der Kapazitäten der Nichtregierungsorganisationen, insbesondere der Aufbau von Beziehungen innerhalb des Sektors und mit anderen Akteuren wie zentrale und lokale Regierung, die Förderung strate-

## MÖLZER: AMBIVALENTES VERHÄLTNIS ZU BÜRGERLICHEM ENGAGEMENT

gischen Denkens und einer Teilnahme des NGO-Sektors« im Mittelpunkt. Insgesamt wurden laut dem Überprüfungsbericht zwischen 1992 und 1997 insgesamt 157,7 Millionen ECU für die »Entwicklung der Zivilgesellschaft« bereitgestellt.

Die aufgezeigten Beispiele zeigen, daß die Europäische Union ein sehr ambivalentes Verhältnis gegenüber zivilgesellschaftlichem Engagement hat. Dieses wird – je nachdem, ob die Ziele den Zielsetzungen des politischen Establishments entspricht oder nicht – entweder gefördert oder behindert. Letzteres trifft in besonderem Maße auf EU-kritisches Engagement von Bürgern zu. So wäre mit an Sicherheit eine Europäische Bürgerinitiative, welche etwa die Rückverlagerung von Kompetenzen an die Mitgliedstaaten verlangt, nicht möglich.

Allerdings ist es ein schwerer Fehler, die Unterstützungswürdigkeit von zivilgesell-

schaftlichem Engagement von der Frage politischem Wohlverhaltens abhängig zu machen. Dies ist nicht nur undemokratisch, sondern kann allzuleicht auch dazu führen, daß Bürgerbeteiligung in den Augen vieler diskreditiert wird.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 26.3.2014.

### AUTOR

Andreas Mölzer, Freiheitliche Partei Österreichs, ist seit 20. Juli 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er ist Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und der Delegation im Ausschuss für parlamentarische Kooperation EU-Ukraine. Zudem ist er seit 1997 Chefredakteur der Wochenzeitung »Zur Zeit«.

Weitere Informationen

 [www.andreas-moelzer.at](http://www.andreas-moelzer.at)



MAG. EWALD STADLER, MDEP

## WEHRT EUCH!

### DIE ZIVILGESELLSCHAFT ALS ABWEHRKRAFT GEGEN BLINDE BÜROKRATIE

Im Kontext von Europawahlen und zivilgesellschaftlichem Engagement sind vor allem die Europäischen Bürgerinitiativen zu nennen: Im Jahr 2013 waren das die Initiativen »Recht auf Wasser« und »Einer von uns«. Interessanterweise sind beide Bürgerinitiativen aus einer Abwehrhaltung gegen bestimmte EU-Vorhaben entstanden.

Die Forderung nach einem Grundrecht auf Wasser war die Antwort auf die Vorgaben der Troika, im Zuge der Sparmaßnahmen in Griechenland und Portugal Teile der öffentlichen Wasserversorgung zu privatisieren. Außerdem sorgten die neuen Ausschreibungsregeln der Konzessionsrichtlinie im Bereich der Wasserversorgung für berechtigte Kritik. Denn eine Ausschreibung bewirkt zwar keine automatische Privatisierung, allerdings schafft sie die Grundlage dafür, dass Mega-Konzerne im großen Stil die Aufträge zur Wasserversorgung in Städten und Gemeinden Europas Schritt für Schritt übernehmen und kontrollieren können.

»Einer von uns« fordert den Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung an. Die EU finanziert im Wege der Entwicklungspolitik Abtreibungskliniken. Zudem wurden über die EU-Forschungsgelder Millionen Euro in die umstrittenen Experimente mit embryonalen Stammzellen investiert. Während die privaten Investoren den embryonalen Stammzellen den Rücken gekehrt haben, weil die Forschungen keine Ergebnisse bringen und

die Erforschung der adulten Stammzellen ethisch sauber und therapeutisch hilfreich ist, hat die öffentliche Hand, geleitet von Lobby-Interessen, weiterhin Geld in die skandalösen und vor allem rechtswidrigen Projekte der Forschung an Embryonen gesteckt: Im Urteil ‚Greenpeace gegen Brüstle‘ (Geschäftszahl C-34/10) stellte der Europäische Gerichtshof unmissverständlich klar, dass eine Patentierung embryonaler Stammzell-Linien gegen die Menschenwürde verstößt.

Die Unterzeichner von »Einer von uns« fordern nicht mehr und nicht weniger, als dass sich die EU-Kommission an ihre eigenen Spielregeln, an die europäische Rechtsordnung, hält.

Zusammenfassend gesagt: Beide Bürgerinitiativen fordern etwas, das selbstverständlich sein sollte. Eine gute Wasserversorgung ist die Basis für Gesundheit und Hygiene, den Ausverkauf unserer Ressourcen fürchten wir zudem nicht aus einem Anfall an Paranoidität, sondern aus der traurigen Erfahrung heraus, dass internationale Konzerne zuerst auf die Gewinn-Marge schauen und auf Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit lieber verzichten würden.

Ernüchternd ist die Bilanz dieser beiden europäischen Initiativen: Das Recht auf Wasser beziehungsweise ein Privatisierungsverbot für die Trinkwasserversorgung verwies die Kommission in die Kom-

## STADLER: WEHRT EUCH!

petenz der Mitgliedstaaten, beim Schutz des menschlichen Lebens wird es vermutlich nicht anders sein. Paradox ist nur, dass die Kommission in beiden Fällen bereits vor der Zulassung des Anliegens zum Sammeln von Unterstützungserklärungen geprüft hat, ob denn die formulierten Forderungen in den Zuständigkeitsbereich der Union fallen. Denn ansonsten hätte das ganze Werben um Unterstützer keinen Sinn. Es ist schlicht grotesk, wie die Kommission hier versucht, ihre Verantwortung abzuschieben.

Gleiches machen die EU-Kommissare übrigens auch im Hinblick auf die Finanzkrise: Die Alleinschuld für die Bankenkrise versucht man in Brüssel auf die Mitgliedsländer abzuwälzen, denn die Budgets liegen in der Entscheidungsgewalt der Mitgliedsländer. Dabei verschweigen die Kommissare, dass sie selber mehrmals im Jahr Nachtragshaushalte benötigen, um sich vor der eigenen Zahlungsunfähigkeit zu retten. Zudem könnten sich viele Mitgliedsländer leichter sanieren, wenn sie nicht den Zwängen aus Brüssel unterworfen wären.

Die Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten macht das Entstehen einer aktiven europäischen Zivilgesellschaft nahezu unmöglich. Bei echten Problemen schaut Brüssel wie gesagt gerne weg und gibt anderen die Schuld. Im Gegensatz dazu hat die Eurokratie eine besondere Vorliebe für Detailregeln entwickelt. Glühbirne, Ölkännchen, E-Zigarette und Saatgut bilden tragische Beispiele. Geradezu lebensbedrohlich wird es allerdings dann, wenn mit detaillierten Arbeitsrechtsregeln die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr behindert wird. Die EU-Richtlinie für Ehrenamtliche, laut welcher die Arbeitszeit bei freiwilligen Feuerwehren voll auf die berufliche Arbeitszeit angerechnet werden muss, ist ein Angriff auf erfolgreiches zivilgesellschaftliches Engagement.

Um die Hintergründe solcher bürokratischer Auswüchse zu verstehen, muss man die Mentalität der Eurokraten ergründen. Wer sich durch den Berg von 8000 Richtlinien und 2000 Verordnungen durchkämpft, erkennt schnell: Für den Brüsseler Bürokraten ist die Norm heilig. Ein Leben ohne staatliche Bevormundung gibt es in diesem Weltbild nicht. Zweck und Rechtfertigung jeder normativen Beschränkung ist aus Sicht der EU das Wohl und das Glück der Menschen, die persönliche Freiheit wird dabei zu einer unbekannteren Kategorie.

Echtes Engagement und Bürgersinn finden in der Verwaltung der jetzigen EU leider wenig Beachtung. Dies muss man sich klar machen, wenn man dem eurokratischen Extremismus Einhalt gebieten möchte.

Das heißt aber nicht, dass sich Engagement nicht lohnen würde, im Gegenteil. Im täglichen Leben kommt es nicht darauf an, in welchem Staat wir leben, sondern in welcher Gesellschaft wir leben. Das Miteinander funktioniert nur dann, wenn wir grundlegende Tugenden wie Rücksichtnahme und Geduld tatsächlich leben. Gutes Verhalten kann man nicht einfach einklagen oder gar mit polizeilichem Zwang erreichen. Dieser Dualismus von Politik und Gesellschaft zeigte sich auch im wachsenden Nichtwähleranteil der letzten Jahre, insbesondere bei den EU-Wahlen.

Dieses scheinbare Desinteresse der Nicht- oder Protestwähler dürfen wir allerdings nicht missverstehen. Politik in dem Sinne, dass wir für jeden Sachverhalt eine letztverbindliche und europaweit harmonisierte Regelung haben, ist schlicht und einfach nicht die Antwort auf die Lebensrealität der Bürger. Die bekannte Frage »Mehr oder weniger Europa« muss demnach auch korrekterweise heißen: »Mehr Gesetze oder mehr Bürgersinn«.

Außerdem muss man ehrlich konstatieren: Brüssel ist in den Köpfen der Menschen zu weit weg. Eine kontrollierende Öffentlichkeit gibt es nicht, weil wir in einem Kontinent der Vielfalt - und nicht der Einfalt – leben. Es wäre auch umständlich und artifiziell, wenn wir beispielsweise per Einführung einer einheitlichen Sprache und einheitlicher TV- und Radio-Kanäle eine europäische Öffentlichkeit erzwingen würden. Es gibt nicht eine Einheitsgesellschaft, es gibt viele unterschiedliche und vielfältige Gesellschaften in Europa. Die einzelnen Gesellschaften müssen sich genauso frei und unabhängig von politischer Gängelung entwickeln können wie es der individuelle Bürger tut.

In diesem Zusammenhang möchte ich anmerken, dass die von manchen EU-Abgeordneten angedachte europaweite Volksabstimmung zwar schön klingt, aber in Wahrheit brandgefährlich ist. Beispiel Energiepolitik: In Frankreich würde man einem Mehrheitsvotum für die Abschaltung der Atomkraftwerke mit zivilem Ungehorsam begegnen. Umgekehrt wäre die flächendeckende Einführung der Atomenergie zumindest in Österreich ein Skandal. Volksabstimmungen haben nun einmal den Sinn, den Willen eines Volkes zu ermitteln. Wenn man viele Völker zu einer Einheitsentscheidung drängen und somit zwangsbeglücken möchte, dann riskiert man im Endeffekt mehr Konfrontation und Entzweiung als wenn man verschiedene Wege geht - und Überzeugungen vorlebt.

Kehren wir wieder zurück zum Gedanken der Europäischen Bürgerinitiative: Gemäß Artikel 11 Absatz 4 des Vertrages über die Europäische Union können Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million Menschen betragen, die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener

Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen.

Besonders wichtig sind die Worte »im Rahmen ihrer Befugnisse«. Die EU-Kompetenzen sind beschränkt und auf vielen Gebieten sollte man sie noch viel mehr beschränken, das Beinahe-Verbot der steinernen Bierkrüge ist da ein aktuelles Beispiel. Ich habe die beiden Initiativen »Recht auf Wasser« und »Einer von uns« aus tiefster Überzeugung unterstützt und werde auch in Zukunft Bürgerinitiativen fördern, wo ich nur kann. Trotzdem darf uns das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative nicht dazu verleiten, überhöhte Erwartungen an die EU zu stellen.

Denn politische Konzepte können gesellschaftliche Lösungen nicht ersetzen. Die Europa-Wahlen 2014 werden einen Bewusstseinswandel herbeiführen, wenn wir der Eurokratie mit unserer Wahl ein deutliches Zeichen setzen. Hannah Arendt bezeichnete die Bürokratie, die Herrschaft des Büros, als Herrschaft des Niemand. Eine anonyme Herrschaft, in der niemand persönlich zur Verantwortung gezogen werden kann, birgt großes Gefahrenpotential in sich. Gerade deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass die richtige Antwort auf die oftmals blinde Bürokratie die wehrhafte Zivilgesellschaft ist.

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 26.3.2014.


#### **AUTOR**

Mag. Ewald Stadler, geboren 1961 in Vorarlberg, ist seit Dezember 2011 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er war zuvor Gemeindevertreter in Mäder und Landtagsabgeordneter in Bregenz, Mitglied der Landesregierung in Niederösterreich und Volksanwalt (Kontrollorgan der Verwaltung) sowie zehn Jahre lang Abge-

## STADLER: WEHRT EUCH!

ordneter zum Nationalrat. Am 25. Mai tritt er mit der REKOS – Liste Ewald Stadler zu den EU-Wahlen an.

Weitere Informationen

 [https://de.wikipedia.org/wiki/Ewald\\_Stadler](https://de.wikipedia.org/wiki/Ewald_Stadler)

RAINER WIELAND, MDEP

## »DIESE WAHL IST ANDERS!«

This time it's different! Dieses Mal wird es anders! So lautet der Slogan der kommenden Europawahlen, der alles, aber nur kein leeres Versprechen ist! Seit seiner ersten Direktwahl 1979 ist das Europäische Parlament immer mehr zu einer starken Vertretung der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten geworden. Bei den europaweiten Wahlen vom 22. bis 25. Mai haben die Stimmen der 390 Millionen wahlberechtigten Europäer jedoch so viel Bedeutung und Tragweite wie noch nie zuvor. Der Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2009 hat die Rolle des Parlaments und den Einfluss der Wählerinnen und Wähler nachhaltig gestärkt. Das Europäische Parlament ist zusammen mit den Mitgliedstaaten auf nahezu allen Feldern der Europapolitik – sei es die Regulierung der Finanzmärkte, Verbraucherschutz, Landwirtschaft oder Forschungspolitik – zum gleichberechtigten Mitgesetzgeber geworden. Von dem Ergebnis der Wahlen wird abhängen, welche Entscheidungen in all diesen Politikfeldern, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen, gefällt werden. Ferner wird das Europäische Parlament künftig die auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union maßgeblich mitgestalten und besitzt weitreichende Kompetenzen über den EU-Haushalt.

Dass bei diesen Wahlen alles anders wird, ist vor allem in Bezug auf die Wahl der Spitzenkandidaten der Parteien zu sehen. Die europäischen Parteienfamilien

treten bei dieser Wahl erstmals mit eigenen Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten an. Mit ihrer Stimme entscheiden die Bürgerinnen und Bürger somit darüber, wer in den kommenden fünf Jahren als Nachfolger von José Manuel Barroso das Kommissionkollegium leiten wird. Diese Entwicklung ist als ein europapolitischer Quantensprung zu bewerten, denn die Parteien werden natürlich bis zum 25. Mai um jede Stimme kämpfen. Schließlich muss der künftige Kommissionspräsident den Rückhalt der Mehrheit des Parlaments finden. Insgesamt wurde bereits mit der Wahl von Spitzenkandidaten auch die innerparteiliche Demokratie innerhalb der europäischen Parteienfamilien gestärkt: Der Auswahlprozess der Kandidaten ist dabei in den Medien auf große Resonanz gestoßen. Diese erfreuliche Entwicklung ist auch ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zu einer europäischen Öffentlichkeit. Entscheidend wird sein, dass der Europäische Rat, dem als die Vertretung der Mitgliedstaaten das Vorschlagsrecht bei der Wahl des Kommissionspräsidenten obliegt, auch die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament berücksichtigen wird. Es ist in jedem Fall das Szenario zu verhindern, dass die Mitgliedstaaten das Wählervotum ignorieren und jenseits der Spitzenkandidaten einen Vorschlag aus dem Hut zaubern. Das ist weder dem Wähler noch seiner von ihm gewählten Vertretung zuzumuten. Je höher die Wahlbeteiligung sein

## WIELAND: »DIESE WAHL IST ANDERS!«

wird, desto weniger wird aber an den Mehrheitsverhältnissen vorbeigegangen werden können. Mit der gestärkten Rolle des Europäischen Parlaments bei der Bestätigung der Kommission und dem eminenten Kompetenzzuwachs auf dem Feld der Gesetzgebung wird deutlich, dass das gern zitierte sogenannte »Demokratie-defizit« nicht mehr dem Stand der Dinge entspricht.

Diese Wahl ist auch deshalb anders, weil sie in unruhiger Zeit stattfindet. Es ist die erste Wahl, die seit Beginn der europäischen Schuldenkrise stattfindet. Sie war bei der letzten Wahl 2009 im Rahmen der Weltfinanzkrise in diesem Ausmaß nicht absehbar. Nach den einschneidenden Strukturreformen ist man in Europa mittlerweile auf einem guten Wege, jedoch es gab selten zuvor so erfolgsversprechende Aussichten für europaskeptische und extremistische Parteien, in das Europäische Parlament einzuziehen. Darüber hinaus ist insgesamt ein diversifizierteres Parlament zu erwarten, was nicht zuletzt der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über den Wegfall der Drei-Prozent-Hürde geschuldet ist.

Dennoch ist es vor dem Hintergrund der Krise und der einhergehenden leichtfertigen Polemik vieler europafeindlicher und nationalistischer Stimmen wichtiger denn je, ein starkes Zeichen für die Erfolgsgeschichte Europas zu setzen, von der wir Deutsche besonders profitiert haben. Es ist bemerkenswert, dass die Europawahl 2014 in ein sehr denkwürdiges Jahr fällt. Es jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs vor einhundert Jahren, darüber hinaus gedenken wir des Anfangs des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren, der mit dem deutschen Überfall auf Polen einsetzte. Die schmerzvollen Erinnerungen an die historischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts zeigen, dass eine Rückbesinnung

auf den Nationalstaat in einer globalisierten Welt nicht die Zukunft sein kann. Darüber hinaus jährt sich der Fall der Berliner Mauer zum 25. Mal. Für ihre Unterstützung bei der Wiedervereinigung gebührt unseren europäischen Partnern großer Dank. Unser Europa heute steht für Werte wie Frieden, Demokratie, Sicherheit und Freiheit. Dass diese Werte keine Selbstverständlichkeit sind, führen uns die Geschehnisse in der Ukraine deutlich vor Augen. Wir sollten nie vergessen, dass der Frieden, der seit nunmehr 70 Jahren auf unserem Kontinent herrscht, ein hohes Gut ist.

Es wird deutlich, dass mit diesen Wahlen alles anders ist und wird. Deshalb hoffe ich, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Chance wahrnehmen und wählen gehen. Im Hinblick auf die angesprochenen Werte gehören auch freie Wahlen zu den größten Errungenschaften unserer Demokratie, die von jedem Einzelnen von uns wertgeschätzt werden sollten. Wahlen sind in meinen Augen nicht nur ein Bürgerrecht, sondern vor allem auch eine Bürgerpflicht. Die Wahlbeteiligung hat in Europa, trotz einer zuletzt leichten Zunahme in Deutschland, bei den Europawahlen stets abgenommen. Im Hinblick auf die gewachsene Bedeutung des Europäischen Parlaments im Institutionengefüge der Europäischen Union möchte ich die Wähler ermutigen, diese Chance der Mitwirkung nicht verstreichen zu lassen. Ein kleines Zitat von Abraham Lincoln möchte ich dabei mit auf den Weg geben: »Wahlen sind Sache des Volkes. Die Entscheidung liegt in seiner Hand. Wenn sie dem Feuer den Rücken kehren und sich den Hintern verbrennen, werden sie eben auf den Blasen sitzen müssen.«

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 26.3.2014.

## AUTOR

Rainer Wieland, der seit 1997 Mitglied des Europäischen Parlaments ist, wurde zu Beginn der siebten Legislaturperiode (2009-2014) zum Vizepräsidenten der Institution gewählt und gehört folglich dem Präsidium des Europäischen Parlaments an. Er ist Mitglied des Rechtsausschusses, des Petitionsausschusses sowie als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen tätig. Des Weiteren gehört er der Parlamentarisch-Paritätischen Versammlung des Abkommens zwischen den

Staaten Afrikas, des Karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans und der Europäischen Union (AKP-EU) an. Zudem ist Rainer Wieland stellvertretendes Mitglied in der Delegation des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Moldawien. Im Europäischen Parlament führt er auch den Vorsitz der Landesgruppe der CDU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg. Rainer Wieland ist der Präsident der Europa-Union Deutschland (EUD).

Weitere Informationen

 <https://www.mdep.de/>

BIRGIT SIPPEL, MDEP

## DEMOKRATIE BRAUCHT AKTIVE DEMOKRATEN – WÄHLEN GEHEN!

Europa steckt in einer Vertrauenskrise. In den vergangenen Jahren haben viele Europäerinnen und Europäer den Glauben und die Zuversicht an ein gemeinsames gerechtes Europa verloren. Wirtschaftskrise, massive Arbeitslosigkeit und immer größer werdende soziale Ungerechtigkeit lassen die Menschen an der Sparpolitik ihrer Staaten und der Europäischen Union zweifeln. Also mal wieder nicht wählen gehen? Oder die Europawahl als Protest nutzen?

Mindestens zwei Dinge sprechen dagegen:

1. Umgangssprachlich übersetzen wir Demokratie oft mit den Worten »Alle Macht geht vom Volk aus«. Tatsächlich gibt es zahllose Möglichkeiten des Einmischens, der Mitgestaltung in Vereinen, Initiativen, Parteien. Die Teilnahme an einer Wahl ist gewissermaßen das Mindeste an demokratischer Beteiligung und bürgerschaftlichem Engagement.

2. Wer nicht wählt, überlässt anderen die Entscheidung über seine Zukunft. Wir alle gemeinsam tragen Verantwortung für unsere Demokratie. Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union können am 25. Mai die Chance ergreifen und Europas Zukunft neu gestalten.

Sie wählen ein neues Parlament und treffen damit zum ersten Mal auch eine Vorentscheidung über den künftigen Präsidenten der Kommission. Die Fraktionsvorsitzenden aller im Europäischen Parlament vertrete-

nen Parteien haben vereinbart, nur einen Kommissionspräsidenten zu wählen, der jetzt als Spitzenkandidat der Europäischen Parteien antritt. Mit Martin Schulz setzen wir Sozialdemokrat\_innen dabei auf einen überzeugten Europäer, der sich als ehemaliger Bürgermeister engagiert für die Interessen der Menschen einsetzt.

Demokratie braucht Vertrauen. Und vielleicht hilft es daran zu erinnern, dass nichts selbstverständlich war und ist. Die Anfänge der heutigen Europäischen Union waren nicht einfach und auch künftig wird es auf dem gemeinsamen Weg immer wieder holprig werden.

Dennoch wurde viel erreicht: Unser über Jahrhunderte immer wieder von Kriegen zerfurchter Kontinent kann auf nun fast 70 Jahre Frieden zurückblicken. Der 100. Jahrestag des Ersten Weltkrieges und die angespannte Situation in der Ukraine erinnern daran, dass diese lange Zeitspanne der friedlichen Kooperation eben nicht selbstverständlich ist.

Wir sichern unseren Frieden durch die enge Zusammenarbeit unserer Staaten, durch die immer weitere Stärkung des Europäischen Parlaments. Die Europäische Union ist ein Erfolgsprojekt: Einzigartige Errungenschaften wie die offenen Grenzen im Schengen-Raum, Stärkung der Verbraucherrechte und die Möglichkeit auf mehr Mitgestaltung der Regionen lassen uns mit Zuversicht in die Zukunft blicken.



## SIPPEL: DEMOKRATIE BRAUCHT AKTIVE DEMOKRATEN – WÄHLEN GEHEN!

Aber: Es bleibt noch viel zu tun. Neue Herausforderungen kommen aufgrund rasanter Entwicklungen in verschiedensten Bereichen auf uns zu. Europa muss heute neu unter Beweis stellen, dass es mehr ist als nur ein Binnenmarkt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein Europa, in dem starke Wirtschaft, soziale Sicherheit, Schutz natürlicher Ressourcen und Bürgerrechte keine Gegensätze sind. Ein Europa der gemeinsamen Werte und der gegenseitigen Solidarität.

Wir wollen die Zukunft Europas nicht allein Kapitalinteressen unterwerfen sondern Perspektiven für alle Menschen schaffen. Schuldenabbau ist wichtig. Jedoch dürfen sich die Mitgliedsstaaten nicht »kaputtsparen«. Nach der Finanzmarktkrise haben wir darum wichtige grundlegende Regeln bezüglich der Bankenregulierung durchgesetzt.

Ein weiterer zentraler Baustein ist die Herstellung von Steuergerechtigkeit. Steuerhinterziehung und legale Steuervermeidung reißen gigantische Löcher in die Haushaltskassen. Jährlich verliert die gesamte Europäische Union durch Steuerbetrug über eine Billion Euro.

Auch Deutschland fehlen pro Jahr mehr als 160 Milliarden Euro in der Kasse. Damit fehlt es an Geld für öffentliche Investitionen wie etwa in Straßen, Schulen, Kindertagesstätten, für die Schaffung eines lebenswerten Umfeldes für unsere Bürger\_innen in allen Kommunen und allen Stadtteilen sowie an Mitteln für eine konsequente Energiewende mit bezahlbarer Energie für alle.

Bereits in unserem Grundgesetz steht »Eigentum verpflichtet«. Wer Millionen erwirtschaftet, dann aber keine Steuern

zahlt, drückt sich nicht nur vor dieser Verantwortung. Er verschiebt auch die Kosten auf kleine und mittlere Unternehmen, auf die Arbeitnehmer\_innen und die Verbraucher\_innen.

Das wird zu Recht zunehmend als ungerecht empfunden und das Vertrauen in unsere Demokratie schwindet. Darum kämpfen wir für ein Europa der Steuergerechtigkeit und nicht der Verantwortungslosigkeit.

Wir wollen ein Europa der Menschen. Darum braucht es Impulse für Innovation und Beschäftigung. Die Förderung neuer Ideen für Produkte und umweltfreundliche Produktionsverfahren gehört ebenso auf die Agenda wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Übergang von Schule in Ausbildung und Arbeit ist gerade aktuell ein zentraler Baustein. Die hierfür beschlossene europäische »Jugendgarantie« braucht jetzt die konsequente Unterstützung aller Mitgliedstaaten. Ein eigenständiges Leben bedeutet auch »Gute Arbeit« mit fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen. Innovation und Beschäftigung – auch deshalb setzen wir auf nachhaltigen Fortschritt, den Ausbau erneuerbarer Energien und auf die Stärkung der Energieeffizienz.

Wir wollen in Bildung und Qualifizierung investieren und so für mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit kämpfen. Es braucht mehr Fairness und Gleichberechtigung für Frauen und Männer in Beruf sowie im Familienleben. Darum setzt sich die SPD für die Einführung der Geschlechterquote ein und verlangt die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen.

Wir wollen unsere Werte, Rechte und Standards in Europa auch global verteidigen. Diese dürfen nicht durch internationale Verträge wie etwa dem transatlantischen

## SIPPEL: DEMOKRATIE BRAUCHT AKTIVE DEMOKRATEN – WÄHLEN GEHEN!

Handelsabkommen aufgeweicht werden. Unsere hohen Umwelt- und Lebensmittelstandards sowie Arbeitnehmerinteressen dürfen nicht für kurzfristige Profitinteressen ausgehöhlt werden.

Mit Blick auf den Datenschutz dürfen auch Bürgerrechte wie etwa das Grundrecht auf Meinungsfreiheit oder auf Privatsphäre nicht angetastet werden. Darum kämpfen wir für mehr Transparenz bei internationalen Abkommen sowie der Arbeit des Europäischen Rates. Wir stehen für ein Europa der Demokratie.

Demokratie bedeutet Mitbestimmung. Mitreden und Mitbestimmen bedeutet wählen gehen. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt das Parlament gegenüber dem Rat. Mit der Vorentscheidung über den künftigen Kommissionspräsidenten erhält auch die künftige Kommission eine größere demokratische Legitimation. Die Bürgerinnen und Bürger Europas entscheiden bei der Europawahl über ihre eigene Zukunft.

Europa neu denken - ein neues Europa wählen! Sozialdemokraten engagieren sich im Europäischen Parlament für eine

sozial gerechte, wirtschaftlich erfolgreiche Europäische Union auf der Basis unserer gemeinsamen Werte.

So wollen wir das verlorengegangene Vertrauen wieder herstellen. Für ein Europa, das seine Werte verteidigt und die Demokratie schützt. Für ein Europa der Bürgerinnen und der Bürger.

Dafür werbe ich um Ihre Stimme. Am 25. Mai wählen gehen!

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 26.3.2014.

### AUTORIN

Birgit Sippel ist seit 2009 als Abgeordnete im Europaparlament tätig und ist Mitglied der S&D, der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten. Sie ist Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) und stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL).

Weitere Informationen

 [www.birgitsippel.de](http://www.birgitsippel.de)

SKA KELLER, MDEP

## EUROPA WÄHLEN – DER JUGEND EINE STIMME GEBEN

Seit dem Beginn der Eurokrise im Jahr 2009, die nicht nur als reine Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch als eine Krise sozialen, politischen und ökologischen Ausmaßes betrachtet werden muss, befindet sich die EU noch immer auf dem beschwerlichen Weg, sich von einer der turbulentesten Phasen unserer Zeit zu erholen. Insbesondere junge Menschen bekommen dies hart spüren. Ihnen wird die Last aufgebürdet, die Folgen einer Krise auszubaden, die sie noch nicht einmal selbst verursacht haben. Anstatt sie zurückzuweisen und für eine Politik verantwortlich zu machen, die sie selber nicht verschuldet haben, wollen wir Grüne sie unterstützen und ernsthaft in politische Prozesse einbeziehen – denn wir sind der Meinung, dass junge Menschen selbst am besten entscheiden können, was sie brauchen.

Führt man sich einmal vor Augen, dass in der EU derzeit über 5,3 Millionen junge Menschen unter 25 arbeitslos sind – was der Einwohnerzahl Finnlands entspricht – sollte schnell deutlich werden, dass dringendster Handlungsbedarf besteht. Dennoch zeigt die Entschließung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die dem Parlament im September 2013 durch den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten zur Abstimmung vorgelegt wurde, dass die Schuld für die alarmierenden Jugendarbeitslosenquoten immer noch bei den Jugendlichen selbst gesehen wird und nicht in der drastischen Sparpolitik, die vielen Regierungen in Eu-

ropa in den letzten Jahren aufgezwungen wurde. Zudem scheint sich die Auffassung zu verfestigen, dass sich junge Menschen nur genug anstrengen müssten, um einen Arbeitsplatz zu finden. Diese Haltung ignoriert jedoch grundsätzlich, dass es aufgrund der falschen Sparpolitik in Europa nicht genügend Arbeitsplätze gibt und dass junge Menschen kein Mitspracherecht haben, wenn es um Maßnahmen geht, die ihr eigenes Leben betreffen.

Wir Grüne machen uns deshalb stark für eine Jugendpolitik, die nicht nur die bloße Schaffung von Arbeitsplätzen in ihren Fokus stellt, sondern auch das Recht zur Emanzipation und Partizipation junger Menschen. Weil insbesondere junge Menschen in Bezug auf minderwertige Jobs, schlechte Arbeitsbedingungen und ein höheres Risiko frühzeitiger Entlassung zur am meisten gefährdeten Gruppe gehören, setzen wir uns für Maßnahmen der Jugendbeschäftigung ein, die auf qualitativ hochwertige Arbeitsplätze statt unbezahlte Praktika abzielen, denn nur faire Arbeitsbedingungen ermöglichen sowohl Spaß an der Arbeit als auch ein gutes Leben. Uns geht es dabei nicht nur um mehr Jobs, sondern um gute Arbeit und ein gutes Leben sowie eine Beschäftigungspolitik, die Nachhaltigkeit fördert und damit sicherstellt, dass es neu geschaffene Jobs auch noch in 10 oder 15 Jahren gibt.

Ich persönlich habe das Gefühl, dass junge Menschen das Projekt Europa heute bereits

## KELLER: EUROPA WÄHLEN – DER JUGEND EINE STIMME GEBEN

deutlich bewusster wahrnehmen als noch vor 20 Jahren. Viele Jugendliche waren schon in anderen europäischen Ländern im Urlaub oder haben sogar eine Zeit lang woanders gelebt. Durch Austauschprogramme wie ERASMUS und LEONARDO, die ab diesem Jahr unter dem Namen Erasmus+ weitergeführt werden, wird es ihnen auch finanziell erleichtert, Europa kennenzulernen. Doch leider hat nur eine beschränkte Zahl von jungen Menschen Zugang zu diesem Programm und viele Menschen werden nach wie vor nicht erreicht.

Die junge Generation, die heute mit Europa aufwächst, muss aber auch bereits heute die Möglichkeit haben, dieses Europa entsprechend ihrer Ideen mitzugestalten. Das vielbemühete Motto, dass die Jugend unsere Zukunft sei, muss dabei endlich über Bord geworfen werden! Denn tatsächlich trägt diese Ansicht nur dazu bei, junge Menschen zu entmündigen und ihnen das Recht auf Mitbestimmung abzusprechen. Doch junge Menschen leben in der Gegenwart, sie sind bereits jetzt von politischen Entscheidungen betroffen und sollten dementsprechend auch die Möglichkeit haben, sich in politische Prozesse einzubringen. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass die Jugend von heute auch bereits heute eine Stimme bekommt.

Europa ist ein großartiges Projekt, für das es sich zu kämpfen lohnt. Es ist ein Projekt, das formbar ist und das von den Menschen abhängt, die mitmachen wollen. Deswegen ist es für mich zentral, europäische Politik für alle verständlich zu machen und insbesondere junge Leute zum Mitmachen anzuregen. Nur wenn wir uns alle engagieren und uns einbringen, wird Europa so, wie wir das wollen.

»Europa wählen« heißt, der Jugend eine Stimme zu geben!

Erschienen in den BBE Europa-Nachrichten Nr. 3 vom 26.3.2014.

### AUTORIN

Ska Keller, Handels- und migrationspolitische Sprecherin der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament, wurde im Jahr 2009 im Alter von 27 Jahren ins Europäische Parlament gewählt. Sie ist Mitglied im Handelsausschuss (INTA) und im Innenausschuss (LIBE). Darüber hinaus ist sie Mitglied in der Türkei-delegation und der Mexikodelegation des Europäischen Parlaments.

Weitere Informationen

 [www.ska-keller.de](http://www.ska-keller.de)

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

**Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)**

Michaelkirchstr. 17/18 , 10179 Berlin-Mitte

☎ +49 30 62980 100

✉ info@b-b-e.de

🌐 <http://www.b-b-e.de>

📘 Facebook: <https://www.facebook.com/BundesnetzwerkBuergerschaftlichesEngagement/>

🐦 Twitter: [https://twitter.com/BBE\\_Info](https://twitter.com/BBE_Info)

### REDAKTION DER PUBLIKATION

Nino Kavelashvili, Dr. Rainer Sprengel

### REDAKTION DER REIHE

PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Lilian Schwalb, Dr. Rainer Sprengel

### V.I.S.D.P.

PD Dr. Ansgar Klein

### SATZ/LAYOUT

Regina Vierkant (sevenminds)

### ERSCHEINUNGSDATUM

Mai 2019

### ISBN 978-3-948153-00-7

Die Erarbeitung der vorliegenden Publikation erfolgte im Rahmen der Tätigkeit der BBE Geschäftsstelle gGmbH. Die Arbeit der Geschäftsstelle wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

### ENTWICKELN. VERNETZEN. STÄRKEN.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist das Netzwerk für Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft zur nachhaltigen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgergesellschaft in allen Gesellschafts- und Politikbereichen.

## BBE-NEWSLETTER ONLINE

### BBE-NEWSLETTER

Der BBE-Newsletter informiert 14-tägig über Engagementpolitik und -debatte in Deutschland, interessante Publikationen und Veranstaltungen sowie Aktuelles aus dem BBE. In monatlichen Themenschwerpunkten vertiefen Autor\*innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zivilgesellschaftliche Themen.

 [www.b-b-e.de/newsletter](http://www.b-b-e.de/newsletter)

### BBE EUROPA-NACHRICHTEN

Die BBE Europa-Nachrichten zu Engagement und Partizipation in Europa bieten monatlich Informationen und Hintergrundberichte zu europäischen Fragen der Engagementpolitik und -förderung, Gastbeiträge namhafter Europaexpert\*innen sowie Hinweise auf internationale Beteiligungsverfahren.

 [www.b-b-e.de/eunewsletter](http://www.b-b-e.de/eunewsletter)

### INFOLETTER

Der Infoletter informiert anlassbezogen über Aktivitäten zur Vorbereitung und Durchführung der »Woche des bürgerschaftlichen Engagements«, hält über Neuigkeiten, Termine, Aktionen und Materialien der Kampagne »Engagement macht stark!« auf dem Laufenden und stellt Engagement-Projekte vor. Zusätzlich erscheinen zu den drei jährlichen Themenschwerpunkten SonderInfoletter, die die Schwerpunkte inhaltlich begleiten und fachlich untersetzen.

 [www.engagement-macht-stark.de/publikationen/infoletter](http://www.engagement-macht-stark.de/publikationen/infoletter)

### NEWSLETTER-ABO

 [www.b-b-e.de/newsletter-abo](http://www.b-b-e.de/newsletter-abo)

